



**Im Krisenmodus**

Wie das Coronavirus den Alltag von Eltern und  
Kindern verändert – eine Zwischenbilanz

Mit exklusiven  
Studien-  
ergebnissen

# Inhalt

## SCHWERPUNKT |

### 04 Im Griff der Pandemie

Die Eindämmung des Coronavirus verlangt nicht nur Familien viel ab. Auch Kitas und Schulen müssen sich oft komplett neu organisieren. *Von Susanne Kuger und Thomas Rauschenbach*

### 10 Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung

Trotz drängender gesellschaftlicher Fragen gilt es, die Qualitätsstandards der Sozialforschung einzuhalten. *Ein Kommentar von Susanne Kuger*

### 12 „Schul- und Kita-Schließungen sind das letzte Mittel bei der Pandemiebekämpfung“

Wie die Bundesfamilienministerin Kinder, Jugendliche und Eltern in der Corona-Krise unterstützen möchte. *Ein Interview mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey*

### 18 Von der Notbetreuung zum Regelbetrieb

Die Bundesländer setzten die schrittweise Öffnung der Kindertageseinrichtungen nach dem Lockdown äußerst unterschiedlich um. *Von Christiane Meiner-Teubner*

### 24 Krisenbewältigung in der Kita

Wie Kita-Leitungen den Infektionsschutz ermöglichen – und was sie zu Beginn der Pandemie am meisten belastete, zeigt eine DJI-Befragung. *Von Katja Flämig und Bernhard Kalicki*

### 29 Eltern müssen flexibel sein

Obwohl Kitas und Schulen im Sommer 2020 allmählich wieder regulär öffnen, besuchen das Betreuungsangebot zunächst weniger Kinder als vor der Pandemie. *Von Kerstin Lippert, Jeffrey Anton, Diana Schacht und Susanne Kuger*

### 34 Waren die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche in der ersten Phase der Corona-Krise angemessen?

*Ein Pro & Contra mit dem Virologen Ralf Bartenschlager und dem Kinder- und Jugendarzt Thomas Fischbach*

### 36 Freundschaft in der Krise

Für Kinder ist es häufig deutlich schwieriger, im Corona-Alltag Kontakt zum Freundeskreis zu halten.

*Von Alexandra Langmeyer, Thorsten Naab und Ursula Winklhofer*

### 41 Corona erschwert Kinder- und Jugendhilfe

Eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten, mangelnde Ausstattung und Unsicherheit: Vor welchen Herausforderungen Jugendämter während des Lockdowns standen.

*Von der Projektgruppe Jugendhilfe und sozialer Wandel*

### 46 Kinderschutz während der Pandemie

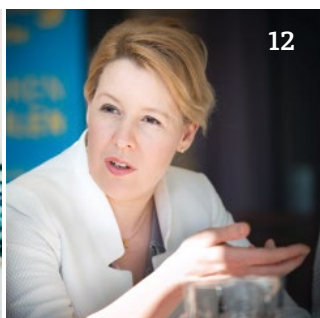
Studien zeigen, dass sich die Zahl der bearbeiteten Kinderschutzfälle zwar bislang nicht erhöhte. Doch es gibt Hinweise auf unerkannte Gewalt. *Von Jens Pothmann und Thomas Mühlmann*

### 51 Zurück in alte Rollen?

Die Geschlechtergerechtigkeit hat seit Beginn der Pandemie gelitten. Doch unter bestimmten Bedingungen könnten Frauen sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. *Von Christina Boll*



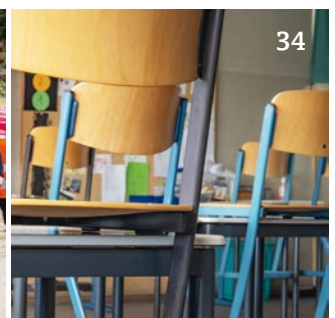
04



12



18



34

Mehr zum Schwerpunkt:  
[www.dji.de/corona](http://www.dji.de/corona)

## THEMEN |

**56 Mit Online-Programmen Beziehungskrisen vorbeugen**  
Der Markt der digitalen Beratungsangebote für Paare ist unübersichtlich. Wie sich Orientierung schaffen lässt, zeigt eine Studie.

**58 Bildungsarbeit von Kommunen weiterentwickeln**  
Das Bundesbildungsministerium fördert zwei Kompetenzzentren am Deutschen Jugendinstitut.

**59 Radikalisierung und Religion**  
Warum Religion für die pädagogische Präventions- und Deradikalisierungsarbeit ein hilfreicher Anknüpfungspunkt sein kann.

**62 „Vor allem in Westdeutschland fehlen immer noch viele Krippenplätze“**  
Ein Interview mit Datenexpertin Christiane Meiner-Teubner anlässlich neuer Zahlen zum Kita-Ausbau in Deutschland.

## NOTIZEN |

**64 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut**  
**67 Impressum**



## Die Pandemie könnte tiefer in das gesellschaftliche Leben eingreifen, als es manche zunächst für möglich hielten.

**A**ls im März 2020 die breite Öffentlichkeit in Deutschland erstmals intensiv über das Coronavirus diskutierte, wurde die Bedeutung der Wissenschaft bei der Eindämmung der gefährlichen Infektionskrankheit schlagartig klar. Die Medizin, vor allem ihre Teilgebiete Virologie und Epidemiologie, war gefordert, möglichst schnell umfassende Erklärungen und hilfreiche Empfehlungen zu entwickeln.

Auch die Sozialwissenschaften wandten sich nach einer kurzen Schockstarre mit viel Energie dem Thema zu und fragten sich, wie das Virus beziehungsweise der Umgang damit unsere Gesellschaft und das soziale Leben verändert. Manchmal sprang die Wissenschaft dabei so schnell auf das Thema auf, dass man zu Besonnenheit mahnen wollte: Corona wird nicht alle Aspekte des sozialen Lebens auf einen Schlag und grundstürzend verändern. So wird es vermutlich weder die Eigentums- noch die Geschlechterordnung in Deutschland aus den Angeln heben.

Jetzt, zum Redaktionsschluss Ende November, mehren sich jedoch die Anzeichen, dass die Pandemie tiefer in das gesellschaftliche Leben eingreifen könnte, als es mancher Skeptiker oder manche Skeptikerin im Frühjahr für möglich hielt. In der zweiten Infektionswelle drohen möglicherweise noch stärkere gesundheitliche Risiken, ökonomische Verwerfungen und soziale Folgen. Für uns ist das ein Grund, in dieser Ausgabe von DJI Impulse erste Ergebnisse der Corona-Forschungen am Deutschen Jugendinstitut (DJI) vorzustellen und den Fragen nachzugehen, wie viel Veränderung im Alltagsleben von Familien, Eltern, Kindern und Jugendlichen sich bereits abzeichnet und welche Konsequenzen sich daraus für die Zukunft ziehen lassen.

Die Pandemie stellt nicht nur die Forschung vor herausfordernde Aufgaben, auch die Wissenschaftskommunikation spielt eine entscheidende Rolle. In dieser bewegten Zeit haben wir unser Forschungsmagazin weiterentwickelt. So halten Sie eine Ausgabe von DJI Impulse in den Händen, die sich verändert hat. Gesellschaftlich relevante Forschungsergebnisse stellen wir ab sofort unter der Rubrik „Schwerpunkt“ in einen größeren Zusammenhang. Zudem bündeln wir verschiedene aktuelle Studienberichte und Positionen des DJI unter „Themen“. Meldungen aus dem Institut vereinigen wir in den „Notizen“. Und wir haben eine luftigere Optik gewählt – mit vielen Hinweisen auf parallele digitale Angebote. ✕

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,  
Direktor des Deutschen Jugendinstituts



# Im Griff der Pandemie

Die Eindämmung des Coronavirus verlangt nicht nur Familien in Deutschland viel ab. Auch Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen sich häufig komplett neu organisieren. Wie Eltern, Kinder und Fachkräfte die Krise bewältigen – eine Zwischenbilanz.

Von Susanne Kuger und Thomas Rauschenbach

**A**ls an Silvester 2019 die Weltgesundheitsorganisation die ersten Fälle einer „neuartigen Lungenerkrankung“ aus China meldete, nahmen diese Nachricht in Deutschland nur wenige Personen wahr. Bald wurde als Ursache eine neue Variante des SARS-Virus benannt, die ursprünglich auf einem Markt in Wuhan vom Tier auf den Menschen übergesprungen sei und sehr leicht von Mensch zu Mensch übertragen werden könne. Innerhalb der ersten vier Tage der internationalen Beobachtung wurden 44 erkrankte Personen gemeldet, von denen 11 einen sehr schweren Erkrankungsverlauf zeigten, die Zahl der tödlich verlaufenden Erkrankungen stieg schnell. Durch Kontakte nach Wuhan, einer global vernetzten Metropole mit mehr als 11 Millionen Einwohnern, wurde Ende Januar eine kleine Gruppe von Mitarbeitenden einer Firma in Starnberg infiziert. Langsam schwand damit die Hoffnung, dass sich das Virus und seine Ausbreitung bald eingrenzen ließe. Spätestens als die Infektionszahlen in vielen (europäischen) Ländern gleichzeitig in die Höhe schnellten, wurde klar, wie einfach es für eine solche Virusinfektion ist, in unserer globalisierten Gesellschaft eine weltweite Pandemie auszulösen.

Als in Deutschland die Infektionszahlen exponentiell stiegen, entschloss sich die Bundesregierung zu einem Schritt, der zuvor völlig undenkbar erschien: Mitte März 2020 wurde das öffentliche Leben nahezu vollständig heruntergefahren. Kindergärten und Schulen wurden ebenso geschlossen wie weite Teile des Einzelhandels, Gaststätten oder kulturelle Einrichtungen. Der öffentliche Nahverkehr wurde gedrosselt, viele Unternehmen ordneten Kurzarbeit an, Universitäten verkündeten zeitweilig ein Betretungsverbot, viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verlagerten den Berufsalltag ihrer Beschäftigten ins Homeoffice. Bewegung im Freien, der Sport, der Spaziergang im Park oder der Besuch eines Spielplatzes bekamen plötzlich einen ganz anderen Stellenwert. Erst nach wochenlangem gesellschaftlichem Stillstand wurden diese starken Einschränkungen der Grundrechte – als die Infektionszahlen merklich zurückgingen – wieder vorsichtig gelockert.

### Der Lockdown belastet erwerbstätige Familien mehrfach

Unstrittig ist, dass die Menschen in Deutschland in den ersten Wochen und Monaten von diesem Stillstand unterschiedlich hart getroffen wurden. Besonders belastend war die Situation in der frühen Phase für zwei Gruppen: für diejenigen, deren Existenz ökonomisch auf dem Spiel stand, sowie für jene Menschen, deren normaler Alltag mehrfach belastet wurde und die zugleich keine Ausweichmöglichkeiten mehr nutzen konnten.

Multiple Belastungen hatten auch Familien auszuhalten, in denen sich Eltern mit einer deutlich veränderten Balance von Familie und Erwerbstätigkeit auseinandersetzen mussten. Kinder durften größtenteils nicht mehr in die Kita oder Schule gehen, Kontakte zu Großeltern sollten vermieden werden, und auch sonstige Entlastungsoptionen für gestresste Familien entfielen. Die eigenen vier Wände, der eigene Haushalt wurden für viele Wochen zum zentralen, nahezu alternativlosen Lebensmittelpunkt für Eltern, Kinder und Jugendliche.

Dabei zeigten erste Studien – unter anderem aus dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) –, wie asynchron die Anpassung an die veränderten Modalitäten der Arbeits-

”

**Die eigenen vier Wände waren für viele Wochen der nahezu alternativlose Lebensmittelpunkt für Eltern, Kinder und Jugendliche.**



**Erwerbstätigen Eltern  
blieb angesichts  
der Schul- und Kita-  
Schließungen oft nichts  
anderes übrig, als  
die Kinderbetreuung  
selbst notdürftig  
zu organisieren.**

welt verteilt war (Bünning u.a. 2020, Boll/Schüller 2020, siehe auch S. 51). So hatten und haben Eltern vor allem mit drei unterschiedlichen Problemen zu kämpfen:

- Zum einen mussten im Frühjahr 2020 viele Eltern als Arbeitnehmende in Kurzarbeit gehen oder waren vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht, andere verloren als Selbstständige ihre Aufträge und gerieten in finanzielle Turbulenzen. Den Familienalltag begleiteten damit nicht selten existenzielle ökonomische Sorgen.
- Zum anderen gab es Eltern, die sogar deutlich mehr arbeiten mussten und keinen Urlaub nehmen durften. Sie sollten ihr Privatleben einschränken, um ihr eigenes Ansteckungsrisiko zu reduzieren und um weiterhin als Arbeitskraft für den Supermarkt, das Krankenhaus oder die Pflegeeinrichtung bereitzustehen. Da jedoch Kitas und Schulen ab Mitte März bis Anfang Mai 2020 größtenteils geschlossen waren, blieb diesen Familien oft nichts anderes übrig, als die Kinderbetreuung selbst notdürftig zu organisieren. Vorübergehend erweiterte rechtliche Ansprüche auf institutionelle Notbetreuung oder großzügige Kulanzenregelungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Einzelfall entlasteten diese Familien nur bedingt. Manchmal mussten Elternteile beispielsweise Urlaub nehmen oder Überstunden abbauen.
- Und schließlich gab es Mütter und Väter, die von ihren Dienstherrn angehalten wurden, zu Hause zu bleiben und von dort aus den beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Problematisch wurde dieses Homeoffice nach ersten bislang unveröffentlichten Ergebnissen der Corona-Ergänzungsstudie des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A (siehe Infobox, S. 7), vor allem dann, wenn – ungeachtet technischer und räumlicher Hürden – beide Elternteile von zu Hause aus arbeiten mussten und parallel die Betreuung oder das Homeschooling ihrer Kinder managen sollten.

## Die Corona-KiTa-Studie: wissenschaftliche Datenanalysen zur Rolle der Kindertagesbetreuung und der Kinder bei der Ausbreitung des Coronavirus

Die deutschlandweite Corona-KiTa-Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Robert Koch-Instituts (RKI) untersucht seit Mai 2020 aus sozialwissenschaftlicher und medizinischer Sicht, was die Pandemie für Kitas und Tagespflege, Kinder und Eltern bedeutet. Welche Infektionsrisiken bestehen in diesen Netzwerken? Vor welchen Herausforderungen stehen die Einrichtungen? Die Analysen beruhen auf einer breiten wissenschaftlichen Datenbasis: Neben den regelmäßigen bundesweiten Meldungen aus dem KiTa-Register sind das die Ergebnisse von Stichprobenbefragungen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und bei Eltern. Zudem werden Meldedaten zu Covid-19 und Daten der syndromischen Surveillance am RKI (zum Beispiel GrippeWeb) ausgewertet; auch anlassbezogene Tests in Kitas werden durchgeführt.

Das KiTa-Register ist das Herzstück der Studie: Es dokumentiert, wie die Kindertagesbetreuung in Pandemiezeiten funktioniert und wie die Einrichtungen die Herausforderungen managen. Im KiTa-Register laufen wöchentliche Mel-

dungen von Kita-Leitungen und Tagespflegepersonen bundesweit zusammen. Die wöchentlich aktualisierten Daten der Kindertagesbetreuung werden im Corona-KiTa-Dashboard fortlaufend in Infografiken veröffentlicht.

Ein weiteres Forschungsmodul der Studie ist eine bundesweite Befragung des Leitungspersonals von 3.000 Kitas. Dazu werden in 600 Einrichtungen zusätzlich auch Personal und Eltern befragt. Außerdem werden im Rahmen der Corona-KiTa-Studie die Erkrankungshäufigkeit von Kindern mit und ohne Teilnahme an der Betreuung und die Häufung von Infektionen innerhalb von Familien untersucht sowie die zentrale Frage, unter welchen Bedingungen Kinder mögliche Überträger bei der Verbreitung von Covid-19 sind. Die Studienergebnisse werden laufend in Monats- und Quartalsberichten zusammengefasst. Finanziert wird die Studie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie vom Bundesministerium für Gesundheit.

[www.corona-kita-studie.de](http://www.corona-kita-studie.de)

## Corona verschärft soziale Ungleichheiten und Risiken für Kinder

Während Familien also ihren Alltag räumlich viel enger beieinander verbringen mussten, waren zugleich vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Angst um die eigene Gesundheit und die der Familie mehr Aufgaben zu bewältigen (Cohen u.a. 2020). Dies stellte sämtliche Familienmitglieder vor neue Herausforderungen. Für Kinder und Jugendliche beispielsweise entfiel das alltägliche Leben in Kita und Schule; manche Freizeitbeschäftigung war nicht mehr möglich, und der Schulstoff musste zu Hause weitgehend selbstständig erarbeitet werden. Auch diesbezüglich liegen soziale Disparitäten nahe: diejenigen, die von den Eltern unterstützt wurden, die sich in dieser Situation selbst zu helfen wussten oder sich (zumindest virtuell) mit anderen zusammenschließen konnten, waren in einer vergleichsweise besseren Lage als jene Kinder und Jugendlichen, denen diese Ressourcen nicht zur Verfügung standen.

Während ein Teil der Erwachsenen es gewohnt war, sich digital mit Freundinnen und Freunden oder Bekannten zu verständigen und über soziale Netzwerke auszutauschen, litten andere Bevölkerungsgruppen stark unter den Kontaktbeschränkungen während des Lockdowns im Frühjahr 2020. Vor allem Menschen, die mit der digitalen Mediennutzung weniger vertraut waren, fiel es schwer, Beziehungen zu pflegen. Besonders davon betroffen waren beispielsweise ältere Menschen oder Kinder. Das Spielen in der Kita-Gruppe oder auf dem Spielplatz, das nachmittägliche Treffen auf dem Bolzplatz oder die Abende in der Jugendgruppe wurden ebenso vermisst wie Besuche von Freundinnen, Freunden oder Großeltern (Langmeyer 2020, siehe auch S. 36). Welche Auswirkungen all dies auf die mittelfristige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben wird, wird derzeit untersucht.

Ob ein Teil der Kinder aufgrund der vielfachen Belastungen von Familien verstärkt Opfer häuslicher Gewalt wurde, ist ebenfalls eine wichtige Frage. Studien des DJI und des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund weisen darauf hin, dass die Zahl der in Jugendämtern bearbeiteten Kinderschutzfälle in dieser Phase nicht gestiegen ist. Dennoch gibt es Hinweise auf Unsicherheiten bei den Fachkräften und letztlich auf unerkannte Gewalt (Mairhofer u.a. 2020, siehe auch S. 41; Mühlmann/Pothmann 2020, siehe auch S. 46).

## Kitas und Schulen müssen ihre pädagogische Arbeit neu denken

Die Kindertagesbetreuung reduzierte ihr Angebot während der ersten Corona-Welle auf eine Notbetreuung für wenige Familien. Erst mit einem Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz Ende April 2020 wurden verbindliche Stufen des Öffnungsgeschehens in der Kindertagesbetreuung festgelegt (Autorengruppe Corona-KiTa-Studie 2020a, siehe auch S. 18).

Den Infektionsschutz in Kitas zu gewährleisten, stellte die Kita-Leitungen laut den Ergebnissen der DJI-Notbetreu-

## Corona-Zusatzbefragung in der dritten AID:A-Erhebung: Wie sich der Schul- und Berufsalltag sowie das Freizeit- und Sozialverhalten der Menschen verändern

Der Survey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, bietet detaillierte Einblicke in die Lebensbedingungen und die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen und ergänzt somit die Analysen der amtlichen Statistik um wichtige Facetten. Im Rahmen einer Zusatzbefragung zur Corona-Krise wird seit Anfang August erhoben, wie Menschen in Deutschland ihren Alltag unter Pandemiebedingungen erleben. Die Fragen gehen auf die verschiedenen Lebenslagen der Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien ein. Sie erfassen vor allem die Veränderungen im Schul- und Berufsalltag, die Sorgen der Menschen, Einschränkungen in ihrer Freizeit und im Sozialverhalten sowie ihre Strategien, mit den Veränderungen zurechtzukommen oder andere in dieser Zeit zu unterstützen. Die dritte umfassende Erhebung AID:A 2019 war bereits im März 2019 gestartet. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DJI erheben und analysieren für den Survey Daten von 6.000 Haushalten, in denen zusammen 13.000 Menschen im Alter von 0 bis 32 Jahren befragt wurden. Bei Minderjährigen wurden auch deren Eltern befragt – das sind zusätzlich 7.000 Väter und Mütter. Ziel war und ist es, einen einmaligen repräsentativen Datensatz zu generieren, wissenschaftlich auszuwerten und damit Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wertvolle Erkenntnisse darüber zu bieten, was junge Menschen bewegt, wie sie leben und welche Einflüsse ihre Lebensumstände prägen.

[www.dji.de/aida2019](http://www.dji.de/aida2019)





**An den 108 Corona-Ausbrüchen zwischen Februar und Oktober 2020 waren in den bundesweit 57.600 Kitas zu etwa zwei Dritteln erkrankte Erwachsene und nur zu ungefähr einem Drittel Kinder im Alter von unter sechs Jahren beteiligt.**

ungsstudie vor große Herausforderungen. Die pädagogische Arbeit musste teilweise neu organisiert und gleichzeitig die Änderungen und neuen ministeriellen Vorgaben an die Eltern kommuniziert werden. Die befragten Leitungen proble-

matisierten vor allem, dass die Kriterien, nach denen Kinder während der Notbetreuung aufgenommen werden durften, unklar waren, was ihnen teilweise unnötige Abstimmungsprozesse mit Eltern sowie Arbeitgeberinnen und -gebern bescherte (siehe auch S. 24).

Auch der Schulunterricht wurde zunächst nur für einen Teil der Kinder und Jugendlichen wiederaufgenommen, wobei anfangs vor allem Schülerinnen und Schüler in Abschlussklassen im Präsenzunterricht beschult wurden. Weitere Modelle sahen tages- oder wochenweise Schichtmodelle des Unterrichts vor, bei dem im Wechsel nur jeweils ein Teil der Kinder vor Ort mit den Lehrkräften arbeitete, während der andere Teil zu Hause lernen sollte.

### **Infizierte Kinder sind möglicherweise weniger ansteckend als Erwachsene**

In den verschiedenen Bundesländern wurden anschließend im Mai die Kontaktbeschränkungen ebenso wie Schul- und Kita-Schließungen in unterschiedlicher Geschwindigkeit wieder zurückgenommen. Die Verantwortung für diese Regelungen wurde in wachsendem Maße dezentralisiert und den Kommunen überlassen. Dabei galten zwei Warnstufen, die von der Anzahl neu Infizierter pro Gesamteinwohnerzahl abhingen (Inzidenzwert); mit Blick darauf sollten die Kommunen lokale Regeln planen und festlegen. Doch trotz des Bemühens Kitas und Grundschulen allmählich wieder regulär zu öffnen, besuchten das Betreuungsangebot nach den Ergebnissen der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) zunächst weniger Kinder als vor der Pandemie (siehe auch S. 29).

Begleitet wurde die schrittweise Öffnung der Schulen und Kitas von der Debatte, inwiefern Kinder zum Infektionsgeschehen beitragen (siehe auch S. 34). Auch wenn letztlich noch keine Klarheit über diese Frage besteht, weist die Forschungslage darauf hin, dass infizierte Kinder möglicherweise weniger ansteckend sind als Erwachsene (Autorengruppe Corona-KiTa-Studie 2020a, siehe Infobox, S. 6). Auch die ersten Ergebnisse der bundesweiten Corona-KiTa-Studie, bei der das DJI und das Robert Koch-Institut (RKI) die Rolle der Kindertagesbetreuung bei der Ausbreitung von SARS-CoV-2 untersuchen, deuten in diese Richtung: So waren an den 108 Corona-Ausbrüchen zwischen Februar und Ok-

### **Corona-Zusatzbefragung im ERiK-Projekt: Kindertagesbetreuung unter Pandemiebedingungen**

Nachdem im Jahr 2019 das sogenannte Gute-KiTa-Gesetz in Kraft getreten war, übernahm eine Forschungsgruppe am Deutschen Jugendinstitut (DJI) und an der TU Dortmund die Aufgabe, die Qualitätsentwicklung im System der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) im Rahmen eines indikatorengestützten Monitorings zu untersuchen. Grundlage hierfür sind amtliche Daten zur Kindertagesbetreuung, deren Erhebung und Auswertung im Projekt K-IDA an der TU Dortmund stattfindet, sowie bundesweite repräsentative Befragungen, welche im Rahmen des ERiK-Projekts („Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung“) am DJI durchgeführt werden. Das DJI-Projekt erfasst die Situation und Veränderung der Qualität im System der FBBE sowohl im bundesweiten Überblick als auch bundeslandspezifisch und berücksichtigt zudem die beteiligten Akteure und deren jeweilige Perspektive auf Qualität. Um die Sichtweisen der unterschiedlichen Akteure abzubilden, werden Befragungen von Eltern und Kindern, Jugendämtern, Trägern von Kitas, Leitungskräften und pädagogischem Personal in Kitas sowie von Tagespflegepersonen durchgeführt. Im Rahmen einer kurzen Corona-Zusatzbefragung wird außerdem erfasst, inwiefern die Pandemie den Arbeitsalltag der Befragten in der Praxis im Sommer 2020 beeinflusste. Darunter waren Fragen zur Organisation der Notbetreuung sowie dazu, wie gut sich die Akteure informiert fühlten (etwa über Möglichkeiten zum Schutz der eigenen Gesundheit oder zur Umsetzung der immer neuen Regelungen) und wie sie die Zusammenarbeit vor Ort zur Bewältigung der von der Pandemie neu aufgeworfenen Probleme einschätzten. Finanziert wird die ERiK-Studie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

 [www.dji.de/ERIK](http://www.dji.de/ERIK)





**PD Dr. Susanne Kuger** leitet die Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die interdisziplinäre Bildungs- und Sozialforscherin ist federführend für die Corona-KiTa-Studie zuständig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Untersuchung von Aufwachsenskontexten von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten, Schule, Familie und Freizeit und deren Bedeutung für eine gelingende Entwicklung sowie in der Weiterentwicklung von Methoden der Bildungs- und Sozialberichterstattung.  
[kuger@dji.de](mailto:kuger@dji.de)



**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach** ist Direktor und Vorstandsvorsitzender des DJI, Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund sowie Leiter des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Bildung im Kindes- und Jugendalter, Kinder- und Jugendarbeit, soziale Berufe sowie Kinder- und Jugendhilfestatistik.  
[rauschenbach@dji.de](mailto:rauschenbach@dji.de)



tober 2020 in den bundesweit 57.600 Kitas zu etwa zwei Dritteln erkrankte Erwachsene und nur zu ungefähr einem Drittel Kinder im Alter von unter sechs Jahren beteiligt (Autorengruppe Corona-KiTa-Studie 2020b).

### Die Folgen von Corona bewältigen: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

So tiefgreifend die Veränderungen im Alltag sind, so vielfältig sind die von Bund und Ländern bislang verabschiedeten Hilfspakete und Unterstützungsmaßnahmen, von denen auch Kinder, Jugendliche und Familien profitieren (siehe auch Interview mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, S. 12). Zugleich unterstützten sich viele Menschen gegenseitig. Auch Jugendliche und junge Erwachsene brachten ihre Zeit sowie ihre speziellen Fähigkeiten und Kenntnisse zur Bewältigung der Krise ein. Dabei entstanden Hilfsangebote wie private Kinderbetreuungsringe, Hausaufgabenhilfen oder Online-Lernvideos, Fahrdienste oder Nähstuben für Alltagsmasken.

Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gab in der Corona-Ergänzungsstudie von AID:A an, anderen in Technikfragen geholfen zu haben, etwa um neue Kommunikationskanäle herzustellen oder die Voraussetzungen für Homeoffice zu schaffen. Mehr als jeder fünfte befragte junge Mensch engagierte sich in der Nachbarschaftshilfe, beispielsweise als Einkaufshilfe für ältere Nachbarn.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch Kinder, Jugendliche und Familien sowie die unterstützenden Institutionen und Organisationen vor große Herausforderungen stellt. Gegenwärtig befindet sich Deutschland inmitten einer zweiten Infektionswelle, die laut der Nationalen Akademie der Wissenschaften, kurz Leopoldina, im November 2020 trotz beachtlicher Dynamik – noch – weniger dramatisch ist als in manchen Nachbarländern. Bis zuletzt hat sich etwa ein Prozent der Menschen in Deutschland mit dem Virus infiziert. Auch wenn es mittlerweile gute Neuigkeiten bezüglich der Entwicklung von Impfstoffen gibt, so muss doch allen klar sein, dass wir uns weiterhin inmitten einer längeren Entwicklung befinden, die unserer Gesellschaft noch einiges abverlangen wird. Die belastende Unsicherheit bleibt. **x**

### Literatur

- ANTON, JEFFREY / HUBERT, SANDRA / KUGER, SUSANNE (2020): DJI-Kinderbetreuungsreport 2020. *Betreuungsbedarf und Passung bei U3- und U6-Kindern in Deutschland*. Im Erscheinen. München
- AUTORENGRUPPE CORONA-KITA-STUDIE (2020a): *Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie (III/2020)*. Verfügbar unter: [corona-kita-studie.de/#ergebnisse](https://corona-kita-studie.de/#ergebnisse)
- AUTORENGRUPPE CORONA-KITA-STUDIE (2020b): *Monatsbericht der Corona-KiTa-Studie September 2020*. Verfügbar unter: [corona-kita-studie.de/#ergebnisse](https://corona-kita-studie.de/#ergebnisse)
- BOLL, CHRISTINA / SCHÜLLER, SIMONE (2020): *Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos – empirisch gestützte Überlegungen zur elterlichen Aufteilung der Kinderbetreuung vor, während und nach dem COVID-19 Lockdown*, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 1089/2020. Berlin
- BÜNNING, MAREIKE / HIPPE, LENA / MUNNES, STEFAN (2020): *Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona*. WZB Ergebnisbericht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin
- COHEN, FRANZISKA / OPPERMANN, ELISA / ANDERS, YVONNE (2020): *Familie & Kitas in der Corona-Zeit. Zusammenfassung der Ergebnisse*. Bamberg: Universität Bamberg
- LANGMEYER, ALEXANDRA u.a. (2020): *Kind sein in Zeiten von Corona. Ergebnisbericht*. Im Erscheinen. München
- MAIRHOFER, ANDREAS u.a. (2020): *Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie*. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. München
- MÜHLMANN, THOMAS / POTHMANN, JENS (2020): *Gefährdungseinschätzungen der Jugendämter in Zeiten von Corona-Kontaktbeschränkungen*. In: *KomDat Jugendhilfe, Jahrgang 23, Nr. 2+3/2020*

# Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung

Selten zuvor waren die Erwartungen an die Wissenschaft so hoch wie seit Beginn der Corona-Krise. Doch trotz drängender gesellschaftlicher Fragen gilt es, die Qualitätsstandards der Sozialforschung einzuhalten und die tatsächliche Aussagekraft von Studienergebnissen transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren.

Ein Kommentar von Susanne Kuger

**D**ie Corona-Pandemie verändert unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben und unseren Alltag massiv. Die Bildungs- und Sozialwissenschaft dokumentiert und erklärt diese Veränderungen. Neben einer (wiederholten) Beschreibung der aktuellen Situation wird dabei auch nach relevanten Mechanismen und Ursachen gesucht.

Aufgrund der Pandemie müssen an vielen Stellen neue Herausforderungen bewältigt sowie neue Lösungen für alte Probleme gefunden werden. Gerade Entscheidungsträger in Politik und Praxis tragen an die Forschung viele Fragen heran. Das Wissen der Forschung darüber, wie unsere Gesellschaft funktioniert, wird benötigt, um die gesellschaftlichen Veränderungen in günstige Bahnen zu lenken und um Hilfe zielgruppengerecht gestalten zu können. Welche Familien sollen denn bei der Vergabe von Plätzen in der Notbetreuung in der Kita vorrangig berücksichtigt werden? Welche Hilfe benötigen Studierende, die ihren Lebensunterhalt zu

einem bedeutenden Anteil aus Minijobs bestreiten? Abgeleitet aus dem Privileg der Wissenschaftsfreiheit sieht sich die Forschung gleichermaßen verpflichtet, ihren (kleinen) Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs und zur Lösung von Problemen zu leisten.

## Forschung benötigt Zeit, Politik und Praxis müssen unmittelbar handeln

Nun funktioniert Forschung nicht so wie eine Pandemie und auch nicht wie politisches und praktisches Handeln in weltverändernden Zeiten. Das Generieren von Wissen und Wahrheit entsteht im Diskurs und in der Reflexion bisherigen Wissens an neuen Erkenntnissen. Dies benötigt Zeit, Austausch (auch Kontroversen und Debatten) zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Toleranz dafür, dass widersprüchliche Meinungen Fortschritt bedeuten. Die Politik und die Praxis jedoch müssen unmittelbar handeln, können sich nur mit einer begrenzten Anzahl von Meinungen beraten und müssen eindeutige Entscheidungen treffen. Sie benötigen daher schnell allgemeingültige, verständlich aufbereitete Forschungsergebnisse, mit denen sie ihr Handeln begründen können. Insbesondere deshalb ist es wichtig, dass Forschung mit den in diesem Zusammenhang an sie gestellten Herausforderungen richtig umgeht.

Wissenschaft kann durchaus mit hoher Geschwindigkeit (neue) Informationen liefern. So wurden in den ersten Wochen und Monaten nach Beginn der Pandemie auch am Deutschen Jugendinstitut (DJI) etliche Studien neu entwickelt, in ihrer ursprünglichen Ausrichtung verändert oder an die modifizierten Bedingungen angepasst. Um aus diesen vielen Einzelinformationen neues Wissen zu generieren, müssen die jeweiligen Ergebnisse aufeinander sowie auf die

**Gerade in diesen weltverändernden Zeiten darf das Vertrauen in die Wissenschaft nicht verspielt werden, auch wenn das zuweilen bedeutet, dass die Wissenschaft der Gesellschaft nicht alle eindeutigen Antworten auf drängende Fragen sofort liefern kann.**





---

**PD Dr. Susanne Kuger** leitet die Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Arbeitsschwerpunkt der interdisziplinären Bildungs- und Sozialforscherin ist unter anderem die Weiterentwicklung von Methoden der Bildungs- und Sozialberichterstattung. [kuger@dji.de](mailto:kuger@dji.de)

theoretischen Grundlagen und die Forschungslage bezogen werden. Eine besondere Problematik liegt dabei darin, dass die Bedeutung des neuen Wissens stark davon abhängt, wie gut fundamentale Prinzipien der Forschung eingehalten werden. Bedeutend können Forschungsergebnisse dann sein, wenn sie relevant, generalisier- und anwendbar sind. Generalisierbar sind sie aber vor allem dann, wenn sie nicht nur für eine kleine Gruppe oder eine spezielle Situation gültig sind, sondern allgemeingültig, replizierbar und auf viele Personen, Situationen und Konstellationen übertragbar. Dies steht zum Teil im Widerspruch mit der Notwendigkeit, Ergebnisse sehr schnell zu produzieren.

### **Das Reduzieren von Komplexität ist wichtig, darf aber nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen**

Um beispielsweise eine allgemeingültige Aussage über alle in Deutschland lebenden Personen treffen zu wollen, benötigt man Wissen über eine repräsentative Teilmenge dieser Personen. Auskünfte von einer solchen Gruppe sind allerdings nur mit besonderem Aufwand zu erhalten (also vor allem durch Vollerhebungen aller Institutionen, beispielsweise Jugendämter, oder einer zufälligen Auswahl aller Eltern in Deutschland).

Im Gegensatz dazu können beispielsweise Online-Umfragen über ein Schneeballsystem in Netzwerken schnell einige Tausend Antworten hervorbringen. Diese kommen jedoch ausschließlich von Personen, die über solche Netzwerke erreichbar sind. Menschen ohne oder mit nur beschränktem Zugang zum Internet, Menschen, die wenig Zeit zur Beantwortung von Online-Umfragen haben, oder Menschen, die durch Beeinträchtigungen in der Nutzung bestimmter Formate eingeschränkt sind, werden damit nicht

erreicht. Die Schlussfolgerungen, die aus diesen Ergebnissen gezogen werden können, sind dementsprechend begrenzt, und es ist die Aufgabe der Wissenschaft, die Limitationen ihrer Arbeit transparent und gleichwertig mit den relevanten Ergebnissen zu kommunizieren.

Schließlich liegt mit der Komplexitätsreduktion eine besondere Schwierigkeit vor. Während die Bildungs- und Sozialforschung auf der einen Seite manchmal scheinbare Trivialitäten als neue Befunde meldet, stehen auf der anderen Seite hinter vielen Studien komplexe Modelle und Methoden, die in der Kommunikation nicht mittransportiert werden können. Zuweilen müssen Aussagen aus Sicht der Forschenden schmerzhaft verkürzt werden, sodass sie aus ihrer Perspektive schon (fast) falsch erscheinen, damit Botschaften allgemeinverständlich werden und eindringlich genug wirken.

Die Pandemie stellt die Bildungs- und Sozialforschung derzeit vor viele Lernaufgaben und Herausforderungen. Dazu gehört es durchaus, die eigenen Arbeitsweisen zu hinterfragen und neue zu entwickeln, um der Politik und Gesellschaft hilfreiche Antworten zu liefern. Zugleich sollte die Forschung ihre Tugenden aber nicht aufgeben. Ihr Wert – nicht zuletzt auch in Zeiten einer Pandemie – beruht darauf, dass sie von Neutralität, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit geprägt ist. Im Vordergrund sollte deshalb stehen, an den wissenschaftlichen Tugenden, strengen Qualitätsstandards und Arbeitsprinzipien festzuhalten, damit der Wert der Wissenschaft (auch langfristig) erhalten bleibt und Lösungsvorschläge für die Probleme unserer Zeit in Betracht gezogen werden. Gerade in diesen weltverändernden Zeiten darf das Vertrauen in die Wissenschaft nicht verspielt werden, auch wenn das zuweilen bedeutet, dass die Wissenschaft der Gesellschaft nicht alle eindeutigen Antworten auf drängende Fragen sofort liefern kann. ✕

# „Schul- und Kita-Schließungen sind das letzte Mittel bei der Pandemiebekämpfung“

Warum sich Bundesfamilienministerin Franziska Giffey dafür einsetzt, Schulen und Kindertageseinrichtungen auch bei steigenden Infektionszahlen möglichst lange offen zu halten, wie sie Kinder, Jugendliche und Eltern in der Corona-Krise unterstützen möchte und wieso sie eine Aufwertung der sozialen Berufe für elementar hält.

*DJI Impulse: Frau Giffey, die erste Phase der Corona-Krise hat Familien teils extrem belastet. Wurde der Sommer 2020 ausreichend genutzt, um tragfähige Pläne im Falle einer höheren Infektionsrate in der kalten Jahreszeit zu erarbeiten?*

*Franziska Giffey:* Die Bundesregierung arbeitet seit Beginn der Pandemie daran, deren Folgen abzumildern. Jeder gesellschaftliche Bereich wird dabei in den Blick genommen. Als Bundesfamilien- und -jugendministerin setze ich mich dafür ein, dass bei steigenden Infektionszahlen die Schließung von Kitas und Schulen die letzte und nicht die erste

Einschränkung ist. Denn sowohl Kitas als auch Schulen sind systemrelevant. Es ist richtig und von elementarer Bedeutung für Eltern und Kinder, dass wir alles tun, um diese Einrichtungen weiter offen zu halten. Mit meinem Kollegen Jens Spahn habe ich mich gleich am Anfang der Pandemie abgestimmt, und wir haben gemeinsam die „Corona-KiTa-Studie“ in Auftrag gegeben, die vom Deutschen Jugendinstitut zusammen mit dem Robert Koch-Institut durchgeführt wird. Jetzt zum Ende des Jahres sehen wir den Nutzen: Wir haben bereits erste wissenschaftliche Erkenntnisse, und deshalb können wir Kitas und Kindertagespflegestellen, wenn



es das Infektionsgeschehen zulässt, offen halten. Mit klaren Hygienevorschriften und Vorsichtsmaßnahmen und mit einem bemerkenswerten Einsatz des Personals ist der Alltag in den Einrichtungen gut zu organisieren.

**Laut einer DJI-Studie wünschen sich Kita-Leitungen von der Politik vor allem präzisere Vorgaben und schnellere Kommunikationswege. Sie haben im September einen Corona-KiTa-Rat initiiert, der Empfehlungen für ein gemeinsames Vorgehen der Bundesländer erarbeiten soll. Wie realistisch ist es, dass die Kita-Fachkräfte so mehr Klarheit und Verlässlichkeit bekommen?**

Der Corona-KiTa-Rat kommt auf meine Initiative zusammen, tauscht sich über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen beim Regelbetrieb in Kitas während der Pandemie aus und diskutiert mögliche Lösungen. Er kann auch Empfehlungen abgeben. Die Runde besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer, von Kommunen, Kita-Trägern, Gewerkschaften, dem Bundesverband für Kindertagespflege, der Bundeselternvertretung sowie Kinder- und Jugendärzten. Hier wird offen und ehrlich gesprochen. Zudem kommt immer wieder fachlicher Input von außen: erstens die regelmäßigen Berichte des DJI und des RKI zu den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen insbesondere aus der Corona-KiTa-Studie; zweitens thematische Schwerpunkte, etwa zum Umgang mit Krankheitssymptomen bei Kindern in der Kindertagesbetreuung durch die Deutsche Akademie der Kinder- und Jugendärzte oder zum Arbeitsschutz des Personals in Kitas und Kindertagespflege durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung. Unser Ziel ist, dass die hier gewonnenen Erkenntnisse auch in der Praxis bei den Fachkräften ankommen. Auch deshalb haben wir Praxistipps für die Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung erarbeitet, die unter [www.corona-kita-praxistipps.de](http://www.corona-kita-praxistipps.de) abrufbar sind. >

### Zur Person

Franziska Giffey ist seit März 2018 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit Ende November 2020 ist sie außerdem Vorsitzende der SPD Berlin. Gemeinsam mit Raed Saleh bildet sie eine Doppelspitze. Die 42-Jährige möchte für die Berliner Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2021 als Spitzenkandidatin antreten.



## Um zumindest zum Teil zu kompensieren, was den Kindern in der ersten Phase der Pandemie an Förderung verloren ging, können wir nur auf eines setzen: noch mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung.

**Wenn es um eine bessere Betreuung und Bildung von jungen Menschen geht, sind die Fachkräfte entscheidend. Nehmen Sie nach den Erfahrungen in der Krise eine neue politische Sensibilität wahr, was die bessere Bezahlung in sozialen Berufen angeht?**

Es geht nicht nur um politische Sensibilität, sondern auch darum, Fakten zu schaffen. Wir werden den Fachkräftebedarf in diesem Bereich nur decken können, wenn wir den Beruf attraktiver machen – und dazu gehört natürlich eine angemessene Bezahlung. Dafür setze ich mich ein. Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig und systemrelevant die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft ist. Mit dem im Oktober 2020 erzielten Tarifergebnis erhalten nun auch die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes im TVöD mehr Geld und eine Corona-Sonderzahlung für das, was sie in der Krise geleistet haben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein wichtiges Signal. Dennoch muss es noch weiter gehen mit der Aufwertung der sozialen Berufe – zum Beispiel könnten noch stärker als bislang fachliche Spezialisierungen und Karrieren gefördert werden, die dann auch besser bezahlt werden. Wir setzen dafür mit dem Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive“ Impulse und entwickeln Modelle, wie es gehen kann. Die flächendeckende Umsetzung ist Aufgabe der Länder.

**Noch immer ist nicht eindeutig klar, welche Rolle Kinder im Infektionsgeschehen spielen. Laut Robert Koch-Institut weist die Forschungslage allerdings darauf hin, dass infizierte Kinder möglicherweise weniger ansteckend sind als Erwachsene. Welche neuen Erkenntnisse ziehen Sie aus der Corona-KiTa-Studie?**

Bislang zeigen die vorliegenden Zwischenergebnisse aus der Corona-KiTa-Studie, dass Kinder tatsächlich keine Treiber der Pandemie und Kitas keine Infektionsherde sind. Natürlich habe ich die Hoffnung, dass sich diese Erkenntnisse nachhaltig bestätigen. Wichtig ist, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse nachvollziehbar sind und das politische Handeln darauf aufgebaut werden kann. Das

gelingt den Macherinnen und Machern der Corona-KiTa-Studie bislang ausgezeichnet, und ich bin beeindruckt, wie professionell und kollegial hier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Professionen an einem Strang ziehen.

**Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien werden durch die Corona-Krise stärker zurückgeworfen als Kinder, die zu Hause gefördert werden. Was schlagen Sie vor, um Corona-Defizite zu kompensieren?**

Kitas und Kindertagespflege sorgen für gleiche Chancen von Anfang an. Bleiben sie geschlossen, verschärfen sich die Unterschiede in den Bildungschancen, denn nicht alle Eltern haben die gleichen Möglichkeiten, ihre Kinder zu fördern. Während der Kita-Schließungen sind die Fachkräfte sehr kreativ geworden, um den Kontakt zu den Familien und den Kindern zu halten, von „Fensterbesuchen“ über Briefe und Telefonate bis hin zu digitalen Formaten, die einen großen Auftrieb erfahren haben. Allerdings kann nichts davon das ersetzen, was der Besuch einer Kita oder Kindertagespflege für viele Kinder bedeutet. Um zumindest zum Teil zu kompensieren, was den Kindern in der ersten Phase der Pandemie von Mitte März bis in den Sommer an Förderung verloren ging, können wir nur auf eines setzen: noch mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung. Deshalb bekennt sich der Bund auch nach Ablauf der bislang gesetzlich vorgesehenen Mittel für das Gute-KiTa-Gesetz zu seiner Verantwortung und wird seinen Beitrag leisten, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung deutschlandweit weiterzuentwickeln. Auch deshalb ist es wichtig, erneute flächendeckende Kita-Schließungen möglichst zu vermeiden. Es geht hier nicht allein um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern, sondern um Bildungs- und Teilhabechancen für die Kinder.

**Für einige Kinder ist das Fernbleiben von Kita und Schule gefährlich, weil sie im eigenen Zuhause Gewalt ausgesetzt sind. DJI-Studien zeigen, dass die Zahl der Gefährdungsmeldungen bis zum Sommer 2020 zwar nicht gestiegen ist, aber es gibt**

**Hinweise auf unerkannte häusliche Gewalt. In den Jugendämtern herrscht teils Unsicherheit, und es wird eine bessere personelle, räumliche und technische Ausstattung gefordert. Mit welcher politischen Unterstützung kann die Kinder- und Jugendhilfe rechnen?**

Während des Lockdowns war es für Kinder und Jugendliche besonders wichtig, direkten Zugang zu Hilfe zu behalten. Das Bundesfamilienministerium hat deshalb bestehende telefonische und Online-Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche schon zu Beginn der Kontaktbeschränkungen ausgebaut. So wurde im Frühjahr 2020 unter anderem die Förderung für die Online-Beratung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, die „Nummer gegen Kummer“, und die Jugendnotmail erhöht. Auch nächstes Jahr stellen wir dafür mehr Geld zur Verfügung. Um die fachliche Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in Corona-Zeiten zu unterstützen, finanziert das BMFSFJ seit Anfang April eine neu eingerichtete Kinder- und Jugendhilfeplattform mit dem Namen „Forum-Transfer – Innovative Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten von Corona“. Dort finden sich aktuelle Hinweise, Empfehlungen und fachlich systematisierte Best-Practice-Beispiele. Die Seite ist so gestaltet, dass zeitnah auf die aus der Praxis geäußerten Bedarfe reagiert werden kann. Auch dieses Projekt wollen wir im nächsten Jahr weiter fördern.

**Jugendliche rücken oft erst durch negative Schlagzeilen über Gewalt oder exzessives Feiern in die öffentliche Diskussion. Sind die Belange der Jugendlichen in der Krise zeitweise aus dem Blick geraten?**

Jugendliche haben es in der Corona-Pandemie oft sehr schwer. Der Freiraum, den sie in diesem Alter brauchen, wird stark eingeschränkt. Denn eigentlich ist es in dieser Lebensphase wichtig, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und etwas zu unternehmen. Das alles geht allein per Home-schooling und im Netz nicht. Auch jungen Erwachsenen, die gerade eine Ausbildung oder ein Studium anfangen, fehlt etwas Entscheidendes. Viele von ihnen müssen digital ins Ausbildungsjahr oder ins Semester starten, sie vermissen die Gemeinschaft und den Austausch. Wir muten den jungen Menschen gerade viel zu, und die meisten verstehen das und verhalten sich verantwortungsbewusst und rücksichtsvoll. Gleichzeitig zeigen Studien, dass junge Menschen nicht auf ihre Rolle als Schülerinnen und Schüler reduziert werden möchten. Nicht nur jetzt gilt: Jugendliche wollen gehört werden und mitreden. Schließlich treffen sie die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie gerade am Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf besonders hart. Corona sorgt dafür, dass sich bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen. Junge Menschen im Blick zu behalten und ihnen sichere Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, bleibt daher eine wichtige politische Aufgabe. >



**Die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie treffen Jugendliche am Übergang zur Ausbildung und zum Beruf besonders hart.**



”

**Meine Vision ist, auch in Zukunft nicht nur in die wichtige finanzielle Unterstützung für Familien zu investieren, sondern ebenfalls weiter in eine bessere Infrastruktur für das gute Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen sowie in die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

***In Kitas und Schulen findet noch kein Regelbetrieb wie vor der Pandemie statt. Dadurch bleibt die ohnehin schon hohe Belastung der Eltern bestehen. Wie lässt sich gegensteuern?***

Die Situation heute lässt sich nicht vergleichen mit der Situation im Frühjahr, als Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen geschlossen waren. Eltern mussten plötzlich die weggefallene Betreuung neu organisieren und sie vielfach auch neben ihrer Arbeit selbst leisten. Geholfen hat damals, dass viele Unternehmen sich um eine bessere Vereinbarkeit bemüht und die Eltern unterstützt haben, wie wir aus Studien wissen. Dadurch können sich Eltern ermutigt fühlen, auch künftig das Gespräch mit dem Arbeitgeber zu suchen und gemeinsam Lösungen zu finden. Klar ist diesmal zudem: Schul- und Kitaschließungen sind das letzte Mittel bei der Pandemiebekämpfung. Kinder brauchen andere Kinder, sie brauchen die pädagogische Anleitung und Bildung. Und für die Eltern ist es entscheidend, Arbeit und Familienleben auch in der Pandemie miteinander vereinbaren zu können – ohne ständige Überforderung. Wir lassen die Familien, die von der Pandemie betroffen sind, nicht alleine. Und wir führen die Hilfen, die wir anfangs ermöglicht haben, fort – zum Beispiel den Ausgleich von Gehaltsausfällen, weil sich Eltern selbst um die Kinderbetreuung kümmern, wenn Kitas und Schulen punktuell doch wegen eines Infektionsgeschehens geschlossen werden müssen.

***Wenn es darum geht, die ausfallende Kinderbetreuung zu übernehmen, stehen die Mütter häufig an erster Stelle. Manche fürchten, die Gleichstellung von Frauen wird durch die Corona-Krise um Jahrzehnte zurückgeworfen. Wie lässt sich verhindern, dass sich alte Rollenzuschreibungen wieder verfestigen?***





## Kinder brauchen andere Kinder, sie brauchen die pädagogische Anleitung und Bildung.

Die vergangenen Monate haben uns gezeigt, dass Frauen in der Corona-Krise die Hauptlast tragen. Sie stehen in den systemrelevanten Berufsgruppen beispielsweise als Verkäuferinnen, Krankenpflegerinnen, Altenpflegerinnen oder Erzieherinnen an vorderster Front. 80 Prozent der Beschäftigten in diesen sozialen Berufen sind Frauen. Was die unbezahlte Sorgearbeit angeht, haben erste Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gezeigt, dass die zusätzliche Arbeit für Kinder und im Haushalt in Zeiten der Corona-Krise insgesamt ungefähr zur Hälfte von Frauen und Männern übernommen wurde. Auch wenn das vorläufige Ergebnisse sind, lohnt es also, genau hinzusehen und nicht vorschnell von „Retraditionalisierung“ zu sprechen. Es gibt ja durchaus auch gute Nachrichten: Männer übernehmen mehr Sorgearbeit, Familien werden flexibler. Wer in Kurzarbeit ist, der kümmert sich mehr um die Kinder. Die Kurzarbeit ist ein gutes Instrument in der Krise. Dennoch darf nicht vernachlässigt werden, dass Frauen im Schnitt 1,5 Stunden mehr am Tag für die familiäre Sorgearbeit aufbringen als Männer. Hier unterstützen wir als BMFSFJ natürlich mehr Partnerschaftlichkeit und mehr Vereinbarkeit.

**Seit Beginn der Corona-Krise treten Sie für die Interessen von Familien ein. Doch zuweilen wirkte es so, als stünden Sie damit im Bundeskabinett relativ alleine da. War das manchmal auch frustrierend?**

Nein. Ich habe mit Unterstützung meiner Kabinettskolleginnen und -kollegen eine Reihe von Maßnahmen, die Familien schnell und unmittelbar geholfen haben, auf den Weg gebracht: etwa einen Entschädigungsanspruch für erwerbstätige Eltern, die wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht arbeiten gehen können, den Kinderbonus von 300 Euro oder die Aus-

dehnung des Bezugs des Kinderkrankengeldes. Vor allem aber haben wir den Kinderzuschlag mit den Regelungen zum „Notfall-KiZ“ krisenfest gemacht und einen leichteren Zugang bei plötzlichen Einkommenseinbußen geschaffen. Auch das Elterngeld haben wir angepasst. Wir werden auch weiterhin gemeinsam den Blick auf die Familien richten – gerade in Krisenzeiten. Beim Konjunkturpaket wird es zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe für den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Kitas und Grundschulen geben. Und nicht zu vergessen: Die Hilfen für die Wirtschaft und die sozialen Einrichtungen kommen Millionen von Familien zugute.

**Die Krise hat viele strukturelle Versäumnisse im deutschen Unterstützungssystem für Familien, aber auch im Bildungssystem offengelegt. Was ist Ihre Vision für 2025?**

Das sind von jetzt an fünf Jahre – also ziemlich genau die Zeit, die viele Kinder in der Kindertagesbetreuung verbringen. Ich habe die Hoffnung, dass die Kindertagesbetreuung dann qualitativ noch besser aufgestellt ist als heute, damit noch mehr Kinder von früher Bildung, Betreuung und Erziehung profitieren und gefördert werden können. Das Unterstützungssystem für Familien ist vielfältig, so wie es Familienkonstellationen und Bedarfe von Familien auch sind. Und es ist wirksam. In dieser Legislaturperiode haben wir zum Beispiel mit dem Starke-Familien-Gesetz den Kinderzuschlag neu gestaltet, um Familien mit kleinen Einkommen gezielter zu unterstützen. Und das mit großem Erfolg, denn wir erreichen mehr Kinder, die ein Anrecht darauf haben: Im Januar 2020 waren es noch rund 300.000 Kinder, die den Zuschlag erhalten haben – zum Ende des Jahres sind es nun knapp 900.000 Kinder. Wir haben das Bildungs- und Teilhabepaket verbessert, um Kindern einfacher gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Gute-KiTa-Gesetz wurde verankert, dass der Kita-Besuch für diese Kinder kostenfrei ist. Die Stärke dieses Netzes, das wir für Familien geknüpft haben, hat sich für mich gerade in den letzten Monaten gezeigt, in denen wir schnell und präzise Anpassungen vornehmen konnten. Deshalb ist meine Vision, auch in Zukunft nicht nur in die wichtige finanzielle Unterstützung für Familien zu investieren, sondern ebenfalls weiter in eine bessere Infrastruktur für das gute Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen sowie in die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf – damit Familien nachhaltig gestärkt werden, Frauen und Männer ihrem Beruf nachgehen und alle Kinder sich gut entwickeln können. x

*Interview: Birgit Taffertshofer*



# Von der Notbetreuung zum Regelbetrieb

Eigentlich hatten sich die Länder auf eine gemeinsame Strategie bei der schrittweisen Wiederöffnung der Kindertageseinrichtungen geeinigt. Am Ende erfolgte die Rückkehr zum Regelbetrieb jedoch uneinheitlich.

Von Christiane Meiner-Teubner

**M**it dem nahezu vollständigen Herunterfahren des sozialen Lebens in Deutschland aufgrund der vermehrten Ausbreitung von Covid-19 wurde Mitte März 2020 auch ein Betretungsverbot beziehungsweise die Schließung von Kindertagesbetreuungsangeboten angeordnet. Lediglich die Kindertagespflege war davon nicht in allen Regionen betroffen.

Um die Grundversorgung der Bevölkerung in Deutschland sicherzustellen, gab es für einen kleinen Teil der Familien von Anfang an die Möglichkeit, die Angebote weiterhin zu nutzen. Konkret waren das Kinder, deren Eltern beide in sogenannten systemrelevanten Berufen (wie in der Krankenpflege, bei der Polizei oder in Supermärkten) tätig sind und deren Betreuung nicht anderweitig organisiert werden

konnte. Nach und nach öffneten die Länder die Angebote zu unterschiedlichen Zeitpunkten und für unterschiedliche Gruppen. In der Sitzung der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) vom 28. April 2020 haben sich die Länder dann auf einen gemeinsamen Rahmen und ein gemeinsames Vorgehen für einen stufenweisen Prozess zur Öffnung der Kindertagesbetreuung verständigt. Die konkreten Entscheidungen für die nächsten Schritte lagen allerdings bei den Ländern, die diese „unter sorgfältiger Abwägung und Einordnung bestehender Risiken“ (JFMK 2020, S. 1) treffen wollten.

### **Länder einigen sich grundsätzlich auf ein Vier-Phasen-Modell**

In diesem gemeinsamen Rahmen wurden seitens der JFMK folgende vier Phasen einer stufenweisen Öffnung beschrieben: Phase 1: Eingeschränkte Notbetreuung; Phase 2: Flexible und stufenweise Erweiterung der Notbetreuung; Phase 3: Eingeschränkter Regelbetrieb sowie Phase 4: Vollständiger Regelbetrieb.

Laut Empfehlungen der AG Kita (2020, S. 6 f.) sollte in den ersten beiden Phasen eine langsame, schrittweise Ausweitung der Gruppen erfolgen, die in die Kindertagesbetreuung zurückkehren dürfen. Als zentrale Orientierung sollte dabei die infektionshygienische Lage gelten. Ab Phase 3 sollte die Kindertagesbetreuung wieder für alle Kinder zugänglich sein und in Phase 4 der Regelbetrieb wieder wie vor März 2020 stattfinden.

Darüber hinaus wurde in den Ländern zum Teil bereits in der Woche des Lockdowns ein Abfragesystem implementiert, um unter anderem einschätzen zu können, wie viele Kinder die Kindertagesbetreuungsangebote tatsächlich in Anspruch nehmen. Vereinzelt ging es auch um die Frage, welche Personalressourcen dafür zur Verfügung stehen und eingesetzt werden können. Gefragt wurde außerdem in einigen Ländern, wie viele Kitas aus Gründen der Personalkapazität oder wegen eines Corona-Falls schließen mussten. In den seit Mai regelmäßig erscheinenden Monatsberichten der Corona-KiTa-Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Robert Koch-Instituts (RKI) unter Mitarbeit der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) wurden unter anderem diese Länderdaten analysiert, um bundesweite Trends ableiten zu können (siehe Infobox). >

### **Die Monatsberichte der Corona-KiTa-Studie: Analyse der Länderdaten, um bundesweite Trends abzuleiten**

Wie viele Kinder sind aktuell in der Betreuung? Wie viele Kitas sind geschlossen? Und wie viel Personal steht zur Verfügung? Die Zwischenergebnisse der Corona-KiTa-Studie werden fortlaufend veröffentlicht, zum Beispiel in den Monats- und Quartalsberichten. Wichtige Säule der Studie sind nicht nur die wöchentlichen Abfragen bei Kita-Leitungen und Tagespflegepersonen zur Situation der Kindertagesbetreuung unter Pandemiebedingungen im Rahmen des KiTa-Registers, sondern waren anfangs auch die Daten der 16 Bundesländer. Diese legten in ihren Abfragesystemen unterschiedliche Daten zugrunde und nutzten jeweils eigene Berechnungswege, sodass die einzelnen Werte zwar nicht im Detail vergleichbar waren, sich sehr wohl aber Trends abzeichneten. Bei den wöchentlichen Meldungen der Träger beziehungsweise der Einrichtungen kam es außerdem zu Schwankungen, weil regionale Ferien, Feier- und Brückentage einen Einfluss auf die Anzahl der betreuten Kinder hatten. Die Oster-, Pfingst- und Sommerferien sind daher für die einzelnen Länder in der Abbildung auf S. 20/21 ausgewiesen. Bei Inanspruchnahmequoten von unter 100 Prozent bleibt generell offen, ob das bedeutet, dass a) noch nicht alle Kinder kommen durften, b) die Kinder (aus welchen Gründen auch immer) zu Hause blieben oder c) aufgrund fehlenden Personals beziehungsweise fehlender Räume nicht alle Gruppenangebote zur Verfügung standen. Erfasst wurde darüber hinaus lediglich die generelle Nutzung der Angebote; der zeitliche Umfang musste nicht mit der im Regelbetrieb vertraglich vereinbarten Stundenzahl übereinstimmen.

[corona-kita-studie.de/#ergebnisse](https://corona-kita-studie.de/#ergebnisse)



## Zu Beginn des Lock-downs betreuten die Kindertageseinrichtungen in allen Bundesländern mit verfügbaren Daten weniger als 5 Prozent der Kinder.

Mit Blick auf die zeitliche Entwicklung wird der gemeinsame Lockdown in allen Ländern in der dritten Märzwoche und somit der Einstieg in Phase 1 gut sichtbar (siehe Abbildung). Zu Beginn dieser Phase lagen die Quoten der Inanspruchnahme in den Ländern mit verfügbaren Daten bei unter 5 Prozent. Das heißt, weniger als 1 von 20 regulär betreuten Kindern besuchte zu diesem Zeitpunkt eine Kindertageseinrichtung.

In fast allen Ländern stiegen die Inanspruchnahmequoten bis zum Ende der Phase 1 – das vielfach Mitte/Ende April war – auf einen Wert zwischen etwa 5 und 15 Prozent. Inwieweit die berichteten Unterschiede allerdings auf die tatsächlich unterschiedliche Inanspruchnahme in den Ländern zurückzuführen sind – oder nur auf die unterschiedlichen Erhebungsmethoden –, lässt sich nicht zweifelsfrei aufklären.

Die Entwicklung der Anteile der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen von März bis Ende August 2020, nach Kalenderwochen

	März 2020			April 2020				Mai 2020				Juni 2020				
Baden-Württemberg <sup>1)</sup>	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Bayern <sup>2)</sup>	1%	1%	2%	2%	2%	4%	8%	11%	14%	16%	30%	25%	23%	53%	56%	/
Berlin	2%	4%	4%	5%	5%	8%	14%	18%	29%	37%	47%	52%	59%	65%	66%	66%
Brandenburg	/	/	/	/	/	14%	24%	31%	34%	37%	41%	45%	/	65%	61%	/
Bremen <sup>3) 4)</sup>	1%	2%	3%	3%	4%	12%	16%	21%	26%	37%	45%	53%	54%	/	/	/
Hamburg	3%	4%	4%	5%	5%	9%	12%	21%	23%	31%	42%	50%	61%	64%	72%	69%
Hessen	2%	2%	/	3%	4%	9%	11%	16%	19%	21%	27%	44%	56%	60%	60%	64%
Mecklenburg-Vorpommern <sup>5)</sup>	/	3%	4%	4%	4%	7%	15%	21%	35%	43%	74%	77%	84%	84%	73%	/
Niedersachsen <sup>6)</sup>	/	1%	2%	2%	2%	3%	6%	9%	10%	20%	25%	32%	36%	39%	55%	77%
Nordrhein-Westfalen	/	/	3%	3%	3%	7%	9%	13%	18%	21%	30%	35%	75%	79%	76%	*
Rheinland-Pfalz	2%	2%	3%	3%	3%	6%	8%	12%	15%	17%	22%	39%	69%	73%	75%	77%
Saarland	/	5%	6%	6%	6%	8%	11%	15%	19%	26%	26%	35%	/	/	/	/
Sachsen	4%	4%	7%	8%	8%	14%	19%	27%	32%	69%	78%	82%	/	/	/	/
Sachsen-Anhalt	/	3%	5%	5%	6%	12%	21%	30%	37%	37%	38%	76%	83%	81%	78%	78%
Schleswig-Holstein <sup>7)</sup>	2%	2%	3%	3%	3%	8%	11%	14%	17%	26%	31%	38%	59%	62%	/	/
Thüringen	2%	3%	5%	6%	6%	10%	14%	20%	22%	35%	47%	68%	72%	87%	85%	82%

Nichtsdestotrotz lässt sich der Trend beobachten, dass sich die anfänglich starke Ähnlichkeit über alle Länder hinweg bereits im Laufe der ersten Phase zeitlich langsam unterschiedlich entwickelt. Das kann unter anderem damit zusammenhängen, in welchem Maße die Länder die Definition der systemrelevanten Berufe ausweiteten, zu welchem Zeitpunkt entsprechend vorsichtige Öffnungen erfolgten und wie lange die Phase 1 jeweils andauerte. Mit Ausnahme von Hessen sind alle Länder zwischen Mitte April und Anfang Mai – kurz vor oder unmittelbar nach dem JFMK-Beschluss – zu Phase 2 übergegangen.

Seit dem Übergang in Phase 2 – der flexiblen und stufenweisen Erweiterung der Notbetreuung – ist das Öffnungsgeschehen in den Ländern in unterschiedlicher Geschwindigkeit weitergegangen. In dieser Phase wurden nach und nach mehr Gruppen von Kindern aufgenommen. Dies waren an-

fangs häufig Kinder von (erwerbstätigen) Alleinerziehenden und Kinder, deren Kindeswohl gefährdet war. Zum Ende der Phase waren es oft Kinder, die nach den Sommerferien eingeschult werden sollten.

### Länder öffnen die Kitas in unterschiedlicher Geschwindigkeit

Mit Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Land bereits Anfang/Mitte Mai von Phase 2 in Phase 3 übergegangen. In anderen Ländern dauerte die Phase 2 bis Ende Juni an. Zusätzlich war auch die Inanspruchnahme in Phase 2 je nach Bundesland teilweise deutlich unterschiedlich. Zwar lässt sich generell beobachten, dass in allen Ländern Woche für Woche mehr Kinder in den Kindertageseinrichtungen betreut wurden – allerdings schwankte die Inanspruchnahme-

Juli 2020				August 2020				Sept. 2020			
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
63%	62%	58%	*	/	/	/	/	/	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
*	71%	42%	60%	69%	/	74%	*	*	*	*	*
/	/	/	/	/	/	/	*	*	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
*	*	*	*	*	*	/	/	/	/	/	/
65%	62%	52%	*	61%	65%	82%	83%	84%	*	*	*
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
80%	80%	64%	55%	49%	53%	61%	*	*	*	*	*
/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
83%	80%	67%	73%	67%	62%	67%	*	/	/	/	/

- Phase 1: eingeschränkte Notbetreuung
- Phase 2: flexible und stufenweise Erweiterung der Notbetreuung
- Übergangsphase
- Phase 3: eingeschränkter (Regel-)Betrieb
- Phase 4: vollständiger (Regel-)Betrieb unter Pandemiebedingungen
- / / / / / / / / / / / / Ferien (mindestens 3 Tage pro Woche)

/ für diese Wochen sind keine Daten verfügbar

„Ergebnisse zur Inanspruchnahme der Kindertagespflege und von Kindertageseinrichtungen können nicht separat ausgewiesen werden. Die Kindertagespflege ist in der Inanspruchnahmequote, die unter den Kitas ausgewiesen ist, berücksichtigt.“

\* Daten (noch) nicht verfügbar

- 1) BW hat vonseiten des Ministeriums keine Daten abgefragt, sondern holt diese Informationen über Trägerverbände ein. Daher liegen über das Landesministerium keine validen, vollständigen Daten vor.
- 2) Ab 11. Mai 2020 konnten die klassischen Kindertagespflegestellen wieder regulär besucht werden, und ab dem 25. Mai 2020 konnten die Großtagespflegestellen wieder regulär besucht werden.
- 3) Ab Mitte Mai 2020 Schätzung zur Berücksichtigung des Platzsharing-Modells.
- 4) Ab Mitte April 2020 liegen Hochrechnungen für das Land vor, die in den Monatsberichten der Corona-Kita-Studie eingesehen werden können.
- 5) Daten ab Anfang Mai 2020 bereinigt.
- 6) Ab Anfang Juni 2020 liegen Hochrechnungen für das Land vor, die in den Monatsberichten der Corona-Kita-Studie eingesehen werden können.
- 7) Daten ab Anfang/Mitte Juni 2020 bereinigt.

Quelle: Selbsteinschätzungen der zuständigen Länderministerien und übermittelte Daten aus den zuständigen Länderministerien (teils Daten der Länder, teils Daten, die den Ministerien zur Verfügung gestellt wurden)



## Der Großteil der Kinder konnte während des eingeschränkten Regelbetriebs nur reduzierte Stundenumfänge nutzen – entweder wegen Platzsharing-Modellen oder wegen behördlicher Vorgaben.

quote zu Beginn der Phase 2 zwischen knapp 5 und 30 Prozent und am Ende zwischen 20 und 65 Prozent.

Die Phase 3 – der eingeschränkte (Regel-)Betrieb – dauerte in den meisten Ländern entweder bis kurz vor den landesspezifischen Sommerferien oder ging sogar bis zu deren Ende. Dementsprechend verstärkte sich die unterschiedliche Dynamik des Öffnungsgeschehens zwischen den Ländern weiter, sodass mit Brandenburg das erste Land schon Mitte Juni in Phase 4 übergang, während mit Bayern das letzte Land erst Anfang September wieder den Regelbetrieb (unter Pandemiebedingungen) aufnahm.

Zentral für die dritte Phase war, dass sich die Inanspruchnahmequote rasch erhöhte (auf bis zu 80 Prozent), zugleich der Großteil der Kinder jedoch nur reduzierte Stundenumfänge nutzen konnte – entweder weil Platzsharing-Modelle eingesetzt wurden oder weil die behördlichen Vorgaben einen geringeren Stundenumfang pro Tag beziehungsweise pro Woche als den vertraglich vereinbarten vorsahen. Unberührt blieben hiervon jedoch im Normalfall die Kinder mit Eltern, die in einem systemrelevanten Beruf arbeiteten.

Entgegen den Empfehlungen der AG Kita, auf die sich die Länder verständigt hatten, ist der Übergang in die vierte Phase nicht wie ursprünglich vorgesehen erfolgt, nachdem ein Impfstoff vorhanden oder das Infektionsgeschehen weitgehend eingedämmt war (AG Kita 2020, S. 7). Dies ist auch der Grund, weshalb die Länder aktuell zwar von Phase 4 sprechen, allerdings darauf verweisen, dass es sich immer noch um einen (Regel-)Betrieb unter Pandemiebedingungen handelt. Das bedeutet zumeist, dass zwar alle Kinder

wieder mit den vereinbarten Stundenumfängen zurück in die Kindertageseinrichtungen kommen können. Dennoch gelten vielfach spezifische Vorgaben und Auflagen (vor allem im Bereich Hygiene), aufgrund derer es zu Veränderungen im Alltag in den Einrichtungen kommen kann.

Spätestens mit dem Start in Phase 4 hat die Mehrzahl der Länder ihre zusätzlichen Datenabfragen eingestellt, weil in der Regel alle Kinder wieder die Kindertagesbetreuungsangebote besuchen können. Der Übergang in die letzte Phase ist in vielen Ländern mit den Sommerferien zusammengefallen. Das hat zur Folge, dass aufgrund der Urlaubszeit in den Familien deutlich weniger Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen und dass zugleich etliche Einrichtungen zeitweise geschlossen waren oder nur eine sogenannte Ferienbetreuung anboten. Das heißt, die Inanspruchnahme ist in dieser Zeit zwar wieder zurückgegangen, doch hatte dies im Wesentlichen keine pandemiebedingten Ursachen.

### Personalsituation in den Kitas verbessert sich nach dem Lockdown

Neben der Frage, wie viele Kinder in den Kindertageseinrichtungen sein dürfen, stand bei der Datenabfrage einiger Länder mit Blick auf die Risikogruppen ein weiterer Aspekt im Fokus: Wie viel Personal steht in den Kitas zur Verfügung, um den laufenden Betrieb zu gewährleisten? Dazu können kaum allgemeingültige Aussagen getroffen werden, da die Datenlage enorm unterschiedlich ist und kaum vergleichbare Zahlen vorliegen. Lediglich in der Hälfte der Länder gab es überhaupt Abfragen zur Personalsituation; zudem unterscheiden sich diese deutlich in ihren Abfragerhythmen sowie in dem, was genau erhoben wurde.

Dennoch lassen sich aus den vorhandenen Daten drei Hinweise ablesen: Erstens ist der Anteil des Personals, das aufgrund der Pandemie nicht eingesetzt wurde, seit dem Beginn der Erfassung beziehungsweise seit dem Lockdown zurückgegangen und lag im Juli 2020 tendenziell zwischen 5 und 10 Prozent, wobei regionale Unterschiede zu beobachten sind. Zweitens bedeutet das umgekehrt, dass der Anteil des einsetzbaren Personals im Laufe des Öffnungsgeschehens leicht gestiegen ist und im Falle der Länder, die dies erfasst haben, zum letzten Erhebungstermin bei etwa 85 Prozent lag. Wobei auch Personal, das aus anderen Gründen

(wie Urlaub oder Krankheit) ausfiel, in der Kategorie „nicht einsatzfähig“ erfasst wurde. Und drittens deuten differenziertere Daten aus dem Stadtstaat Berlin darauf hin, dass der Anteil des einsetzbaren Personals in der Zeit der Sommerferien dort leicht gesunken ist. Daher liegt die Vermutung nahe, dass ein größerer Teil des Personals in dieser Zeit selbst im Urlaub war.

### **Kindertagespflege in Kleingruppen kann meist schnell wieder stattfinden**

Das Öffnungsgeschehen der Kindertagespflege erfolgte lediglich in vier Ländern (Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) in den gleichen zeitlichen Abständen wie die Öffnung der Kindertageseinrichtungen; in Schleswig-Holstein und im Saarland gab es dazu keine landeseinheitlichen Regelungen. In allen anderen Ländern wurde die Kindertagespflege zum Teil deutlich früher wieder geöffnet beziehungsweise ging früher in den Regelbetrieb (unter Pandemiebedingungen) über als die Kindertageseinrichtungen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Tagespflege in der Regel nur mit einer kleinen Anzahl an Kindern arbeitet und somit die zeitweise geltende Bedingung der Kleingruppe ohnehin gegeben war.

Spätestens seit Anfang September sind die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege zwar wieder in eine Art Normalzustand eingetreten – zumindest in dem Sinne, dass vom Grundsatz her alle Einrichtungen wieder im Regelbetrieb arbeiteten. Allerdings zeigen die Daten aus einzelnen Ländern, dass es immer wieder zur Schließung von Gruppen oder ganzer Kindertageseinrichtungen gekommen ist. Auslöser dafür konnten sowohl Verdachtsfälle als auch bestätigte Fälle von Covid-19 aufseiten des Personals oder der Kinder sein. Vereinzelt wurden Kindertageseinrichtungen aber auch geschlossen, weil zu wenig Personal einsetzbar war. In jedem Fall stellt die kältere Jahreszeit alle Seiten – die Politik, die Fachpraxis sowie die Familien – erneut vor große Herausforderungen. **x**



**Dr. Christiane Meiner-Teubner** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsstelle „Kinder- und Jugendhilfestatistik“ des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Strukturfragen und Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung, familiäre Kosten für Kindertagesbetreuung, Sozialberichterstattung sowie Lebenslagen von Kindern in Armutslagen und mit Fluchterfahrungen.

[christiane.meiner@tu-dortmund.de](mailto:christiane.meiner@tu-dortmund.de)

### **Literatur**

AG KITA (2020): *Empfehlung für einen gemeinsamen Rahmen der Länder für einen stufenweisen Prozess zur Öffnung der Kindertagesbetreuungsangebote von der Notbetreuung hin zum Regelbetrieb im Kontext der Corona-Pandemie*

AUTORENGRUPPE CORONA-KITA-STUDIE (2020a): *Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie (III/2020)*. Verfügbar unter: [corona-kita-studie.de/#ergebnisse](https://corona-kita-studie.de/#ergebnisse)

JUGEND- UND FAMILIENMINISTERKONFERENZ (JFMK) (2020): *Gemeinsamer Rahmen der Länder für einen stufenweisen Prozess zur Öffnung der Kindertagesbetreuungsangebote von der Notbetreuung hin zum Regelbetrieb im Kontext der Corona-Pandemie*

# Krisenbewältigung in der Kita

Hygienevorschriften sind in Krippen und Kindergärten nur eingeschränkt umsetzbar. Wie die Kita-Leitungen dennoch einen Infektionsschutz ermöglichen und was sie zu Beginn der Pandemie am meisten belastete, zeigt eine DJI-Studie.

Von Katja Flämig und Bernhard Kalicki

**D**ie Corona-Pandemie brachte für Kindertageseinrichtungen tiefgreifende Veränderungen mit sich, auf die ad hoc reagiert werden musste. Die meisten Kindertageseinrichtungen boten ab dem 16. März 2020 eine eingeschränkte Notbetreuung an, damit Kinder von Eltern aus systemrelevanten Berufen betreut werden konnten.

Die anfangs nur sehr geringen Inanspruchnahmequoten stiegen in der Folge sukzessive an (siehe auch S. 18); zeitgleich wurden ministerielle Vorgaben zu Schutz- und Hygienemaßnahmen und Empfehlungen ihrer Umsetzung in Kindertageseinrichtungen veröffentlicht. Dabei ging es darum, langfristig wieder einen Regelbetrieb zu ermöglichen, der einerseits die Bildung und Betreuung der Kinder gewährleistet, familiäre Erziehung ergänzt sowie Eltern in der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit unterstützt und andererseits das Infektionsgeschehen unter Kontrolle hält.

## **Distanzgebot und Mund-Nasen-Schutz sind mit jungen Kindern nicht realisierbar**

Eine spezifische Herausforderung bei der Erreichung dieser Ziele bestand darin, dass die allgemein bekannte Trias der wirksamen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens „Abstand halten“, „Hände waschen“, „Alltagsmaske tragen“ (die sogenannte AHA-Regel) in der Arbeit mit jungen Kindern als nicht realisierbar angesehen wird (JFMK 2020). Dies betrifft insbesondere das Distanzgebot und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Zur Aufrechterhaltung von Beziehungs- und Bindungssicherheit zu Erwachsenen und anderen Kindern ist für junge Kinder teilweise en-





ger Körperkontakt zwingend notwendig. Altersangemessenes Spiel sowie der Umgang mit Materialien sind nur über ein freies Bewegen der Kinder im Raum und über dezentrale sowie parallel stattfindende Aktivitäten in Kleingruppen zu gewährleisten. Kinder unter drei Jahren oder auch mehrsprachig aufwachsende Kinder sind außerdem auf die Betrachtung der Mimik angewiesen, um zu kommunizieren und zu verstehen.

Aufgrund dieser Spezifik der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen liegt die Herausforderung darin, angemessene Maßnahmen zu treffen, die die Aufhebung des Distanzgebots sowie fehlende Masken auszugleichen helfen. Neben verstärkter Reinigung von Oberflächen, Lüftungsroutinen, Händewaschen, Distanz und Mund-Nasen-Schutz im Umgang zwischen den Beschäftigten und Eltern wurde hier vor allem die Bildung von festen Kindergruppen in voneinander getrennten Räumen und Außenbereichen empfohlen (JFMK 2020).

### **Kitas müssen ihre Organisation teilweise komplett umstrukturieren**

Welche Herausforderungen sich bei der Umsetzung dieser Hygienevorschriften stellten, wie Kinder, Eltern und Personal der Kindertageseinrichtungen mit der neuen Situation umgingen und wie Leitungen die Phase der stufenweisen Erweiterung der Notbetreuung bewältigten, untersuchte das

## **Die DJI-Notbetreuungsstudie: Erfahrungen von Kita-Leitungen während der stufenweisen Erweiterung der Notbetreuung im Frühjahr 2020**

Die explorativ angelegte Notbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wurde mit teilstandardisierten telefonischen Interviews in elf Bundesländern durchgeführt. Der Zugang zu den Interviewpartnerinnen und -partnern erfolgte durch E-Mail-Kontakte über Jugendämter, Trägerverbände und überregional tätige Einrichtungsträger. Von insgesamt 100 teilnahmebereiten Leiterinnen und Leitern konnten letztlich 83 erfolgreich interviewt werden. Der Zeitraum der Befragung erstreckte sich vom 30. April bis zum 28. Mai 2020, das heißt, er lag in der Phase der „flexiblen und stufenweisen Erweiterung der Notbetreuung“ nach einer Phase der „eingeschränkten Notbetreuung“. Der verwendete Interviewleitfaden enthält unter anderem Fragen zu Eckdaten der Notbetreuung (Trägerschaft, Öffnungszeiten etc.), zur organisatorischen Umsetzung von Schutz- und Hygienemaßnahmen, zur pädagogischen Arbeit unter den Bedingungen der Notbetreuung, zum Verhalten und Wohlbefinden der Kinder, ihrer Familien und des Personals. Die beteiligten Studienautorinnen und -autoren sind: Judith Durand, Lisa-Marie Falten, Dr. Katja Flämig, Mariana Grgic, Prof. Dr. Bernhard Kalicki, Verena Kappes, Dr. Michael Müller, Dr. Franz Neuberger und Daniel Turani.

[corona-kita-studie.de/#ergebnisse](https://corona-kita-studie.de/#ergebnisse)

Deutsche Jugendinstitut (DJI) in einer explorativ angelegten Interviewstudie mit 83 Kita-Leitungen (siehe Infobox).

Eine wesentliche Maßnahme zur Verhinderung der Virusverbreitung bestand in der politischen Vorgabe, den Kita-Alltag in festen Kindergruppen zu organisieren, die zusammen mit zwei Fachkräften einem Gruppenraum zugeordnet sind und untereinander möglichst wenig Kontakt haben. Die Umsetzung dieser Vorgabe hatte bei 69 Prozent der befragten Kindertageseinrichtungen eine neue Zusammenstellung von Kita-Gruppen zur Folge, die teilweise mit der Einführung von Altersmischung in vorher altershomogenen Gruppen einherging.

Insbesondere für die 30 Prozent der Kitas mit dem Konzept der „offenen Arbeit“ war die (Wieder-)Einrichtung von festen Gruppen ein Einschnitt in die Strukturierung der pädagogischen Arbeit, der als nachteilig für bisherige Team- und Organisationsentwicklungsprozesse empfunden wurde. Die Leitungen dieser Einrichtungen berichteten von einer Einschränkung des Platzes, der Verfügbarkeit, Zugänglich-

keit und Vielfalt des Materialangebotes für Kinder sowie von weniger gruppenübergreifenden Projekten (wie Turntagen, Chören, spezifischen kreativen Angeboten). Darüber hinaus wurden Einschränkungen in der Wahl von Spielpartnerinnen und Spielpartnern, Spielorten und in den Entscheidungsmöglichkeiten der Kinder genannt.

### **Das günstigere Betreuungsverhältnis bringt in der Arbeit mit Kindern auch Vorteile**

Diese Einschränkungen wurden jedoch in allen Einrichtungen der Stichprobe aufgefangen von einem deutlich günstigeren Betreuungsverhältnis, das eine entspanntere und flexiblere Tagesgestaltung ermöglichte. Während die Kindertageseinrichtungen zeitlich ungefähr genauso umfangreich geöffnet hatten wie vor der Pandemie, war jedoch nur noch rund ein Viertel der Kinder dort anwesend. Zwar wurde auch weniger Personal eingesetzt. Es standen dennoch durchschnittlich zwei Fachkräfte für vier bis sechs Kinder pro Gruppe zur Verfügung.

Diese Zahlen bestätigen, was von den Kita-Leitungen in den Interviews wiederholt geschildert wurde: Die Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse und Interessen der Kinder war sehr hoch, die Interaktionen zwischen Fachkräften und Kindern konnten störungsfreier und individueller gestaltet und die Ideen und Wünsche der Kinder besser realisiert werden (beispielsweise Gemüse anbauen, gemeinsam einkaufen und kochen). Dementsprechend waren das Engagement und das Wohlbefinden der frühpädagogischen Fachkräfte insgesamt hoch.

Die Fachkräfte nutzten die Möglichkeit, ihre Interessen in die Alltagsgestaltung einzubringen, sich mit neuen Konzepten, Sprachbildungs- und Beobachtungsverfahren vertraut zu machen und lange geplante Vorhaben zu verwirklichen. Daneben wurden in jedem vierten Interview jedoch auch die Angst vor Erkrankung, der Wunsch nach stärkerem Infektionsschutz für das Personal oder Sorgen über den weiteren Verlauf der Pandemie geäußert.

### **Kita-Leitungen haben viele zusätzliche Aufgaben und unnötige Konflikte mit Eltern zu bewältigen**

Während das Personal auch positive Erfahrungen machte und die Phase der eingeschränkten Notbetreuung für den Erwerb professioneller Kompetenzen nutzen konnte, wa-



**Die Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse und Interessen der Kinder war sehr hoch, die Interaktion zwischen Fachkräften und Kindern störungsfreier.**

ren Leitungen in ihrer Führungsverantwortung stärker belastet und mit einem erweiterten Aufgabenspektrum gefordert. Sie mussten meist sehr kurzfristig Abläufe gemäß den wechselnden ministeriellen Vorgaben neu planen. Außerdem kümmerten sie sich um die Zusammensetzung von Gruppen, die Umgestaltung von Räumen, die Neustrukturierung der pädagogischen Arbeit, den Einsatz des Personals unter Berücksichtigung von Risikofaktoren und regulierten den Zugang der Kinder beziehungsweise Familien zu einem Notbetreuungsplatz.

Insbesondere die letztgenannte Aufgabe wurde in den Interviews als äußerst arbeitsintensiv beschrieben und erforderte ausgeprägte Kommunikationskompetenzen. Der Zugang zu einem Betreuungsplatz wurde über sich sukzessive ausweitende Aufnahmekriterien reguliert, wobei in der Phase der eingeschränkten Notbetreuung die Systemrelevanz des elterlichen Berufs eine dominante Rolle spielte. Die Leitungen problematisierten, dass die Aufnahmekriterien unpräzise und nicht mit Definitionen versehen waren. Sie ließen daher unterschiedliche Auslegungen sowohl von Eltern sowie Arbeitgeberinnen und -gebern als auch von Leitungen und Trägervertretungen zu, sodass die Kita-Leitungen hier teils aufwendige Abstimmungsprozesse steuern mussten.

Die Hälfte der befragten Leitungen berichtete von Problemen, zum Beispiel von individuellen Telefonaten mit Eltern in Konkurrenzsituationen, denen die Nichtvergabe eines Notbetreuungsplatzes begründet werden musste. Die Regulierung des Zugangs zur Kindertagesbetreuung brachte Leitungen darüber hinaus in Dilemmasituationen. Beispielsweise wollten sie aus Kenntnis der familiären Verhältnisse bestimmten Kindern (etwa aus bildungsbenachteiligten Familien) eine Betreuungsmöglichkeit anbieten, die jedoch nach den Aufnahmekriterien keinen Anspruch hatten, oder sie wurden mit Ansprüchen unzufriedener und

zum Teil in Notlagen befindlicher Eltern konfrontiert. Häufig erhielten sie dabei kaum Unterstützung auf administrativer Ebene. Von einem Fünftel der Leitungen wurden diese Situationen durch Eigeninitiative und eine weite Auslegung der Aufnahmekriterien gelöst.

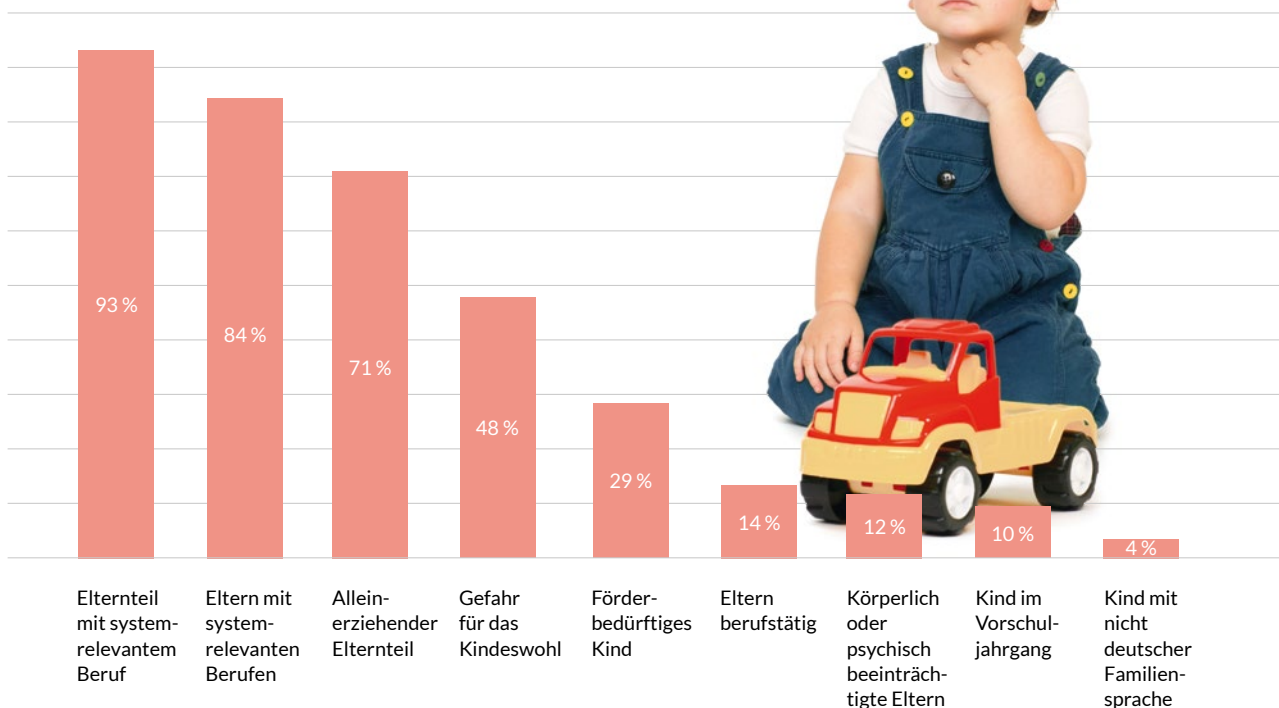
### Der Unterstützungsbedarf von Eltern findet mehr Beachtung als der von Kindern

Mit Blick auf diejenigen Aufnahmekriterien, die besonders häufig zur Anwendung kamen (Systemrelevanz eines oder beider Elternteile, Alleinerziehende), wird zudem deutlich, dass die Bedarfslagen von Eltern in der besonderen Situation

umfangreicher Beachtung fanden als diejenigen von Kindern. Die bundesweit empfohlene Liste der Aufnahmekriterien (JFMK 2020) umfasst allerdings neben dem gesellschaftlich definierten Bedarf an der elterlichen Arbeitskraft ausdrücklich auch Bedarfe von Kindern, die in besonderer Weise von institutionalisierter Kindertagesbetreuung profitieren (beispielsweise Kinder des Vorschuljahrgangs oder mehrsprachig aufwachsende Kinder).

Doch insbesondere diese Aufnahmekriterien fanden sich im Ranking der von den Leitungen angewendeten Kriterien auf den hinteren Plätzen (siehe Abbildung). Die Funktionszuschreibung für die Kindertagesbetreuung, die seit dem 19. Jahrhundert zwischen Bildungsauftrag und

Von den Kita-Leitungen genannte Aufnahmekriterien, nach denen über die Platzvergabe in der Notbetreuung entschieden wurde (in Prozent)



Quelle: DJI-Notbetreuungsstudie 2020



## 45 Prozent der befragten Kita-Leitungen wünschten sich präzisere ministerielle Vorgaben, schnellere Kommunikationswege und mehr Planbarkeit während der Krise.



**Dr. Katja Flämig** leitet die Fachgruppe „Pädagogische Konzepte für die Kindheit“ in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die Erziehungswissenschaftlerin beschäftigt sich unter anderem mit der (Weiter-)Entwicklung von Handlungskonzepten frühpädagogischer Arbeit sowie mit deren empirischer Analyse.  
[flaemig@dji.de](mailto:flaemig@dji.de)



**Prof. Dr. Bernhard Kalicki** leitet die Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am DJI. Der Psychologe forscht unter anderem über familiäre und außerfamiliäre Sozialisation, frühkindliche Bildung, Bildungsberichterstattung und Bildungssteuerung im Elementarbereich sowie Qualitätsentwicklung im System der Kindertagesbetreuung.  
[kalicki@dji.de](mailto:kalicki@dji.de)

sozialintegrativer Funktion changiert (Reyer 2015), wird offensichtlich in Krisensituationen zugunsten von Letzterem entschieden.

### Große Herausforderungen für pädagogische Fachkräfte

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind in einer frühen Phase der stufenweisen Öffnung auf dem Weg zum Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen entstanden. Sie lassen auch nicht intendierte Zusammenhänge zwischen administrativer Steuerung der Krise und der Eigendynamik institutionalisierter Kindertagesbetreuung erkennen. Darüber hinaus deuten sie an, wie eine neue organisatorische und pädagogische Gestaltung der Kindertageseinrichtungen angestoßen wird, wenn unterschiedliche Ansprüche (von Familien, Behörden, pädagogischem Personal) abzuwägen und auszuhandeln sind, wobei Leitungen hier klar mehr Beteiligung in Steuerungsfragen begrüßt hätten. 45 Prozent der befragten Leitungen wünschten sich außerdem präzisere ministerielle Vorgaben, schnellere Kommunikationswege und mehr Planbarkeit während der Krise.

Die Ergebnisse der Leitungsbefragung machen ferner deutlich, dass die Kindertageseinrichtungen während des Lockdowns und in der Phase der stufenweisen Öffnung nicht nur Raumordnungen und organisatorische Abläufe neu gestalten mussten. Die pädagogischen Fachkräfte und Leitungen waren darüber hinaus gefordert, ihre Beziehungen zu Familien, die eigene professionelle Haltung und die Aufgaben von Kindertagesbetreuung zu überdenken, zu problematisieren und zu kommunizieren. ✕

### Literatur

JUGEND- UND FAMILIENMINISTERKONFERENZ (JFMK) (2020): *Gemeinsamer Rahmen der Länder für einen stufenweisen Prozess der Öffnung der Kindertagesbetreuungsangebote von der Notbetreuung hin zum Regelbetrieb im Kontext der Corona-Pandemie vom 28.04.2020*  
REYER, JÜRGEN (2015): *Die Bildungsaufträge des Kindergartens*. Weinheim/Basel

# Eltern müssen flexibel sein

Obwohl Kindertageseinrichtungen und Schulen im Sommer 2020 allmählich wieder regulär öffnen, besuchen das Betreuungsangebot zunächst deutlich weniger Kinder als vor der Pandemie.

Von Kerstin Lippert, Jeffrey Anton, Diana Schacht und Susanne Kuger



**F**ast sechs Millionen Kinder im Alter von unter zwölf Jahren waren im Frühjahr 2020 bundesweit davon betroffen, dass Schulen und Angebote der Kindertagesbetreuung geschlossen wurden. Besonders deren erwerbstätige Eltern mussten zeitweise entsprechend geltenden Bundes- und Landesregularien ihre Kinder vollständig zu Hause betreuen (Müller u.a. 2020). Die sukzessive Rückkehr zum Regelbetrieb in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege und Grundschulen erfolgte in den Bundesländern in unterschiedlicher Geschwindigkeit unter teilweise unterschiedlichen Bedingungen (siehe auch S. 18). Repräsentative Daten über die Kinderbetreuungssituation während der Corona-Pandemie liegen bislang jedoch nur begrenzt vor (Bundesfamilienministerium 2020). >



**In der ersten Kita-Öffnungsphase reduzierte sich der Anteil der Kinder, die durch ihre Großeltern betreut wurden, von rund 40 Prozent vor der Pandemie auf 6 bis 13 Prozent – je nach Altersgruppe.**

Auf Basis bisher unveröffentlichter Daten der Kinderbetreuungsstudie 2020 (KiBS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und einer in diesem Rahmen durchgeführten Zusatzbefragung von etwa 29.000 Eltern (siehe Infobox, S. 32) lässt sich die Betreuungssituation für Kinder ab der Geburt bis ins Grundschulalter von Ende März bis Ende Juli 2020 beschreiben. Dabei werden die Kinder unter drei Jahren, ab drei Jahren bis zur Einschulung und im Grundschulalter getrennt betrachtet, da sie je nach Altersgruppe unterschiedlich betreut werden: in der Tagespflege, der Krippe, im Kindergarten und in der Grundschule sowie gegebenenfalls zusätzlich in einer Betreuungseinrichtung für Schulkinder. Die folgenden Befunde basieren auf ungewichteten Daten. Dadurch kann es vorkommen, dass bestimmte Personengruppen, etwa Eltern, die keine Kindertagesbetreuung für ihr Kind nutzen, in den Ergebnissen unterrepräsentiert sind.

### **Befragungen in den fünf Phasen der Kita- und Schulöffnung**

Die schrittweise Öffnung der Kindertagesbetreuung nach dem Lockdown kann in vier (beziehungsweise fünf) Phasen eingeteilt werden. Hatten in der ersten Phase vor allem Eltern, die in einem systemrelevanten Bereich arbeiten, Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten, wurde dieser in der zweiten Phase für Gruppen wie beispielsweise erwerbstätige Alleinerziehende erweitert. Mit dem Eintritt in Phase 3 war laut Landesministerien in der Regel für alle Kinder mindestens ein reduzierter Betreuungsumfang wieder möglich. Phase 4 kennzeichnete die Rückkehr zum „Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“. Für diese Analyse wurde diese Sortierung um eine fünfte Phase ergänzt: Diese setzte mit dem Beginn der Sommerferien ein, als viele Betreuungsangebote zeitweise gar nicht oder nur im Rahmen der „Ferienbetreuung“ verfügbar waren.

Die Wiederaufnahme des (Grund-)Schulbetriebs nach dem Lockdown verlief uneinheitlich und nach unterschiedlichen Gruppentrennungs-, Fern- beziehungsweise Online-Beschulungskonzepten. Eine vollständige Übersicht darüber

existiert nach eigenen Recherchen bisher nicht. Daher wird die im jeweiligen Bundesland zu einem bestimmten Zeitpunkt geltende Kita-Öffnungsphase auf den Schulbereich übertragen, um diese näherungsweise abbilden zu können.

Die Eltern wurden im Rahmen von KiBS dazu befragt, wie ihr Kind „üblicherweise“ betreut wird und wie sich die Betreuungssituation unter Pandemiebedingungen darstellt. Für die erste Phase der Öffnung des Kita- und Schulbetriebs nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 zeigen die Daten, dass mehr als drei Viertel der befragten Eltern die Betreuung ihrer Kinder vollständig alleine übernommen haben (siehe Abbildung, S. 31). Nur sehr wenige Eltern (zwischen 3 und 7 Prozent) konnten in Phase 1 auf eine „Notbetreuung“ für ihr Kind zurückgreifen. Auch der Anteil der Kinder, die durch ihre Großeltern betreut wurden, reduzierte sich drastisch von rund 40 Prozent vor der Pandemie auf – je nach Altersgruppe – 6 bis 13 Prozent.

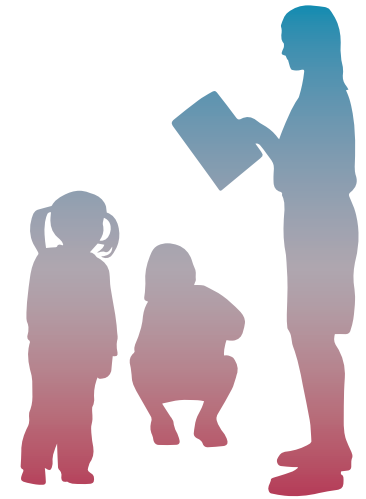
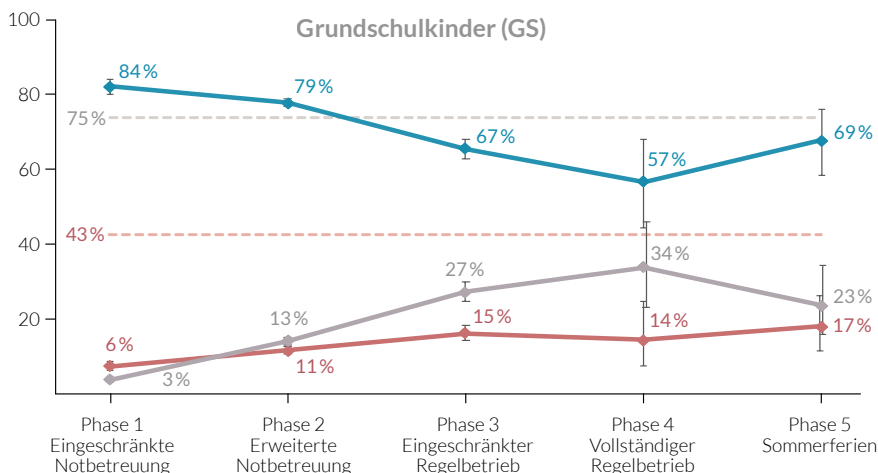
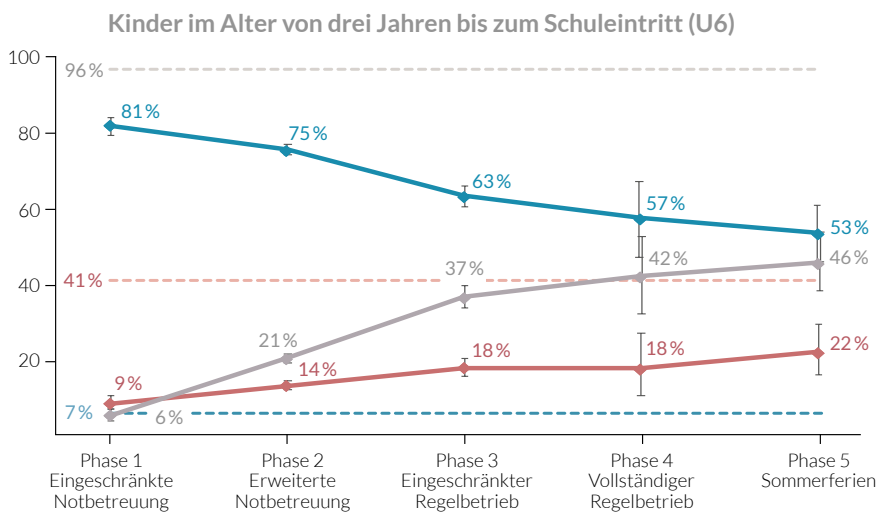
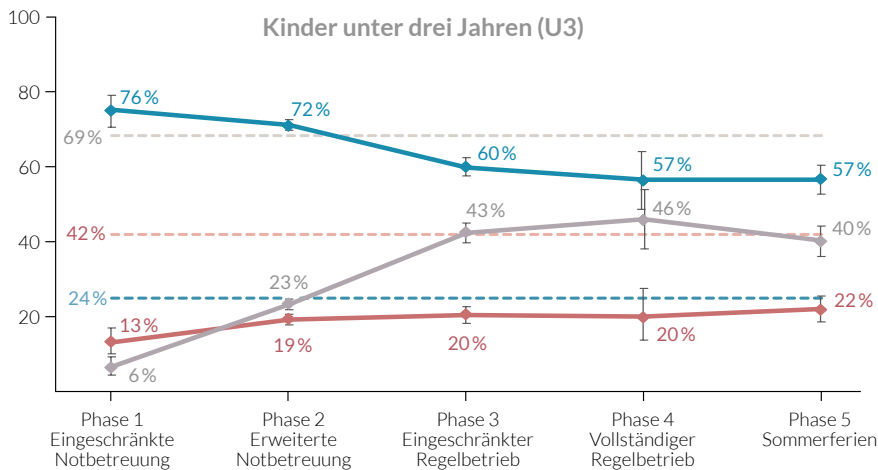
In den beiden darauffolgenden Phasen 2 und 3 zeigte sich, dass Eltern wieder zunehmend auf ein Angebot der Kindertagesbetreuung und auch auf Unterstützung durch die Großeltern zurückgreifen konnten – allerdings fiel die Zunahme bei der Großelternbetreuung deutlich geringer aus. Entsprechend sank der Anteil ausschließlich von den Eltern betreuter Kinder von Phase 1 zu 2, je nach Altersgruppe, zunächst leicht um 4 bis 6 Prozentpunkte, von Phase 2 zu 3 dann deutlich um weitere 11 bis 13 Prozentpunkte.

Während die Betreuungssituation für die jüngsten Kinder in den Phasen 4 und 5 weitgehend stabil blieb, zeigten sich bei den beiden älteren Altersgruppen vor allem mit Beginn der Sommerferien (Phase 5) erneut starke Veränderungen: So erhöhte sich bei den Grundschulkindern der Anteil, der alleine durch die Eltern betreut wurde, um 11 Prozentpunkte gegenüber Phase 4; bei den Kindergartenkindern sank er hingegen um 4 Prozentpunkte. Aufgrund weniger Befragter in Phase 4 und 5 sind die Werte allerdings mit einer größeren Unsicherheit verbunden.

### **Vor allem erwerbstätige Mütter nutzen die Kindertagesbetreuung**

Inwiefern verschiedene Familienmerkmale die Wahrscheinlichkeit erhöhen, ein bestimmtes Betreuungsarrangement zu nutzen – beispielsweise, dass ein Kind während der Coronapandemie alleine durch die Eltern oder mitunter von den Großeltern betreut wurde oder ein öffentliches Kinderbetreuungsangebot besuchen konnte –, wurde anhand logistischer Regressionen geprüft (siehe Infobox, S. 32). Als Familienmerkmale fließen der Familienstatus (Paarfamilie oder alleinerziehender Elternteil), der Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil oder das Kind sind zugewandert), die Erwerbstätigkeit der Mutter, der höchste Bildungsabschluss der Eltern sowie die Arbeit der Eltern in einem systemrelevanten Beruf mit in die Berechnungen ein. >

**Anteil an Kindern, die in den Phasen der Kita- und Schulöffnung alleine von den Eltern, von den Großeltern und in der Kindertagesbetreuung betreut werden, im Vergleich zur Situation vor Corona (in Prozent)**



- Betreuung durch ausschließlich Eltern**
  - Vor Corona (Durchschnittswert)
  - Während Corona
- Betreuung durch Großeltern**
  - Vor Corona (Durchschnittswert)
  - Während Corona
- Betreuung in KTB/Grundschule**
  - Vor Corona (Durchschnittswert)
  - Während Corona

Bereich für Anteilswerte, je größer der Balken, umso unsicherer der jeweilige Wert

Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie (Erhebung 2020); eigene Berechnungen; Daten ungewichtet (U3: n = 6.658-8.697; U6: n = 7.752-8.159; GS: n = 7.357-8.420). Die Kategorie „Betreuung durch ausschließlich Eltern vor Corona“ entfällt aufgrund der Schulpflicht bei den Grundschulkindern.

## DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) – mit Zusatzfragen zu Corona

Die Kinderbetreuungsstudie (KiBS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) ist eine jährliche bundeslandrepräsentative Befragung von etwa 33.000 Eltern von Kindern unter 12 Jahren. Die Untersuchungsschwerpunkte der Studie sind die aktuelle Betreuungssituation sowie die elterlichen Betreuungsbedarfe, die von den Eltern wahrgenommene Qualität der Kindertagesbetreuung und die Gründe dafür, weshalb Eltern kein Betreuungsangebot für ihr Kind nutzen.

Ende März 2020 wurde die diesjährige KiBS-Erhebung um ein Zusatzmodul zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kinderbetreuung ergänzt. Bis Ende Juli wurden etwa 29.000 Eltern zu ihrer aktuellen Betreuungssituation befragt und dazu, inwiefern diese von der „üblichen“ Betreuungssituation abweicht, aber auch, welche Unterstützung sie bei der Organisation der Betreuung erhielten und wie sich ihre Erwerbstätigkeit verändert hat. Die Stichprobe der Zusatzerhebung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie ist im Vergleich zu anderen Studien sehr groß, jedoch nicht repräsentativ für Deutschland. Da die Eltern zu verschiedenen Zeitpunkten befragt wurden – und sich nur zu diesem Zeitpunkt geäußert haben –, liegt von allen Befragten nur zu jeweils einer bestimmten Kita- beziehungsweise Schulöffnungsphase eine Auskunft vor. Mithilfe von logistischen Regressionen wurden durchschnittliche marginale Effekte berechnet, anhand derer Aussagen darüber getroffen werden können, ob bestimmte Personengruppen sich in ihrer Wahrscheinlichkeit unterscheiden, ein bestimmtes Betreuungsarrangement zu nutzen. Die Personengruppen wurden anhand von Familienmerkmalen gebildet. Hierzu zählt beispielsweise, ob es sich um eine Paarfamilie oder einen alleinerziehenden Elternteil handelt, ob die Mutter erwerbstätig ist und ob die Eltern in einem systemrelevanten Beruf arbeiten.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert die Studie und veröffentlicht in der Broschüre „Kindertagesbetreuung Kompakt“ regelmäßig die wichtigsten KiBS-Ergebnisse zum Ausbaustand und Bedarf von Kita-Plätzen.

[www.dji.de/KiBS](http://www.dji.de/KiBS)

Eine durchgängig wichtige Rolle für die Betreuungssituation spielte in allen fünf Phasen des Öffnungsgeschehens die Erwerbstätigkeit der Mutter: Die mittlere Wahrscheinlichkeit, ausschließlich durch die Eltern betreut zu werden, war für Kinder geringer, wenn ihre Mutter erwerbstätig ist. Dies gilt unabhängig vom Umfang der Arbeitszeit, wenngleich die Wahrscheinlichkeit bei einer Vollzeitbeschäftigung am geringsten ist. Entsprechend war bei erwerbstätigen Müttern in allen Öffnungsphasen die Wahrscheinlichkeit höher, ein öffentlich gefördertes Kinderbetreuungsangebot zu nutzen, als bei Müttern, die nicht erwerbstätig sind.

Auch der Beruf der Eltern ist für die Betreuungssituation relevant: Wenn mindestens ein Elternteil in einem systemrelevanten Bereich arbeitet, war in allen fünf Phasen die Wahr-

scheinlichkeit, einen Betreuungsplatz zu nutzen, um 17 bis 30 Prozentpunkte höher als bei Familien, in denen kein Elternteil in einem systemrelevanten Bereich tätig ist. Entsprechend weniger wahrscheinlich war es, dass diese Eltern ihre Kinder alleine betreuten (–12 bis –18 Prozentpunkte).

### Alleinerziehende betreuen Kinder seltener ausschließlich selbst

Als weitere relevante Einflussgröße für die Betreuungssituation während der Corona-Pandemie erwies sich der Familienstatus: Die Wahrscheinlichkeit, dass Alleinerziehende ihr Kind ausschließlich selbst betreuen, war vor allem in den ersten beiden Phasen signifikant niedriger als bei Paarfamilien (Unterschied der Wahrscheinlichkeiten, ausschließlich selbst zu betreuen: –13 bis –15 Prozentpunkte). Die Großeltern in die Betreuung einzubeziehen oder ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch zu nehmen, war für alleinerziehende Elternteile entsprechend wahrscheinlicher als für Paarfamilien, besonders in den Phasen 2 und 3. Auch in Phase 4 war es für Alleinerziehende wahrscheinlicher, auf die Großeltern und Kindertagesangebote zurückzugreifen, wenngleich dieser Effekt aufgrund der geringen Fallzahlen hier nicht signifikant ist.

Weitere Familienmerkmale, wie die Bildung der Eltern und ein Migrationshintergrund von wenigstens einem Elternteil oder des Kindes selbst, spielen für die unterschiedlichen Betreuungskonstellationen während der Pandemie nur eine untergeordnete Rolle.

### Neuer Regelbetrieb garantiert Familien noch keine Normalität

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass in allen Phasen des Öffnungsgeschehens insbesondere Eltern in systemrelevanten Berufen Zugang zu Angeboten der Kindertagesbetreuung hatten und dieser ansonsten überwiegend nach sozialen Kriterien und Dringlichkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestaltet wurde (siehe auch S. 24). Besonders interessant ist dies im Hinblick auf die späteren Phasen



der Öffnung des Kita- und Schulbetriebs (Phasen 3 bis 5) und die vielerorts vollzogene Rückkehr zum vollständigen Regelbetrieb. Denn für viele Familien war auch dann noch keine Normalität im Vergleich zur Betreuungssituation vor der Pandemie eingetreten. Zwar wurde während der pandemiebedingten Einschränkungen das reduzierte Betreuungsangebot vor allem für Alleinerziehende und Eltern aus bestimmten Berufsgruppen vorgehalten, doch selbst nachdem das Betreuungsangebot in Phase 4 wieder allen Eltern zugänglich gemacht wurde, nahmen deutlich weniger Familien ein Betreuungsangebot wahr als zuvor.

Etwa die Hälfte der Kinder in allen drei Altersgruppen wurde nach Auskunft der Eltern zum Erhebungszeitpunkt weiterhin ausschließlich von den Eltern betreut. Dies lässt sich nicht darauf zurückführen, dass bereits in einigen Bundesländern die Sommerferien begonnen hatten (siehe auch S. 18), da diese in der vorliegenden Analyse Phase 5 zugeordnet und in Phase 4 nur befragte Eltern einbezogen wurden, in deren Bundesland zu diesem Zeitpunkt Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen herrschte. Ob die Gründe für die geringere Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung beispielsweise Gruppenschließungen aufgrund von Corona-(Verdachts-)Fällen waren oder ob manche Eltern ihr Kind zu Hause betreut haben, weil sie Angst davor hatten, ein besonders gefährdetes Familienmitglied anzustecken oder die Kinder mit dem ständigen Wechsel zu überfordern, bleibt unklar. Auch die Hilfe von Großeltern bei der Kinderbetreuung wurde – entsprechend dem allgemeinen Abstandsgebot und den Empfehlungen zum Schutz von Risikogruppen – weniger in Anspruch genommen.

Angesichts der zweiten Infektionswelle werden Eltern vermutlich auch weiterhin ein hohes Maß an Flexibilität in der Betreuung ihrer Kinder aufbringen müssen. Zugleich müssen Lösungen erarbeitet werden, die den Eltern mehr Sicherheit hinsichtlich ihrer Alltagsplanung sowie substanzielle Entlastung bringen. ✕

## Literatur

- ANTON, JEFFREY / HUBERT, SANDRA / KUGER, SUSANNE (2020): DJI-Kinderbetreuungsreport 2020. *Betreuungsbedarf und Passung bei U3- und U6-Kindern in Deutschland*. Im Erscheinen. München
- BUNDESFAMILIENMINISTERIUM (BMFSFJ) (2020): *Erste Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung von Eltern von betreuungsbedürftigen Kindern*. Befragungszeitraum: 16. April–3. Mai 2020, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach
- MÜLLER, KAI-UWE u.a. (2020): *Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden*. In: DIW Wochenbericht 19/2020. Berlin, S. 331–340



**Kerstin Lippert** arbeitet im Projektteam der Kinderbetreuungsstudie (KiBS) in der Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Die Forschungsschwerpunkte der Soziologin sind die Zufriedenheit der Eltern mit der genutzten Kinderbetreuung und die Gründe der Eltern, Angebote der Kindertagesbetreuung nicht in Anspruch zu nehmen.  
[lippert@dji.de](mailto:lippert@dji.de)



**Jeffrey Anton** arbeitet im Projektteam der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) in der Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“. Der Forschungsschwerpunkt des Soziologen ist der Betreuungsbedarf der Eltern für Kinder von der Geburt bis zum Eintritt in die Grundschule.  
[anton@dji.de](mailto:anton@dji.de)



**Dr. Diana Schacht** ist stellvertretende Abteilungsleiterin des „Zentrums für Dauerbeobachtung und Methoden“ und stellvertretende Leiterin des Projekts „Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung (ERiK)“ am DJI. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Migrations- und Integrationsforschung sowie der Surveymethodologie.  
[dschacht@dji.de](mailto:dschacht@dji.de)



**PD Dr. Susanne Kuger** leitet das „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ am DJI.  
[kuger@dji.de](mailto:kuger@dji.de)

# Waren die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche in der ersten Phase der Corona-Krise angemessen?



**Prof. Dr. Ralf Bartenschlager**, Präsident der Gesellschaft für Virologie (GfV), Direktor der Abteilung „Molekulare Virologie“, Universitätsklinik Heidelberg

**Ja,** die vorübergehende Schließung der Bildungseinrichtungen zu Beginn der Corona-Krise war notwendig. Dabei muss die Entscheidung der Politik zur Schließung von Bildungseinrichtungen im März vor dem Hintergrund folgender Faktoren betrachtet werden: einer sich zu diesem Zeitpunkt beschleunigenden Infektionsdynamik mit einem neuen, unbekanntem respiratorischen Virus, der hohen Ansteckungsfähigkeit des Erregers im Zusammenspiel mit der räumlichen Enge in Schulen und den damit einhergehenden Risiken einer raschen Ausbreitung. Dabei ist aus heutiger Sicht unbestritten, dass der generelle Lockdown, einschließlich der Schulschließungen, zu einer Eindämmung der Virusausbreitung beigetragen hat.

Die Gesellschaft für Virologie (GfV) befürwortet Maßnahmen, die dem Zweck dienen, Schulen und Kindertageseinrichtungen in der kommenden Wintersaison und darüber hinaus offen zu halten. Nach aktuellem Wissensstand verlaufen Infektionen mit SARS-CoV-2 bei Kindern glücklicherweise in der Mehrzahl mild. Wir warnen jedoch vor der oft verbreiteten Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche nur eine minimale Rolle bei der Ausbreitung des Virus spielen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse insbesondere über das Ausmaß der Übertragungen innerhalb der Schulen und von den Schulen in die Haushalte sind auch im November 2020 noch nicht geklärt. Allerdings sind Schülerinnen und Schüler laut dem Robert Koch-Institut prinzipiell empfänglich für SARS-CoV-2 und können andere infizieren. Jugendliche ähneln hinsichtlich Infektiosität und Empfänglichkeit mit zunehmendem Alter den Erwachsenen.

Das Hauptziel sollte sein, die Virusausbreitung in der Bevölkerung insgesamt zu kontrollieren, so dass auch die Viruszirkulation in den Schulen und Kindertageseinrichtungen niedrig gehalten wird. Um dort die Virusübertragung zu minimieren, hat die GfV in ihrer Stellungnahme, die auf ihrer Website einsehbar ist, eine Vielzahl von Maßnahmen im Rahmen von Schulöffnungen vorgeschlagen. Es ist offensichtlich, dass diese Maßnahmen mit unangenehmen Einschränkungen einhergehen. Es liegt jedoch in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, durch angemessenes Verhalten zur Eindämmung der Virusausbreitung beizutragen, um damit einen weiteren Lockdown mit all seinen sozialen und ökonomischen Konsequenzen zu verhindern.

*Stellungnahmen der Gesellschaft für Virologie (GfV) zu SARS-CoV-2-Präventionsmaßnahmen im Rahmen des Schulbeginns nach den Sommerferien 2020 und weiteren aktuellen Themen sind zu finden unter [www.g-f-v.org/stellungnahmen](http://www.g-f-v.org/stellungnahmen)*



**Dr. Thomas Fischbach**, Präsident  
des Berufsverbandes der Kinder- und  
Jugendärzte (BVKJ)

**Nein,** die Politik kümmert sich zu wenig um die Rechte der Kinder und Jugendlichen. „Wir werden in ein paar Monaten einander wahrscheinlich viel verzeihen müssen.“ Dies sagte Jens Spahn im Frühjahr 2020. Am meisten zu verzeihen haben die Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Wir haben sie und ihre essenziellen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse komplett vergessen während des Lockdowns; wir haben sie fälschlich als Superspreader verdächtigt und deshalb Schulen und Kindertageseinrichtungen voreilig geschlossen, wir haben ihnen wochenlang ein nahezu komplettes Kontaktverbot auferlegt. Kinder aus armen und bildungsfernen Familien und solche mit psychosozioemotionalen Problemen mussten sehen, wie sie zurechtkamen, kaum jemanden hat es gekümmert. Dass es in beengten Wohnverhältnissen signifikant häufiger zu Streit und Gewalt kam, wie Kinderschutzhotlines berichteten, dass Kindern und Jugendlichen im Lockdown oft nur das Abhängen vor elektronischen Medien blieb, hat keinen Aufschrei verursacht.

Eltern sollten ihre Kinder zu Hause unterrichten, oftmals ohne ausreichende Unterstützung der Lehrkräfte. Dass Kinder aus bildungsfernen Familien und aus solchen mit schlechten deutschen Sprachkenntnissen in dieser Zeit nichts lernen konnten, dass selbst Kinder aus bürgerlichen Familien keine Lernfortschritte machen konnten, wenn ihre im Homeoffice arbeitenden Eltern den Spagat zwischen Lehrtätigkeit und Zoomkonferenzen schaffen mussten, störte kaum jemanden außer den Eltern und Kindern selbst. Und die fehlenden digitalen Lernangebote durch die Schulen? Auch hier allenfalls mäßiges Bedauern.

Und nun? Zum Glück wissen wir zum Ende des Jahres 2020 mehr über das Virus. Dennoch werden wir immer wieder erleben, dass Familien, Kitas und Schulen in Quarantäne geschickt werden. Dafür müssen wir Vorsorge treffen: die Familien, so gut es geht, psychosozial betreuen, damit Gewalt und Vernachlässigung erst gar nicht entstehen, und den Kindern helfen, Schulstoff nachzuholen, zum Beispiel mit öffentlich finanzierten Nachhilfelehrern.

*Stellungnahmen des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) zu SARS-CoV-2-Präventionsmaßnahmen in Bildungseinrichtungen und weiteren aktuellen Themen sind zu finden unter [www.bvkj.de/presse/forderungen-und-stellungnahmen/](http://www.bvkj.de/presse/forderungen-und-stellungnahmen/)*

# Freundschaft in der Krise

Für Kinder war und ist der Kontakt zu ihren Freunden und Freundinnen im Corona-Alltag zeitweise deutlich erschwert. Das trifft vor allem die Jüngsten, die digitale Medien nur begrenzt nutzen können.

Von Alexandra Langmeyer, Thorsten Naab und Ursula Winklhofer



**M**it dem Beschluss der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen infolge der Corona-Krise ab Mitte März 2020 hat sich der Alltag von Kindern vollkommen verändert: Krippen, Kindergärten und Schulen konnten nur im Rahmen der Notbetreuung von einem ganz kleinen Teil besucht werden; erst nach und nach wurden sie wieder für weitere Kinder geöffnet. Gleichzeitig waren Spielplätze für längere Zeit gesperrt und persönliche Kontakte zu Personen außerhalb der eigenen Familie kaum oder gar nicht möglich. Die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung mitten im Lockdown von mehr als 12.000 Eltern sowie von 22 qualitativen Interviews mit Eltern und Kindern in der Phase erster Öffnungen im Rahmen der Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Kind sein in Zeiten von Corona“ (siehe Infobox, S. 39) zeigen unter anderem, dass die deutlichen Einbußen an Kontakten zu ihren Freunden und Freundinnen für Kinder eine gravierende Veränderung des Lebensalltags darstellen.

Ein Großteil der befragten Eltern (89 Prozent) berichtet, dass die Zeit, die ihre Kinder mit Freunden und Freundinnen verbringen, deutlich weniger geworden ist. Dennoch gelang es der Mehrheit der Kinder, auch während der strengen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen die Beziehung zu ihren Freunden und Freundinnen aufrechtzuerhalten: Insgesamt 43 Prozent hatten durch persönliche Treffen, Treffen mit Abstand, per Brief und Telefon oder mithilfe digitaler Medien häufigen bis sehr häufigen Kontakt; gut die Hälfte der Kinder (53 Prozent) hatte immerhin sporadischen (manchmal bis selten) Kontakt. Nur 5 Prozent der Kinder hatten gar keinen Kontakt zu ihren Freunden und Freundinnen. Insgesamt berichten Eltern von Mädchen von häufigerem Kontakt ihrer Töchter zu ihrem Freundeskreis als Eltern von Jungen. Etwas weniger Mädchen als Jungen hatten während der Corona-Maßnahmen gar keinen Kontakt.

Vor allem für die jüngeren Kinder im Kindergartenalter gestaltete sich der Austausch mit Freundinnen und Freunden schwierig: Während es mehr als drei Vierteln der älteren Kinder in der Sekundarstufe (78 Prozent) gelingt, insbesondere mit Unterstützung von digitalen Medien, häufigen Kontakt zu ihren Freunden zu halten, fällt dies Kindern im Grundschulalter (38 Prozent) und insbesondere Kindern im Kindergartenalter (26 Prozent) deutlich schwerer. Wenngleich mit den Lockerungen der Beschränkungen im Laufe der Zeit die Anzahl der Kinder ohne jeglichen Kontakt zu Freunden und Freundinnen etwas abnahm, machten die Kinder in den geführten Interviews deutlich, dass sie einen intensiveren Austausch mit Gleichaltrigen sehr vermissen. >

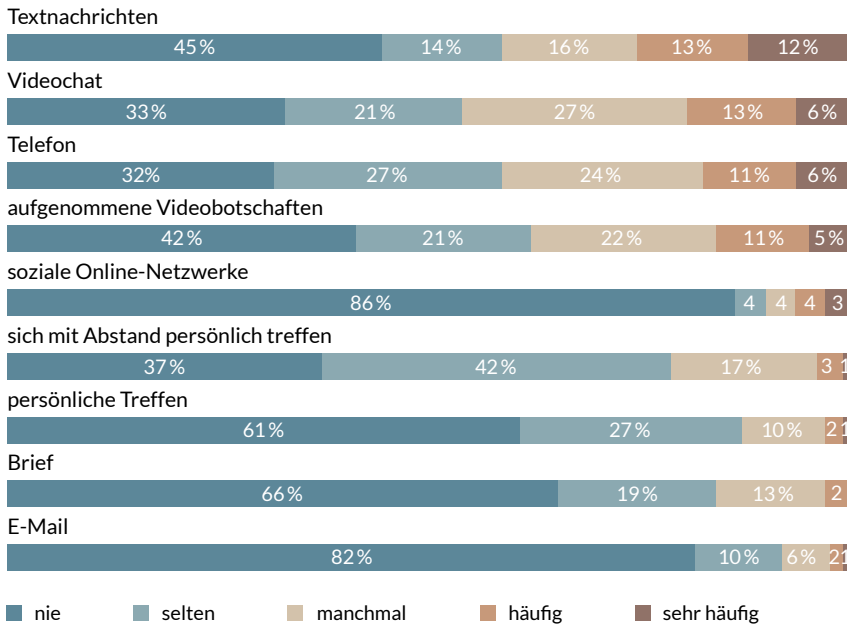
”

**Ich arbeite von zu Hause mit einer Lernplattform, über die ich auch mit meinen Freunden reden kann. Deswegen ist es jetzt nicht so, dass ich komplett ohne Gesellschaft bin.**

**Thomas, 14 Jahre\***



**Abbildung 1: Die Nutzungshäufigkeit bestimmter Kommunikationsformen zum Austausch mit dem Freundeskreis in der Altersgruppe zwischen 3 und 15 Jahren (in Prozent)**



Quelle: DJI-Studie „Kind sein in Zeiten von Corona“; eigene Berechnungen

Insgesamt 68 Prozent der Eltern von Kindern im Sekundarstufenalter geben an, dass ihr Kind mindestens häufig diese Kommunikationsform nutzt, um sich mit Freundinnen und Freunden auszutauschen. Dies ist bei lediglich 16 Prozent der Grundschul Kinder der Fall und fällt bei Kindern im Kindergartenalter kaum ins Gewicht (7 Prozent). In den Ergebnissen zeigt sich ebenfalls die Bedeutung, die soziale Online-Netzwerke für den Austausch zwischen älteren Kindern haben. Während diese Kontaktmöglichkeit für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter von vernachlässigbarer Bedeutung ist (1 beziehungsweise 2 Prozent), nutzt ein Fünftel der Kinder im Sekundarstufenalter mindestens häufig diese Form der Vernetzung, um mit dem Freundeskreis im Austausch zu bleiben. Den Kontakt über Brief und E-Mail suchen Kinder über alle Altersgruppen hinweg nur vereinzelt. Hervorzuheben ist, dass sich ein Teil der Kinder trotz strenger Kontaktbeschränkungen manchmal auch persönlich mit einzelnen Freundinnen und Freunden getroffen hat.

Betrachtet man die Kommunikationsmöglichkeiten in ihren Kombinationen, dann lassen sich anhand von Clusteranalysen drei Typen der Kontaktpflege klassifizieren: medial-intensive Kontaktpflege (18 Prozent), traditionell-persönliche Kontaktpflege (36 Prozent) und limitierte Kontaktpflege (46 Prozent).

### Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich drei unterschiedliche Kontakttypen

Der Typ der medial-intensiven Kontaktpflege, dem insbesondere Kinder im Sekundarstufenalter und Kinder aus ländlicheren Regionen zugehören, ist geprägt von generell sehr häufigen Kontakten zu Freunden und Freundinnen vor allem über Textnachrichten, Videobotschaften, soziale Online-Medien, Videochat sowie Telefon. So be-

### Die schrittweise Schul- und Kita-Öffnung schafft zunächst kaum Abhilfe

Von besonderer Bedeutung für die Pflege der Peer-Beziehungen ist der Neustart in der Schule gewesen, denn Schulkinder treffen ihre Freundinnen und Freunde vor allem dort (Wolfert/Pupeter 2018). Allerdings fand Schule in dieser ersten Phase nach dem Lockdown nur in sehr reduzierter Form und mit zahlreichen Auflagen und Hygieneregeln statt. Dementsprechend frustriert berichten die interviewten Kinder von ihren Erfahrungen in den wiedereröffneten Schulen: „Man sieht sich, aber man hat trotzdem noch viel mehr Entfernung, weil sich eben die Gruppen nicht vermischen dürfen, und es ist sehr schwer, dann nicht zu seiner Freundin zu rennen und sie zu umarmen und zu sagen: Ich hab dich so vermisst, komm her!“ (Maja, 11 Jahre\*).

Aufgrund der umfangreichen Einschränkungen für einen persönlichen Austausch verwundert es nicht, dass Kinder alternative Wege nutzen, um in Kontakt mit ihren Freundinnen und Freunden zu bleiben. Wenngleich über alle Altersgruppen hinweg Textnachrichten, Videochat, Telefon und aufgenommene Videobotschaften die wichtigsten Kommunikationsformen für Kinder sind (siehe Abbildung 1), zeigen sich zwischen Kindergarten- und Grundschulkindern sowie Kindern im Sekundarstufenalter teilweise deutliche Unterschiede: Zum einen steigt mit dem Alter die Intensität der Nutzung medial vermittelter Kontakte mit Freundinnen und Freunden; zum anderen nimmt die Bedeutung von Textnachrichten mit steigender Lese- und Schreibkompetenz der Kinder zu.



**Ich kann nicht mehr normal zur Schule gehen, ich habe jetzt nur noch an einem Tag Unterricht. Ich würde sehr gerne mehr mit anderen zusammen sein. Das hat mir Corona geklaut.**

Hannelore, 6 Jahre\*

richtet Benny, 11 Jahre: „Ich bin auch in einem Kinder- und Jugendclub, [...] der hat dann auch Angebote [übers Internet weitergeführt]; und mit meinen Freunden habe ich mich dann nicht mehr so getroffen, sondern nur noch über Online-Seiten.“

Im Gegensatz dazu bevorzugen Kinder mit einer traditionell-persönlichen Art der Kontaktpflege eher persönliche Treffen mit Abstand, Telefonate sowie Videochats, bei denen man sich ähnlich wie beim persönlichen Treffen auch sehen kann. Dabei sind insbesondere für Schulkinder der Austausch und die gegenseitige Hilfestellung über schulische Aufgaben in der Homeschooling-Situation ein wichtiger Kontaktpunkt, denn „als wir zum Beispiel in der Schule noch keine Videokonferenzen gemacht haben, haben wir das so gemacht, dass wir ganz oft telefoniert haben und dann beim Lernen das zusammen gemacht haben“ (Maja, 11 Jahre\*). Dieser Typ der Kontaktpflege ist vor allem bei Grundschul- und Kindergartenkindern sowie etwas häufiger in städtisch geprägten Wohngebieten zu finden. Insgesamt liegt die Kontakthäufigkeit bei diesem Typ eher im mittleren Bereich.

Mit Abstand am wenigsten Kontakt zu Freundinnen und Freunden haben Kinder des Typs der limitierten Kontaktpflege, die sich über alle Wege – persönlich oder medial vermittelt – nur sehr selten austauschen. Dies betrifft vor allem Kinder im Kindergartenalter und Grundschulkindern, die die

Möglichkeiten über verschiedene Medien nur begrenzt nutzen können und auf die Unterstützung von Eltern angewiesen sind.


### **Wenig Kontakt zum Freundeskreis korreliert häufiger mit emotionalen Problemen**

Untersucht man den Zusammenhang der drei Typen der Kontaktpflege mit Verhaltensproblemen der Kinder, dann fällt auf, dass – auch unter Kontrolle der Altersunterschiede zwischen den drei Typen – Kinder, die zum Typ mit limitierter Kontaktpflege zählen, etwas häufiger emotionale Verhaltensprobleme (gemessen mit dem „Strengths and Difficulties Questionnaire“, SDQ) zeigen als die der beiden anderen Typen. Eltern dieser Kinder berichten etwas häufiger, dass ihre Kinder traurig sind und sich Sorgen machen,

## **DJI-Studie „Kind sein in Zeiten von Corona“: Online-Befragung von Eltern und Interviews mit Kindern**

Unter dem Titel „Kind sein in Zeiten von Corona“ erscheint im Dezember 2020 der Abschlussbericht der gleichnamigen Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Die Studienautorinnen und -autoren Dr. Alexandra Langmeyer, Dr. Angelika Guglhör-Rudan, Dr. Thorsten Naab, Dr. Marc Urlen und Ursula Winkhofer liefern darin einen Überblick über die Ergebnisse ihrer Online-Befragung und der 22 ergänzenden qualitativen Interviews mit Eltern und Kindern. Thematisiert wird darin nicht nur, wie die Pandemie Freundschaften, sondern auch das Verhältnis zu Großeltern, Lehrkräften und Kita-Fachkräften veränderte. Außerdem werden die Zeit- und Freizeitgestaltung der Kinder und die spezifische Situation innerhalb der Familien untersucht. Ein Fokus der Studie liegt auf dem Wohlbefinden der Kinder, darauf, wie sie mit

der Krisensituation zurecht kommen, unter welchen Bedingungen sie sich einsam fühlen und Verhaltensprobleme auftreten. Nach einem breiten Aufruf im Internet und über E-Mail-Verteiler haben sich zwischen dem 22. April und dem 21. Mai 2020 deutschlandweit 12.623 Eltern von Kindern im Alter von 3 bis 15 Jahren an der Befragung beteiligt. Die qualitativen Interviews wurden in der Zeit vom 26. Mai bis 8. Juni 2020 durchgeführt. So war es für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler möglich, verschiedene Phasen des Lockdowns miteinander zu vergleichen und dabei auch die unterschiedliche Umsetzung der Beschränkungen in den einzelnen Bundesländern zu berücksichtigen.

 [www.dji.de/projekt/kindsein-corona](http://www.dji.de/projekt/kindsein-corona)



**Dr. Alexandra Langmeyer** leitet die Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Die Forschungsschwerpunkte der Sozialwissenschaftlerin beziehen sich auf Fragen der Familien- und Kindheitsforschung, insbesondere auf die Sozialisation und das Well-Being von Kindern.  
langmeyer@dji.de



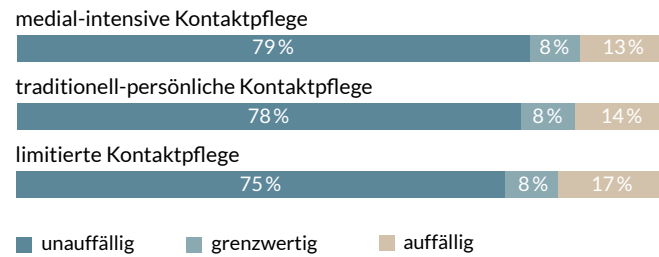
**Dr. Thorsten Naab** ist wissenschaftlicher Referent in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ am DJI. Die Forschungsschwerpunkte des Kommunikationswissenschaftlers sind die Mediennutzung und Medienerziehung in der Kindheit.  
naab@dji.de



**Ursula Winkhofer** ist wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ am DJI. Die Kommunikationswissenschaftlerin, die auch Pädagogik, Psychologie und Sozialpädagogik studiert hat, beschäftigt sich mit unterschiedlichen Fragen der Kindheitsforschung, Kinderrechten und Partizipation von Kindern und Jugendlichen.  
winkhofer@dji.de

Ängste haben, aber auch über symptomatische Beschwerden wie Kopfschmerzen klagen (siehe Abbildung 2). Zwischen den anderen beiden Typen des Kontakts ergeben sich bezogen auf emotionale Probleme keine Unterschiede.

**Abbildung 2: Angaben der Eltern zu emotionalen Problemen ihrer Kinder, nach Typen der Kontaktpflege (in Prozent)**



Quelle: DJI-Studie „Kind sein in Zeiten von Corona“, eigene Berechnung

Zusammenfassend verdeutlichen die Ergebnisse der DJI-Studie zunächst, wie wichtig es für Kinder ist, dass sie Kontakt zu anderen Kindern haben. Zweifelsohne reiht sich die Studie damit ein in einen breiten Kanon bestehender Forschung zur Bedeutung von Peer-Beziehungen in Kindheit und Jugend (Reinders 2015). Gleichfalls zeigen die Ergebnisse auf, dass es Kindern in einer Ausnahmesituation, wie sie die Corona-Krise darstellt, gelingen kann, die Beziehung zu Freundinnen und Freunden aufrechtzuerhalten. Hier deutet sich über die Elternbefragung und die Interviews mit den Kindern an, dass eine ausreichende Les- und Schreibkompetenz sowie Medienbildung bei den Kindern helfen, das Auftreten möglicher negativer Folgen der Kontakteinschränkungen zu mindern. x

\* Die Originalzitate wurden zur besseren Lesbarkeit leicht redaktionell bearbeitet. Die Namen der Kinder und Jugendlichen wurden aus Datenschutzgründen geändert.

### Literatur

LANGMEYER, ALEXANDRA u.a. (2020): Kind sein in Zeiten von Corona. Ergebnisbericht. Im Erscheinen. München  
 REINDERS, HEINZ (2015): Sozialisation in der Gleichaltrigengruppe. In: Hurrelmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung. Weinheim/Basel, S. 393-413  
 WOLFERT, SABINE / PUPETER, MONIKA (2018): Freundschaften: Soziales Erprobungsfeld für Kinder. In: World Vision Deutschland (Hrsg.): Kinder in Deutschland 2018. 4. World Vision Kinderstudie. Weinheim/Basel, S. 126-147



# Corona erschwert die Kinder- und Jugendhilfe

Eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten, mangelnde Ausstattung und Unsicherheit: Vor welchen Herausforderungen Jugendämter während des Lockdowns standen und welche zusätzliche Unterstützung sie benötigen.

Von der Projektgruppe Jugendhilfe und sozialer Wandel



**D**ie Jugendämter sind das „organisatorische Herzstück der Kinder- und Jugendhilfe“ (Deutscher Bundestag 2013, S. 290). Sie sind unter anderem verantwortlich für die kommunale Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe – von der Kita über Jugendzentren bis zu Heimeinrichtungen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Zudem bieten sie Beratung und Unterstützung für Eltern und junge Menschen und erfüllen hoheitliche Aufgaben, etwa im Kinderschutz. Als gleichermaßen verantwortliche und aktiv intervenierende Institutionen kommt den Jugendämtern somit eine Schlüsselrolle für das Aufwachsen von jungen Menschen in unserer Gesellschaft zu. Dies gilt


umso mehr in der aktuellen Pandemiesituation, die den Alltag von Kindern, Jugendlichen und Familien in bisher nicht bekannter Weise verändert hat.

## Online-Befragung während des Lockdowns

In den öffentlichen Diskussionen zur Kinder- und Jugendhilfe in der jüngeren Vergangenheit wird vor allem auf den Kinderschutz fokussiert. Schon in der ersten Phase der Corona-Krise wurde die Frage aufgeworfen, ob die Jugendämter weiterhin in der Lage seien, ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für deren

## Frühe Hilfen: Wie ging es den Gesundheitsfachkräften und Familien zur Zeit des Lockdowns? Antworten gibt eine Befragung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH)

Angebote der Frühen Hilfen durch Familienhebammen und Kinderkrankenpflegende basieren wesentlich auf dem direkten und persönlichen Kontakt mit den Familien. Daher waren sie besonders stark von den Beschränkungen während der Corona-Krise betroffen. Wie es den Fachkräften gelang, Familien dennoch zu unterstützen, hat das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) im Mai 2020 in einer qualitativen Ad-hoc-Befragung von Gesundheitsfachkräften untersucht, die in der aufsuchenden Familienbegleitung tätig sind. Mehr als die Hälfte der Familienhebammen und Kinderkrankenpflegenden gaben an, dass sie dazu übergegangen seien, Schwangere und Familien mit Kindern bis drei Jahren telefonisch zu betreuen. 14 Prozent der Fachkräfte blieben per E-Mail, Videotelefonie oder Messenger-Dienst in Kontakt. Die meisten Familien reagierten laut den Studienergebnissen verständnisvoll und nahmen die Telefonberatung überwiegend gut und häufig an. Viele Fachkräfte sorgten sich aber, dass sie die Familien weniger intensiv begleiten können, als notwendig wäre. Denn durch die Corona-Pandemie stiegen Verunsicherungen und Belastungen in den Familien, da externe Kinderbetreuung eingeschränkt war und existenzielle Ängste wuchsen. Nach Wahrnehmung von mehr als 40 Prozent der Befragten führte diese Situation zu einem erhöhten Risiko für eskalierende Konflikte und Gewalt in den Familien. Das NZFH, dessen Träger die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) ist, unterstützt die Fachkräfte mit Empfehlungen und Informationen zur veränderten Arbeitssituation.

 [www.fruehehilfen.de/gesundheitsfachkraefte-befragung-zu-corona](http://www.fruehehilfen.de/gesundheitsfachkraefte-befragung-zu-corona)

Wohl zu schützen. Angesichts von Befürchtungen um den Kinderschutz und der eingangs skizzierten Bedeutung der Jugendämter führte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) schon kurz nach dem Beginn des Lockdowns die Online-Befragung „Jugendhilfeb@rometer“ durch, um einen ersten empirisch fundierten Eindruck zu den Folgen und Herausforderungen der Corona-Pandemie für die Jugendämter zu gewinnen (siehe Infobox). Zwischen dem 23. April und dem 12. Mai, also in einer Phase des umfassenden Lockdowns in allen Bundesländern, haben daran 65 Prozent der insgesamt 575 Jugendämter in Deutschland teilgenommen.

Im Zentrum der Studie stand die Frage, inwiefern die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere die der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) – unter den Krisenbedingungen weiterhin erbracht werden können. Die ASD fungieren als Stellen, die unter anderem die sogenannten Hilfen zur Erziehung koordinieren und wichtige Aufgaben im Kinderschutz erfüllen. Beispielsweise gehen die Mitarbeitenden Hinweisen auf eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls durch Vernachlässigung, Misshandlung und sexuelle Gewalt nach und nehmen die jungen Menschen gegebenenfalls zu deren Schutz in Obhut.

### Jugendämter äußern große Unsicherheit und Sorge

Die Mehrheit der an der Umfrage teilnehmenden Jugendämter (55 Prozent) verzeichnete während des Lockdowns keine Veränderung bei der Anzahl der Meldungen zu möglichen Kindeswohlgefährdungen. Ein Viertel berichtete von einem Rückgang, 5 Prozent von einem Anstieg, während 16 Prozent der Ämter angaben, die Entwicklung der Kinderschutzmeldungen noch nicht einschätzen zu können. Dass die Ausnahmesituation der Pandemie zu keiner nennenswerten Veränderung der Gefährdungsmeldungen geführt hat, bestätigt auch eine später im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführte Abfrage bei Jugendämtern (Mühlmann/Pothmann 2020, siehe auch S. 46).

Ob dieses Ergebnis zustande gekommen ist, weil entgegen zahlreichen Befürchtungen die Pandemie nicht zu einem Anstieg der Gewalt in Familien geführt hat, oder aber, weil es für die Jugendämter schwieriger war, Probleme in Familien zu erkennen, muss offen bleiben. Die Jugendämter äußerten zu dieser Frage große Unsicherheit und Sorge. Insgesamt benannten sie das Erkennen und Priorisieren von Hilfebedarfen als die größte Herausforderung während des Lockdowns.

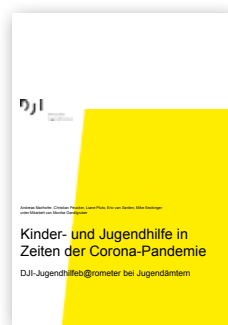
Allerdings begegneten die Jugendämter den geltenden Kontaktbeschränkungen indes nicht mit einer Reduzierung von Kinderschutzmaßnahmen. Zur Verdachtsabklärung führten 98 Prozent der Ämter auch während des Lockdowns Hausbesuche durch, wenn sie diese für erforderlich hielten. Gleichzeitig wurden auch alternative Wege, wie die Nutzung digitaler Medien, zur Einschätzung der Situation in den Familien gewählt. Gleichwohl sind diese Alternativen mit jeweils eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten sowohl aufseiten der Jugendämter als auch aufseiten der Adressatinnen und Adressaten verbunden.

### Digitale Kommunikation ersetzt Hausbesuche nur bedingt

Wie die Jugendämter mit Familien in Kontakt treten, ist von großer Bedeutung, weil Kommunikation und Beziehung die zentralen „Technologien“ personenbezogener sozialer Dienstleistungen sind (Hasenfeld 2010). Somit wirken sich Maßnahmen des Social Distancings auf den Kern der Arbeit der Jugendämter aus. Obgleich direkte Face-to-Face-Kommunikation eine immense Bedeutung für den Beziehungsaufbau und somit auch für die Dienstleistungserbringung hat, wurden angesichts der Kontaktbeschränkungen auch Formen der medienvermittelten Kommunikation genutzt. Dabei wurde vor allem auf Telefon, Brief, E-Mail oder Chat zurückgegriffen – und zwar sowohl in den ASD als auch bei Beratungsstellen und ambulanten Hilfen. Zu den ambulanten Hilfen zählt beispielsweise die Sozialpädagogische Familienhilfe, bei der sozialpädagogische Fachkräfte Eltern in deren Lebensumfeld aufsuchen und sie bei Erziehungsfragen im Alltag unterstützen. Videobasierte Kommunikationsformen wurden nach Einschätzung der Jugendämter besonders in solchen ambulanten Hilfen genutzt (in 73 Prozent der Jugendamtsbezirke).

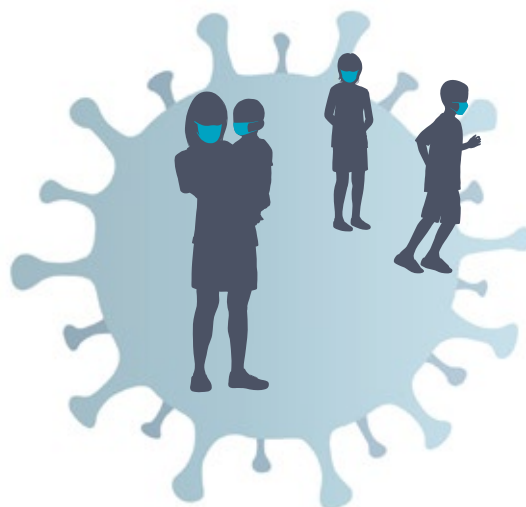
Direkte persönliche Kontakte zwischen Mitarbeitenden der ASD und deren Adressatinnen und Adressaten erfolgten in zwei Dritteln der Jugendämter. Fanden solche Kontakte statt, so wurde die Umsetzung fachlicher Standards wie beispielsweise Adressatenbeteiligung sowie die Gewährleistung von Kinderschutz und das Erkennen und Priorisieren von Hilfebedarfen seltener als Herausforderung angesehen. Anders stellte sich die Situation dar, wenn nur über Telefon, Videocall und andere medienvermittelte Kommunikationsformen Kontakte zwischen Mitarbeitenden der ASD und den Familien bestanden. Hier berichteten die Jugendämter von erschwerten Bedingungen bei der Umsetzung fachlicher Aufgaben.

Auf die veränderte kommunikative Zugänglichkeit sowie auf den möglicherweise zusätzlichen Beratungsbedarf reagierten 89 Prozent der Jugendämter mit verstärkten Bemühungen, auf bestehende Beratungs- und Krisenangebote

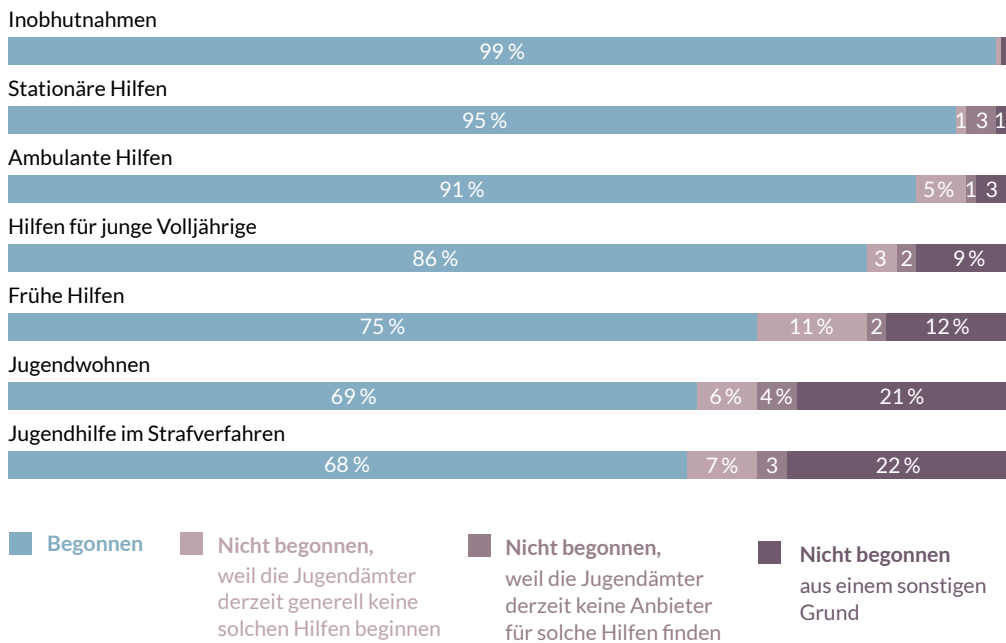


Der Abschlussbericht mit dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern“ gibt einen detaillierten Überblick über die Ergebnisse der bundesweiten Studie zu den Folgen der Corona-Pandemie für die Kinder- und Jugendhilfe. Kostenloser Download:

[www.dji.de/jhsw](http://www.dji.de/jhsw)



**Jugendamtsbezirke, in denen während des Lockdowns Hilfen begonnen beziehungsweise nicht begonnen wurden (in Prozent)**



Quelle: DJI-Jugendhilfe@rometer zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe 2020; n = 317-345

hinzuweisen. Knapp die Hälfte der Jugendämter (47 Prozent) stellte außerdem zusätzliche Kapazitäten für Online-, Telefon- und Chatberatung bereit.

**60 Prozent der Jugendämter schränken teilweise ihr Aufgabenspektrum ein**

Während Kinderschutzaufgaben in den Jugendämtern weiterhin prioritär wahrgenommen wurden, zeigen die Studienergebnisse aber auch, dass 60 Prozent der Jugendämter während des Lockdowns das eigene Aufgabenspektrum einschränken mussten. Zudem konnten in den Jugendamtsbezirken einzelne Hilfeformen nicht begonnen werden (siehe Abbildung). Dies konnte vielfältige Gründe haben.

Die gute Nachricht ist: Im Falle einer Gefährdung wurden Kinder und Jugendliche auch während des Lockdowns in Obhut genommen und vorläufig bei einer geeigneten Stelle untergebracht. Auch ambulante Hilfen, wie etwa die bereits erwähnte Sozialpädagogische Familienhilfe, oder stationäre Hilfen, bei denen junge Menschen im Heim oder in Pflege-

familien untergebracht werden, wurden nur in ganz wenigen Jugendamtsbezirken nicht begonnen. Dies ist durchaus bemerkenswert, da diese Hilfen unter Pandemiebedingungen mit besonderen Herausforderungen – beispielsweise Quarantäneregeln bei Neuaufnahmen in Heimeinrichtungen – verbunden waren.

Die Studie weist aber auch auf Ausfälle hin: In 25 Prozent der Jugendamtsbezirke wurden präventive Angebote der Frühen Hilfen, in 31 Prozent ausbildungsunterstützende Angebote des Jugendwohnens und in 32 Prozent Jugendhilfen im Strafverfahren beispielsweise nicht begonnen. Die Gründe dafür lagen teilweise außerhalb des Einflussbereichs der Jugendämter. Die deutlichsten Einschränkungen fanden im präventiven Bereich der Frühen Hilfen statt (11 Prozent), was möglicherweise mit der Struktur dieses Feldes zu erklären ist, in dem ein hoher Anteil freiberuflicher Fachkräfte tätig ist (siehe Studie des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH), Infobox, S. 42). Es ist nicht ausgeschlossen, dass manche Einrichtungen ihre Arbeit eingestellt hatten oder einstellen mussten.

Nach dem Lockdown stehen die Jugendämter vor der Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, um sowohl dem Infektionsschutz als auch fachlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Ämter müssen weiterhin Schutzmaßnahmen treffen, die es Fachkräften ermöglichen, ihre Aufgaben mit möglichst geringen gesundheitlichen Risiken für sich selbst und ihre Adressatinnen und Adressaten umzusetzen. Um dies zu gewährleisten, braucht es neben einer raschen Klärung von systemrelevanten Aufgaben, Organisationen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem eine ausreichende Ausstattung mit persönlichem Schutzmaterial, die zumindest zur Zeit der Befragung nicht überall gegeben war.

Darüber hinaus können Jugendämter Risiken für Fachkräfte und Adressatinnen und Adressaten verringern, indem sie Zugänge zu Räumlichkeiten schaffen, die den Anforderungen des Infektionsschutzes genügen. Dazu gehören Besprechungsräume, die groß genug sind, um auch Hilfeplankonferenzen mit mehreren Beteiligten (Familienmitgliedern, Fachkräften, Therapeutinnen und Therapeuten) mit dem gebotenen Mindestabstand durchzuführen.

Gefahren für die Gesundheit können außerdem durch die Bereitstellung einer technischen Infrastruktur reduziert werden, die es ermöglicht, gegebenenfalls alternative Kommunikationskanäle zu wählen (beispielsweise Dienstlaptops oder datenschutzkonforme Apps für Videokonferenzen). Vor allem in diesem Bereich gibt es nach Ansicht der befragten Jugendämter noch Verbesserungspotenzial.

## Chancen und Risiken neuer Kommunikationswege prüfen

In Zeiten des Lockdowns wurden im Zeitraffer Erfahrungen mit alternativen Kommunikationskanälen gesammelt, die es sonst vermutlich nicht in diesem Umfang gegeben hätte. Diese Erfahrungen gilt es nun sorgfältig zu reflektieren. Damit vorhandene Potenziale digitaler Medien für die sozialpädagogische Arbeit genutzt werden können, müssen Digitalisierungsprozesse konzeptionell untermauert werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass fachliche Standards, wie etwa die Beteiligung von Adressatinnen und Adressaten, nicht negativ beeinflusst werden. Auch die Möglichkeiten des Miss- und Nichtverstehens aufgrund reduzierter Sprache, das Verwischen der Grenzen zwischen privater und öffentlicher Kommunikation sowie die Gewährleistung rechtssicherer Kommunikation sollten in diesem Zusammenhang überprüft werden (Kutscher 2020, Hitchings/Maclean 2020). Hierfür bedarf es eines breiten Fachdiskurses, der auch Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern einfließen lässt – etwa im Rahmen entsprechender wissenschaftlich begleiteter Praxisentwicklungsprojekte. x

## Literatur

- DEUTSCHER BUNDESTAG (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Drucksache 17/12200. Berlin
- HASENFELD, YEHESHKEL (2010): *Worker-Client-Relations*. In: Hasenfeld, Yeheskel (Hrsg.): *Human services as complex organizations*. Los Angeles, S. 405–425
- HITCHINGS, EMMA / MACLEAN, MAVIS (2020): *Unprecedented times. Some thoughts on the consequences of the COVID-19 pandemic from a family and social welfare law perspective*. In: *Journal of Social Welfare and Family Law*, 42. Jg., H. 3, S. 277–280
- KUTSCHER, NADIA (2020): *Ethische Fragen Sozialer Arbeit im Kontext von Digitalisierung*. In: Kutscher, Nadia u.a. (Hrsg.): *Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung*. Weinheim, S. 347–362

Die Projektgruppe „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI), bestehend aus Dr. Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Dr. Liane Pluto, Dr. Eric van Santen, Dr. Mike Seckinger und Monika Gandlgruber, setzte die Online-Befragung „Jugendhilfeb@rometer“ um. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen seit vielen Jahren unter anderem zu Strukturen und Leistungen öffentlicher und freier Kinder- und Jugendhilfe und führen regelmäßig empirische Studien durch. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert. [gandlgruber@djii.de](mailto:gandlgruber@djii.de)

# Kinderschutz während der Pandemie

Trotz der Kontakteinschränkungen wegen des Coronavirus müssen Jugendämter Gefahren für Kinder und Jugendliche zuverlässig erkennen, um ihnen helfen zu können. Untersuchungen zeigen, dass sich die Zahl der bearbeiteten Kinderschutzfälle im Sommer 2020 zwar nicht erhöhte, es aber Hinweise auf unerkannte Gewalt gibt.

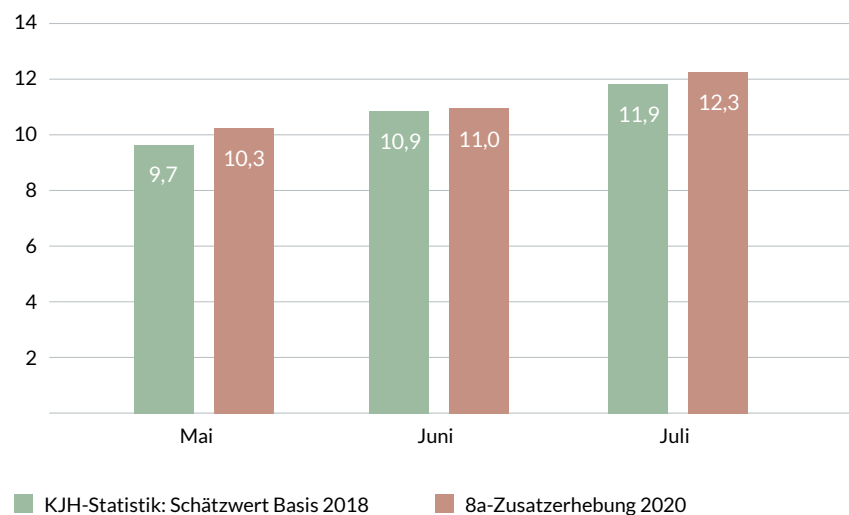
| Von Jens Pothmann und Thomas Mühlmann



**T**rotz Corona-bedingter Maßnahmen zur Einschränkung von Kontakten und Begegnungen muss das Jugendamt den Schutz von Kindern und Jugendlichen weiter sicherstellen. Dazu gehört auch die Pflicht, allen gewichtigen Anhaltspunkten für Gefährdungen nachzugehen und das Risiko für betroffene Minderjährige einzuschätzen. Bei dieser mit Verweis auf Paragraph 8a des Achten Sozialgesetzbuchs auch „8a-Verfahren“ genannten Gefährdungseinschätzung verschafft sich das Jugendamt einen persönlichen Eindruck von der Lebenssituation der Betroffenen – häufig durch einen Hausbesuch. Auf dieser Grundlage und mithilfe weiterer Informationen schätzen dann mehrere Fachkräfte gemeinsam das Gefährdungsrisiko ein. Ein „8a-Verfahren“ endet mit der Feststellung des Jugendamts, ob und inwieweit aus dessen Sicht das Wohl des betroffenen Kindes oder Jugendlichen gefährdet ist und ob ein Hilfebedarf besteht.

Um aktuelle und belastbare Daten über das Handeln der Jugendämter im Kinderschutz in Corona-Zeiten zu erhalten, lässt das Bundesfamilienministerium seit Mai 2020 Daten zu den durchgeführten Gefährdungseinschätzungen erfassen. Damit soll beispielsweise die Frage beantwortet werden, inwieweit Jugendämter nötige Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen erreichen, obwohl Institutionen für Kinder und Jugendliche oder Teilbereiche von ihnen zumindest zeitweise personell ausgedünnt oder sogar ganz geschlossen waren. >

**Abbildung 1: Gefährdungseinschätzungen pro 10.000 der unter 18-Jährigen in den Sommermonaten der Jahre 2018 und 2020 im Vergleich (Anzahl)**



Anzahl einbezogener Jugendämter (8a-Zusatzerhebung und KJH-Statistik): Mai: 182, Juni: 209, Juli: 197;  
Anzahl einbezogener Fälle (8a-Zusatzerhebung, Datenstand: 21.10.2020): Mai: 5.179, Juni: 6.051, Juli: 6.535

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Abs. 1 SGB VIII 2018; BMFSFJ: „8a-Zusatzerhebung 2020“; verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen



Unter dem Titel „Child welfare in the midst of the coronavirus pandemic – Emerging evidence from Germany“ liefern Dr. Birgit Jentsch und Dr. Brigitte Schnock vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) einen ersten Überblick über die Herausforderungen des Kinderschutzes während der Pandemie. Die Auto-

rinnen werteten für ihren Artikel, der in der Septemberausgabe der interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Zeitschrift „Child Abuse and Neglect“ erschienen ist, wissenschaftliche Artikel, Positionspapiere von Berufsverbänden und Ergebnisse erster empirischer Studien aus.

[www.dji.de/news/kinderschutz-corona](http://www.dji.de/news/kinderschutz-corona)

Die für die Jugendämter freiwillige Erhebung orientiert sich methodisch an der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik). Diese erfasst zwar vergleichbare Daten, veröffentlicht diese allerdings nur einmal jährlich. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ<sup>Stat</sup>) im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund wertete im Oktober 2020 Zwischenergebnisse der noch laufenden „8a-Zusatzerhebung 2020“ aus und verglich diese mit Daten der KJH-Statistik des Jahres 2018.

### **Anzahl der Gefährdungseinschätzungen bleibt nahezu unverändert**

Ein zentrales Zwischenergebnis der Zusatzerhebung ist, dass die daran teilnehmenden Jugendämter in den Monaten Mai bis Juli 2020 mit leichten Schwankungen insgesamt etwa genauso viele „8a-Verfahren“ durchgeführt haben wie im gleichen Zeitraum des Jahres 2018. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt für einen früheren Zeitraum auch die DJI-Untersuchung „Jugendhilfeb@rometer“ (Mairhofer u.a. 2020, siehe auch S. 41). Rechnet man die absoluten Fallzahlen auf die im

## **DJI-Projekt „Kinderschutz in Zeiten von Corona“: Lösungsstrategien für die Praxis entwickeln**

Das Projekt „Kinderschutz in Zeiten von Corona“ (KiZ-Co) untersucht die Kinderschutzpraxis unter Pandemiebedingungen. Anders als quantitative Studien, die insbesondere die Veränderungen der Anzahl der bearbeiteten Verdachtsfälle in den Jugendämtern untersuchen, liegt das Forschungsinteresse dieses Projekts auf dem konkreten Handeln der Fachkräfte: Wie bauen sie beispielsweise Kontakt zu Familien auf? Und wie stellen sie den Schutz der Kinder sicher? Ziel der qualitativen Studie ist es, Herausforderungen und Lösungsstrategien der Jugendämter zu beschreiben und in institutionelle Rahmenbedingungen einzubetten. Dafür werden leitfadengestützte Telefoninterviews mit Gruppenleitungen der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) in den Jugendämtern geführt, die für den Kinderschutz zuständig sind. Anhand der Erkenntnisse soll der bereits bestehende Wissensstand zur jugendamtlichen Kinderschutzpraxis in Zeiten von Corona ergänzt und weiterentwickelt werden.

In der ersten Befragungswelle der Studie von Juli bis September 2020 wurden die Entwicklungen des Kinderschutzhandelns seit Beginn der Pandemie thematisiert. In einer zweiten Befragungswelle im Oktober und November 2020 wurden die Gruppenleitungen aus diesen Jugendämtern erneut interviewt, um Risiken und Chancen – im Sinne eines Lernens aus den Erfahrungen – für die Qualitätsentwicklung des Kinderschutzhandelns nachzuvollziehen. Ein wesentliches Ziel des Projekts ist es, den Diskurs in der Praxis konstruktiv zu unterstützen. So sollen Ideen und gegebenenfalls Empfehlungen für eine Anpassung des Kinderschutzhandelns in Zeiten von Kontaktbeschränkungen gegeben, aber auch mögliche Lehren für die Zukunft abgeleitet werden.

Das Projekt KiZCo wird in Kooperation mit der DJI-Fachgruppe Frühe Hilfen, dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen und dem Forschungszentrum „International Centre for Socio-Legal Studies“ (SOCLES) durchgeführt.

[www.dji.de/kizco](http://www.dji.de/kizco)



Zuständigkeitsbereich dieser Jugendämter lebende minderjährige Bevölkerung um, zeigt die Zusatzerhebung ebenso wie die KJH-Statistik 2018 etwa zehn „8a-Verfahren“ pro 10.000 unter 18-Jährige im Mai, circa elf im Juni und ungefähr 12 im Juli (siehe Abbildung 1, S. 47).

Ein zweites zentrales Ergebnis ist, dass bisher kein „Nachholeffekt“ zu beobachten ist, wie er aufgrund der in diesem Zeitraum voranschreitenden weiteren Öffnung von Institutionen und stetigen Verringerung der Kontaktbeschränkungen teilweise erwartet worden war (Mairhofer u.a. 2020, NZFH 2020). Zwischen Mai und Juli stiegen die Fallzahlen zwar, dies korrespondiert aber mit auch früher beobachteten, typischen monatlichen Schwankungen innerhalb eines Jahres und lässt sich somit nicht auf die besonderen Bedingungen im Jahr 2020 zurückführen.

### Mögliche Dunkelziffer bei Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen

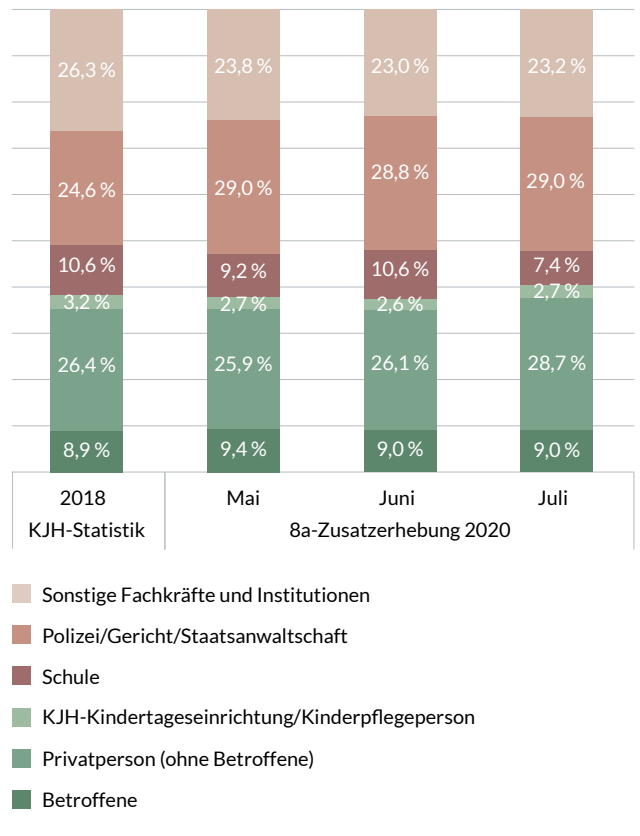
Das augenscheinlich kaum veränderte Volumen wahrgenommener und bearbeiteter Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdungen ist aber aus mindestens zwei Gründen kritisch zu betrachten: Erstens liegen inzwischen erste Ergebnisse der KJH-Statistik für das Jahr 2019 vor. Demnach wurden im vergangenen Jahr 10 Prozent mehr „8a-Verfahren“ als im Jahr 2018 gemeldet. Zwar kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit dieser Anstieg auch für die Jugendämter gilt, die sich an der Zusatzerhebung beteiligt haben, jedoch erscheint in diesem Lichte das im Jahr 2020 erreichte Niveau, das dem des Jahres 2018 entspricht, eher als zu niedrig.

Zweitens legt der aktuelle, teilweise noch vorläufige Forschungsstand den Schluss nahe, dass die Corona-bedingten Kontaktbeschränkungen zu einem Anstieg von Gefährdungssituationen für Kinder und Jugendliche geführt haben könnten (Andresen u.a. 2020, Steinert/Ebert 2020, UKE 2020, NZFH 2020). Angesichts dieser Aspekte würde die nahezu gleichbleibende Zahl von Gefährdungseinschätzungen bedeuten, dass zumindest diejenigen Jugendämter, die gleichbleibende oder geringere Fallzahlen verzeichnen, eine vermutlich gestiegene Anzahl von Gefährdungen bislang nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen haben.

### Große kommunale Unterschiede zwischen Jugendämtern

Die Gesamtergebnisse für Deutschland lassen sich allerdings nicht auf die kommunale Ebene übertragen. Vielmehr sind erhebliche kommunale Unterschiede zu beobachten. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Monats Juni. Hier zählten 50 Prozent der für diesen Monat teilnehmenden Jugendämter deutlich mehr (mindestens plus 10 Prozent) „8a-Verfahren“ als im Vergleichszeitraum. 36 Prozent der Jugendämter verzeichneten dagegen einen deutlichen Rückgang

**Abbildung 2: Hinweise unterschiedlicher Personengruppen sowie Institutionen in den Sommermonaten der Jahre 2020 und 2018 im Vergleich (in Prozent)**



Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Abs. 1 SGB VIII 2018, BMFSFJ: „8a-Zusatzerhebung 2020“; verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen



**Dr. Jens Pothmann** ist Leiter der Arbeitsstelle „Kinder- und Jugendhilfestatistik“ im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund. Der Diplom-Pädagoge forscht zur Kinder- und Jugendhilfe und hier auch zu Jugendämtern und Sozialen Diensten.  
[jens.pothmann@tu-dortmund.de](mailto:jens.pothmann@tu-dortmund.de)



**Dr. Thomas Mühlmann** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle „Kinder- und Jugendhilfestatistik“ im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund. Der Diplom-Sozialpädagoge forscht unter anderem zu kommunalen Unterschieden im Handeln von Jugendämtern sowie zum Kinderschutz.  
[thomas.muehlmann@tu-dortmund.de](mailto:thomas.muehlmann@tu-dortmund.de)

(mindestens minus 10 Prozent) der Fallzahlen gegenüber dem Vergleichszeitraum. Der ausgewiesene Gesamttrend von sich im Juni nur geringfügig verändernden Fallzahlen gilt nur für 14 Prozent der Jugendämter. Dies zeigt, dass mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie offensichtlich stark mit lokalen Gegebenheiten zusammenhängen. Welche Faktoren mit Anstiegen oder Rückgängen korrelieren, bedarf weiterer Untersuchungen, auch über die „8a-Zusatzerhebung“ und die KJH-Statistik hinaus.

### Schulen und Kitas geben weiter Hinweise

Neben der rein quantitativen Entwicklung der „8a-Verfahren“ stellt sich auch die Frage, ob sich Merkmale wie die Alterszusammensetzung der Betroffenen, die Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber oder die Ergebnisse der Verfahren unter Corona-Bedingungen verändert haben – und somit möglicherweise andere Kinder und Jugendliche ins Blickfeld der Jugendämter kamen als zuvor. Insgesamt zeigen die meisten Teilergebnisse der Zusatzerhebung eine große Konstanz im Vergleich zu den früheren Ergebnissen der KJH-Statistik. Dies ist insofern überraschend, als dass in einigen Bereichen – etwa Schulen, Kitas und anderen Institutionen – teilweise größere Veränderungen bezüglich der Anzahl von Hinweisen erwartet worden waren (Mairhofer u.a. 2020, WDR und SZ 2020, dpa 2020).

Lediglich punktuell fallen die Ergebnisse der Zusatzerhebung anders aus. Beispielsweise ist der Anteil der Verfahren, die auf Hinweise von Polizei und Justiz zurückzuführen sind, in der „8a-Zusatzerhebung 2020“ etwas höher als in der KJH-Statistik 2018 (siehe Abbildung 2, S. 49). Der Anteil von Schulen und Kitas hingegen liegt zwischen Mai und Juni 2020 in einer zum Jahreswert 2018 vergleichbaren Größenordnung. Erst im Juli sinkt dieser Anteil deutlich. Dies könnte mit der Sommerferienzeit zu erklären sein, bedarf allerdings weiterer Klärung. ✕

### Literatur

- ANDRESEN, SABINE u.a. (2020): *Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Hildesheim*
- DEUTSCHE PRESSE-AGENTUR (12. Juli 2020): *Mehr häusliche Gewalt in der Corona-Zeit? Umfrage bei Landesministerien und -behörden. dpa-infocom, dpa: 200712-99-760398/3*
- MAIRHOFER, ANDREAS u.a. (2020): *Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. Deutsches Jugendinstitut. München*
- MÜHLMANN, THOMAS (2019): *Gefährdungseinschätzungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 8a SGB VIII). In: Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse. Opladen, S. 135–144*
- NATIONALES ZENTRUM FRÜHE HILFEN (NZFH) (2020): *Gesundheitsfachkräfte zur Situation in Familien. Ergebnisse einer Online-Befragung von Gesundheitsfachkräften zu den Veränderungen durch Corona. www.fruehehilfen.de/gesundheitsfachkraefte-befragung-zu-corona (zuletzt aufgerufen am 23.10.2020)*
- STEINERT, JANINA / EBERT, CARA (2020): *Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. München UNIVERSITÄTSKLINIKUM HAMBURG-EPPENDORF (Hrsg.) (2020): Psychische Gesundheit von Kindern hat sich während der Corona-Pandemie verschlechtert. COPSYS-Studie des UKE zeigt Zunahme von Stress und psychosomatischen Beschwerden. Pressemitteilung vom 10. Juli 2020*
- WESTDEUTSCHER RUNDFUNK UND SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (06.05.2020): *Gewalt in Familien: Grund zu großer Sorge. Eine bundesweite Umfrage bei Jugendämtern. www.tagesschau.de/investigativ/wdr/jugendaemter-coronavirus-101.html (zuletzt aufgerufen am 23.09.2020)*



# Zurück in alte Rollen?

Die Geschlechtergerechtigkeit hat seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich gelitten: Vor allem Mütter ziehen sich aus dem Arbeitsleben zurück. Doch unter bestimmten Bedingungen könnten Frauen sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Von Christina Boll

**D**ie Corona-Krise hat einige Gemeinsamkeiten mit vorherigen Krisen, aber die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Frauen sind aktuell weitaus stärker. Dies liegt zum einen an den unterschiedlichen Branchenbezügen. Während in der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/09 vor allem Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe verloren gingen, litt dieses Mal durch die Kontaktbeschränkungen vor allem der Dienstleistungssektor (beispielsweise der Einzelhandel und das Gastgewerbe). Hier arbeiten besonders viele Frauen. Da sie damit selbst von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind, können sie seltener die sogenannte Added-Worker-Rolle einnehmen, das heißt, die durch die Arbeitslosigkeit ihrer Partner wegbrechenden Familieneinkommen (teilweise) kompensieren. >



## Bleibt es beim momentanen Tempo der Annäherung der Gehälter von Frauen und Männern, bräuchte es weitere 96 Jahre, um die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen.

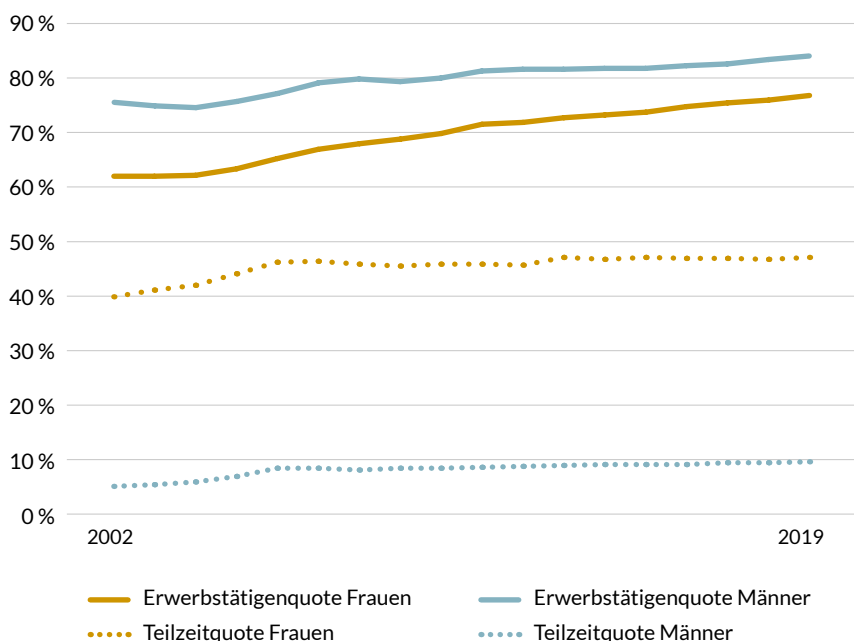
Zum anderen waren Eltern wegen der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten über Monate bei Kinderbetreuung und Homeschooling auf sich allein gestellt – und Frauen trugen die Hauptlast dieser Betreuung. Die Rolle der Frauen am Arbeitsmarkt und in der Familie kam damit gleich von zwei Seiten unter Druck: Der nachfrageseitige Corona-Schock im Sinne von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verstärkte sich durch einen angebotsseitigen Corona-Schock im Sinne eines gedrosselten Arbeitsangebots seitens der Beschäftigten, sofern diese Kinder zu betreuen hatten.

„Einbruch und/oder Umbruch?“ titelte jüngst eine Kurzexpertise des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW 2020). Es ging darum, ob der deutsche Arbeitsmarkt nach der Krise zu alten Mustern zurückkehrt oder sich strukturell wandelt. Diese Frage stellt sich gleichsam für die Geschlechterverhältnisse: Kehrt die Gesellschaft nach Corona zum Status quo zurück? Machen Paare mit vormals egalitären Rollen gar, wie manche befürchten, einen Schritt zurück (Stichwort „Retraditionalisierung“)? Oder könnte die Krise für einen strukturellen Wandel genutzt werden, in Richtung einer stärkeren Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Beruf und Familie?

### Strukturelle Ungleichheiten prägen die Entscheidungen vieler Paare

In der Forschung ist seit vielen Jahren bekannt, dass strukturelle Ungleichheiten der Geschlechter am Arbeitsmarkt, soziale Normen sowie politisch determinierte Infrastrukturen und monetäre Anreizmechanismen im „Mikrokosmos Paarhaushalt“ wie in einem Brennglas

Entwicklung von Erwerbstätigen- und Teilzeitquoten von Frauen und Männern im Alter von 20 bis 64 Jahren in Deutschland (in Prozent)



Quelle: European labour force survey (EU-LFS); eigene Berechnungen. Die Erwerbstätigenquote misst den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, die Teilzeitquote den Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen.

zusammentreffen und die individuellen Entscheidungsspielräume prägen. Zu diesen Ungleichheiten gehört, dass, obwohl die Frauenerwerbstätigenquote seit Langem im Aufwärtstrend liegt und seit der Jahrtausendwende von 61,8 (2002) auf 76,6 Prozent (2019) gestiegen ist, der Abstand zu der Erwerbstätigenquote der Männer zuletzt noch immer 9 Prozentpunkte betrug (siehe Abbildung S. 52).

### Fast jede zweite Frau in Deutschland arbeitet nur in Teilzeit

Hinzu kommt, dass im Jahr 2019 fast jede zweite Frau (47,1 Prozent) ihren Beruf als Teilzeitbeschäftigung ausübte. Bei den Männern traf dies nur auf jeden zehnten (9,5 Prozent) zu. Trotz oftmals anderslautender Absichtserklärungen oder Wunscharbeitszeiten ist eine Annäherung der Geschlechter hier nicht in Sicht. Das männliche Hauptnährermodell ist in Deutschland weiterhin die Norm.

Weiterhin ist es so, dass Frauen pro Stunde noch immer rund ein Fünftel weniger verdienen als Männer. Im Jahr 2019 lag die unbereinigte Lohnlücke laut Statistischem Bundesamt bei 20 Prozent, das entspricht einem Rückgang um 2,7 Prozentpunkte seit 2006. Bleibt es in Deutschland bei diesem Tempo der Annäherung, bräuchte es weitere 96 Jahre, um die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen. Dabei ist die geringere Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit ein zentraler Negativreiz für eine umfassendere Erwerbseinbindung von Frauen. Ähnlich wirken auch das Ehegattensplitting sowie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehe- oder eingetragenen Lebenspartnerinnen und -partnern in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Außerdem besteht eine Übernachfrage nach Betreuungsplätzen für den Nachwuchs: Zuletzt betrug der ungedeckte Betreuungsbedarf laut Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) beispielsweise bei unter Dreijährigen 15,1 Prozentpunkte: 49,4 Prozent Betreuungsbedarf versus 34,3 Prozent Betreuungsquote (BMFSFJ 2020). Die Datengrundlage bildet unter anderem die Kinderbetreuungsstudie (KiBS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) aus dem Jahr 2019 (siehe Infobox, S. 32). Dies sind die Kontextfaktoren, die die Erwerbsentscheidungen von Müttern und Vätern – und damit zusammenhängend auch die innerhäusliche Arbeitsteilung – rahmen.

Eltern reagieren schon lange auf diese strukturellen Rahmenbedingungen: Laut Zeitverwendungserhebung von 2012/13 verbrachten Mütter pro Tag rund zweidreiviertel

Stunden mehr mit Haus- und Betreuungsarbeit als Väter; diese hingegen hatten damals einen Vorsprung von fast drei Stunden bei der Erwerbsarbeit (Boll 2017). Eine Analyse basierend auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) offenbart, dass sich daran bis zum Beginn der Corona-Krise wenig geändert hat (Müller u.a. 2020): In Paaren, in denen

### Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Homeschooling und Kinderbetreuung: qualitative Interviews mit Alleinerziehenden und Müttern mit Führungsverantwortung

Im Forschungsprojekt „Mütter und Väter während der Corona-Pandemie“ untersuchen die Hochschule Hamm-Lippstadt und das Deutsche Jugendinstitut (DJI), wie die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Homeschooling und Kinderbetreuung in Zeiten ohne institutionelle Versorgung geregelt wird und wie Eltern mit dieser besonderen Situation umgehen. Der Fokus der Studie liegt auf Familienkonstellationen, in denen getrennt lebende Mütter und Väter sowie Frauen mit Führungsverantwortung („Familienernährerinnen“) vor besonderen Herausforderungen durch Corona stehen. Auf Basis von etwa 20 qualitativen Interviews wird analysiert, wie diese Familien die Monate März bis August 2020 erlebt haben. Dabei sollen auch die Veränderungen in den verschiedenen Phasen der Corona-Einschränkungen herausgearbeitet werden. Die Erkenntnisse aus den Interviews sollen, im Sinne eines Mixed-Methods-Ansatzes, in Bezug zu den Daten des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A) 2019“ und dessen ergänzender Corona-Befragung gesetzt werden.

[www.dji.de/projekt/vereinbarkeit\\_corona](http://www.dji.de/projekt/vereinbarkeit_corona)



## Die Entscheidung, wer von beiden Partnern zu Hause bleibt und sich vorrangig um die Kinder kümmert, hängt nicht allein vom Einkommen ab.

der Vater vollzeit- und die Mutter teilzeitbeschäftigt ist, investierten Mütter im Jahr 2018 an Wochentagen im Mittel 5,2 Stunden, Väter 1,9 Stunden in die Kinderbetreuung. Wenn beide Partner vollzeitbeschäftigt sind, betrug der tägliche Unterschied noch 1,2 Stunden (Mutter: 3,7 Stunden, Vater: 2,5 Stunden). Ähnlich sieht es bei der Hausarbeit aus.

### Frauen wurden im Jahr 2020 auf Haushalt und Kind zurückgeworfen

Die Geschlechterunterschiede setzen sich unter Corona fort. Erste Umfrageergebnisse für Deutschland während der Pandemie deuten darauf hin, dass Mütter ihre Arbeit seit März 2020 stärker zugunsten der Kinderbetreuung einschränken als Väter (Bünning u.a. 2020). Mütter im Homeoffice verbringen demnach 1,2 Stunden mehr Zeit mit Kinderbetreuung als Väter im Homeoffice (Adams-Prassl u.a. 2020). Trotz des gestiegenen Engagements der Väter bei der Familienarbeit, wie es beispielsweise die Mannheimer Corona-Studie für den Monat April 2020 aufzeigt (Möhring u.a. 2020), wird die Hauptlast der Betreuung weiterhin von den Müttern getragen – unabhängig von ihrer Qualifikation.

Insbesondere Akademikerinnen geben an, dass ihre Belastung durch die Kinderbetreuung während der Corona-Krise gestiegen ist. Dies zeigt die Befragung „Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Fuchs-Schündeln/Stephan 2020). Wie getrennt lebende Mütter und Väter sowie Frauen mit Führungsverantwortung mit den neuen Herausforderungen umgegangen sind, untersucht das DJI im Rahmen einer qualitativen Studie (siehe Infobox, S. 53).

Das bedeutet auch: Mütter im mittleren Erwerbsalter, die ihre Familienpause bereits hinter sich hatten und nun eigentlich mit der Karriere durchstarten wollten, werden ein zweites Mal und diesmal völlig unerwartet auf Haushalt und Familie zurückgeworfen. Aufstiegschancen bleiben ungenutzt und gehen, je länger sich der Ausnahmezustand hinzieht, gegebenenfalls unwiederbringlich verloren. Diese Frauen könnten künftig im doppelten Sinne benachteiligt sein – nicht nur (wie die Männer) temporär, durch den Einbruch von Wirtschaft und Beschäftigung, sondern zusätzlich (anders als die Männer) auch durch trägere Rückkehrprozesse unter der geschlechtsspezifischen Betreuungslast. Die auf Mikroebene getroffenen Entscheidungen wirken auf die Makroebene zurück – so drohen sich Ungleichheiten weiter zu reproduzieren.

Denn die Entscheidung, wer von beiden Partnern zu Hause bleibt und sich vorrangig um die Kinder kümmert, hängt nicht allein vom Einkommen ab; maßgeblich ist vielmehr das Verhältnis der Einkommen und der Zeitbudgets der Partner sowie deren Rollenverständnis (Boll/Schüller 2020). Während der Pandemie haben sich berufsbezogene Faktoren wie die Systemrelevanz oder die Homeoffice-Fähigkeit von Berufen zu zentralen Stellhebeln entwickelt. Sie entschieden über Jobsicherheit, freigesetzte (Familien-)Zeit und Einkommen – aber auch über den Zugang zur Notbetreuung in Kindergärten und Schulen. Empirische Analysen zur Verteilung dieser Berufsfaktoren in Elternpaaren, kombiniert mit den Ausgangskonstellationen dieser Paare vor der Krise, lassen einen signifikanten Anstieg des väterlichen Anteils an der Kinderbetreuung bei rund 7 bis 8 Prozent der Paare während des Lockdowns erwarten. Dabei spielen Väter in Homeoffice-fähigen Berufen eine zentrale Rolle; von diesen sind wiederum 11,4 Prozent Führungskräfte (Boll/Schüller 2020).

### Das Homeoffice rückt Männer näher an die Familienarbeit

Ein Anstieg des väterlichen Engagements bei der Kinderbetreuung in weniger als 10 Prozent aller Paare erscheint auf den ersten Blick wenig. Ein zweifacher Grund für Optimismus besteht dennoch. Zum einen könnten diese Väter als „positive role models“ ihre Erfahrungen mit unbezahlter Sorgearbeit innerhalb ihrer Unternehmen weitergeben und somit den kulturellen Wandel vorantreiben (von Alemann u.a. 2017). Zum anderen könnte der durch Corona ausgelös-

te Digitalisierungsschub die Nachfrage nach arbeitsortkoppeltem Lernen und Arbeiten dauerhaft erhöhen. Sofern die Infrastrukturinvestitionen (Stichwort „Breitbandausbau“) hier deutschlandweit mitziehen, kann dies die Präsenzkultur in den Unternehmen weiter zurückdrängen. Davon sollten mütterliche Karrieren, aber auch Karrieren junger familienaktiver Väter profitieren.

Der technologische Schub wird durch einen Wandel von Berufspräferenzen während der Krise unterstützt. Erste Befunde zeigen, dass eine gute Work-Life-Balance durch Corona an Bedeutung gewinnt (Baert u.a. 2020). Stellen vermehrt auch Männer diese Vereinbarkeitsansprüche, könnten Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilität zu einer neuen sozialen Norm werden. Viel wird davon abhängen, ob sich diese im Verlauf der Krise angestoßenen Prozesse verstetigen lassen. Das Potenzial ist jedenfalls vorhanden, den Teufelskreis der Reproduktion von Geschlechterungleichheit aufzubrechen und die Geschlechtergerechtigkeit nachhaltig voranzubringen. **x**



**Dr. Christina Boll** ist Leiterin der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) sowie Gastprofessorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an den Schnittstellen zwischen Arbeits-, Bildungs- und Familienökonomik und umfassen unter anderem Arbeitsangebot, bildungs(in)adäquate Beschäftigung und Einkommen von Eltern, Arbeitsteilung bei Paaren und Erwerbsmuster in Zeiten der Digitalisierung.  
**[boll@dji.de](mailto:boll@dji.de)**

## Literatur

- ADAMS-PRASSL, ABIGAIL u.a. (2020): *Inequality in the Impact of the Coronavirus Shock: Evidence from Real Time Surveys*. IZA Discussion Paper 13183
- BAERT, STIJN u.a. (2020): *How Do We Think the COVID-19 Crisis Will Affect Our Careers (If Any Remain)?* IZA Discussion Paper 13164
- BOLL, CHRISTINA (2017): *Die Arbeitsteilung im Paar – Theorien, Wirkungszusammenhänge, Einflussfaktoren und exemplarische empirische Evidenz*. Expertise im Rahmen des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Hamburg
- BOLL, CHRISTINA / SCHÜLLER, SIMONE (2020): *Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Empirisch gestützte Überlegungen zur elterlichen Aufteilung der Kinderbetreuung vor, während und nach dem COVID-19 Lockdown*. SOEPpapers 1089. Berlin
- BÜNNING, MAREIKE / HIPPE, LENA / MUNNES, STEFAN (2020): *Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona*. Ergebnisbericht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ) (Hrsg.) (2020): *Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2019*. Berlin
- FUCHS-SCHÜNDELN, NICOLA / STEPHAN, GESINE (2020): *Bei drei Vierteln der erwerbstätigen Eltern ist die Belastung durch Kinderbetreuung in der Covid-19-Pandemie gestiegen*, IAB-Forum, 18.08.2020. Nürnberg
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (IW) (2020): *Die Arbeitsmarktverfassung in Deutschland nach der Corona-Krise. Optionen für eine beschleunigte Erholung*. Köln
- MÖHRING, KATJA u.a. (2020): *Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung*. Mannheim
- MÜLLER, KAI-UWE u.a. (2020): *Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden*. DIW Wochenbericht 19/2020. Berlin
- VON ALEMANN, ANNETTE / BEAUFAYS, SANDRA / OECHSLE, MECHTILD (2017): *Work Organizations and Fathers' Lifestyles: Constraints and Capabilities*. In: Liebig, Brigitte/Oechsle, Mechtild (Hrsg.): *Fathers in Work Organizations. Inequalities and Capabilities, Rationalities and Politics*. Opladen/Berlin/Toronto, S. 21–39



# Mit Online-Programmen Beziehungskrisen vorbeugen

Der Markt der digitalen Beratungsangebote für Paare ist extrem unübersichtlich. Wie sich mehr Orientierung schaffen lässt, um die Potenziale der Programme für die Beziehungspflege zu nutzen, zeigt eine DJI-Untersuchung.

Der Beginn der Corona-Pandemie war für viele Paare eine Belastungsprobe. Benötigten sie aufgrund anhaltender Konflikte professionelle Unterstützung, so waren sie in der Zeit der Kontaktbeschränkungen auf Online-Formate angewiesen. Welche Online-Angebote es für Paare im deutschsprachigen Raum gibt, wo ihre Stärken gegenüber herkömmlichen Face-to-Face-Beratungen liegen und wie sie weiterentwickelt werden müssten, haben Dr. Martina Heitkötter und Anja Pils vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) untersucht.

Wenngleich noch wenig über die tatsächliche Nutzung von Online-Programmen zur Paarberatung bekannt ist, so schätzen die Wissenschaftlerinnen ihr Potenzial trotzdem als hoch ein. Denn der Bedarf ist groß, wie eine Auswertung von Daten der Pairfam-Längsschnittstudie zeigt: Jede fünfte befragte Person, die professionelle Beratung in Anspruch nimmt, gab in den Jahren 2017/18 an, Probleme in der Partnerschaft oder Sexualität seien der Grund dafür.



## Online-Angebote sind leicht zugänglich, es fehlen jedoch Qualitätsstandards

Den Analysen von Heitkötter und PilsI zufolge haben Online-Angebote im Vergleich zu klassischen Beratungs- beziehungsweise Therapieangeboten klare Vorteile, wenn es um die Beziehungspflege oder leichte Krisen geht: Sie bieten einen niedrighschwelligigen Zugang, sind zeitlich flexibel, nicht an einen Ort gebunden und kostengünstiger. Die größere Anonymität kann es zudem erleichtern, schambe-setzte Themen anzusprechen.

Allerdings ist der Markt der überwiegend kostenpflichtigen Online-Angebote unübersichtlich und unreguliert, wie die Untersuchungen zeigen. So gibt es in Deutschland derzeit keinerlei offizielle Qualitätsstandards. Das passende Angebot zu finden, sei für Ratsuchende aktuell schwierig, lautet das Fazit der Sozialwissenschaftlerinnen in ihrem Abschlussbericht. Sie haben im Rahmen der vom Bundesfamilienministerium geförderten Studie deutsch- und englischsprachige Paarberatungsangebote gesichtet, strukturiert und die vorliegenden Forschungsbefunde zur Wirksamkeit ausgewertet. Darüber hinaus haben sie Expertinnen und Experten interviewt und die Ergebnisse eines Workshops einbezogen.

Auf Basis ihrer Bestandsaufnahme plädieren Heitkötter und PilsI unter anderem dafür, eine nationale Plattform einzurichten, auf der ausgewählte, fachlich fundierte und wirksame Online-Angebote für Paare dargestellt werden. Insbesondere in Bezug auf den Nachweis der Wirksamkeit von deutschsprachigen Online-Programmen sehen sie großen Nachholbedarf, da die systematische Evaluation noch in den Anfängen stecke. Entsprechende Studien für englischsprachige Paarprogramme liegen bereits vor und deuten darauf hin, dass Teilnehmende beispielsweise langfristig Wohlbefinden und Beziehungsqualität verbessern konnten. Erste Studien zeigen außerdem, dass die Kinder von Teilnehmenden ängstliche und aggressive Verhaltensweisen abgebaut haben. Diese Befunde können bei der Weiterentwicklung deutschsprachiger Programme genutzt werden.

## Prävention lohnt sich ökonomisch und sozial

Für die Realisierung und Finanzierung der Präventionsmaßnahmen für Paare empfehlen die DJI-Wissenschaftlerinnen eine Allianz zwischen Bund, Ländern und Kommunen. „Es spricht vieles dafür, in die Stabilisierung von Partnerschaften zu investieren und dies auch als politische Aufgabe zu betrachten“, sagt Heitkötter, „denn dauerhafte Partnerschaftskonflikte sowie Trennungen verursachen enorme volkswirtschaftliche Folgekosten.“ Als Beispiele nennt sie mögliche Ausfälle in der Erwerbstätigkeit und damit verbundene Einkommenseinbußen sowie Kosten für die Sozial- und Gesundheitssysteme. Schließlich seien Konflikte und Trennungen mit erheblichen Belastungen für die Beteiligten verbunden und könnten die psychische und körperliche Gesundheit der Partnerinnen und Partner ebenso beeinträchtigen wie die Entwicklungs- und Bildungschancen ihrer Kinder.

„Voraussetzung dafür, dass Online-Programme frühzeitig genutzt werden, ist ein gesellschaftliches Bewusstsein für mehr Beziehungspflege, gerade in Zeiten hoher Erwartungen an eine erfüllte Partnerschaft und gelingende Elternschaft sowie veränderter Geschlechterrollen“, sagt Heitkötter. Denn, anders als Partnerschaftsbörsen vielfach vermitteln, hänge das Gelingen einer Partnerschaft nicht alleine von der richtigen Partnerwahl ab.

Uta Hofele



Unter dem Titel „Bestandsaufnahme Online-Paarberatung“ haben Dr. Martina Heitkötter und Anja PilsI im Sommer 2020 den ausführlichen Abschlussbericht ihres Forschungsberichts veröffentlicht. Kostenloser Download:

[www.dji.de/news/online-paarberatung](https://www.dji.de/news/online-paarberatung)



Dr. Martina Heitkötter ist Referentin mit Grundsatzaufgaben in der Fachgruppe „Familienpolitik und Familienförderung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Sie führte das Projekt „Bestandsaufnahme - Online-Paarberatung“ gemeinsam mit Anja PilsI durch, die bis März 2020 am DJI beschäftigt war. [heitkoetter@dji.de](mailto:heitkoetter@dji.de)



# Bildungsarbeit von Kommunen weiterentwickeln

Das Bildungsministerium fördert zwei Kompetenzzentren am Deutschen Jugendinstitut: Die Projekte sollen den Strukturwandel in Braunkohlegebieten begleiten und in den Kommunen eine nachhaltige Entwicklung etablieren.



*Prof. Dr. Birgit Reißig leitet die Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Halle und den Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“, an dem die beiden Kompetenzzentren angesiedelt sind. reissig@dji.de*

Der Ausstieg aus der Braunkohle ist beschlossen, nachhaltiges Leben und Wirtschaften soll in den Kommunen etabliert werden: Solche Wandlungsprozesse erfordern passende Bildungsangebote. Bei der Aufgabe, diese zu schaffen, werden die Kommunen seit Juli 2020 durch die neu gegründeten Kompetenzzentren „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Bildung im Strukturwandel“ unterstützt. An beiden wirkt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) zusammen mit weiteren Partnern mit. Alleine am DJI in München und der Außenstelle in Halle wurden 17 neue Stellen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellt für die Kompetenzzentren in den nächsten drei Jahren insgesamt rund zehn Millionen Euro bereit.

„Wir haben zwei neue Großprojekte für das DJI gewonnen, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Kommunen dabei unterstützen, die Bildungspotenziale für die Menschen in den Regionen zu nutzen – durch die Erhebung und Analyse der dafür notwendigen empirischen Daten“, sagt Institutsdirektor Prof. Dr. Thomas Rauschenbach. Beim Bildungsmonitoring und bei der Zusammenarbeit mit Kommunen hat das DJI jahrelange Erfahrung. „Kommunen spielen eine entscheidende Rolle dabei, Nachhaltigkeit zu verwirklichen und den Strukturwandel zu gestalten, sagt Prof. Dr. Birgit Reißig, Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Übergänge im Jugendalter“ am DJI. „Denn die Veränderungen, die sie anstoßen, wirken sich unmittelbar auf die Menschen vor Ort aus.“

## Jungen Menschen Perspektiven bieten

Vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs bis zum Jahr 2038 unterstützt das Kompetenzzentrum „Bildung im Strukturwandel“ Kommunen im Lausitzer Revier, im Rheinischen Revier und im Mitteldeutschen Revier dabei, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu etablieren und dafür beispielsweise neue Angebote im Bereich der Berufs- und Studienorientierung zu entwickeln.

Zunächst soll ein regionales Bildungsmonitoring aufgebaut werden, mit dem alle Bildungsangebote vor Ort beobachtet und analysiert werden können. Grundlage dafür bilden unter anderem Daten, die DJI-Forscherinnen und -Forscher erheben, zum Beispiel zur Berufsorientierung und zur Partizipation junger Menschen im Strukturwandel. Das Kompetenzzentrum besteht aus je einem Netzbüro für jedes Braunkohlerevier. Das Netzbüro für das Mitteldeutsche Revier mit dem Namen „Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland“ (BiSMit) ist am DJI in Halle angesiedelt.

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung vermitteln: von der Kita bis zur Volkshochschule**

Das Kompetenzzentrum „Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune“ (BiNaKom) verfolgt das Ziel, Bildung für nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene umzusetzen, etwa in Bezug

auf Mobilität, Land- und Forstwirtschaft sowie Energie. Es wird deutschlandweit circa 50 Modellkommunen dabei unterstützen, Bildung für nachhaltige Entwicklung von der Kita bis zur Volkshochschule zu vermitteln. Zudem soll das Thema besser in den Strukturen der Kommunen verankert werden, sodass entsprechende Bildungsangebote besser gesteuert werden können. Das DJI arbeitet dabei mit dem Trägerverein „Kommunales Bildungsmanagement Niedersachsen“ und dem „Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung“ in Leipzig zusammen. Es geht darum, Prozesse in den Modellkommunen wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren, um sichtbar zu machen, wo die Kommunen mit ihrer Bildungsarbeit stehen, welche Kommunen voneinander lernen können und welche weiter gehende Beratung sie benötigen.

*Uta Hofele*

[www.dji.de/news/kompetenzzentren2020](http://www.dji.de/news/kompetenzzentren2020)

# Radikalisierung und Religion

Wenn junge Menschen sich islamistisch-extremistischen Gruppen zuwenden, hat das manchmal nur sehr wenig mit dem Glauben zu tun: Oft sind es viele Ursachen, die sich wechselseitig beeinflussen. Warum Religion für die pädagogische Präventions- und Deradikalisierungsarbeit dennoch ein hilfreicher Anknüpfungspunkt sein kann.

In den vergangenen Jahren wurden junge Menschen und pädagogische Fachkräfte verstärkt mit islamistischem Extremismus konfrontiert, am deutlichsten während der Hochphase von islamistischen Anschlägen und Ausreisen junger Menschen in die von der Organisation „Islamischer Staat“ kontrollierten Gebiete in den Jahren 2014 bis 2017. Auch wenn sich der islamistische Extremismus immer wieder stark verändert hat, bleibt er für junge Menschen mit seinen ideologischen Versprechungen und gruppenspezifischen Angeboten präsent als ein attraktiver Weg aus biografischen und familialen Krisen.

Inzwischen haben sich vielfältige pädagogische Angebote etabliert, die junge Menschen stärken sollen, um eine Radikalisierung zu vermeiden, oder sie darin unterstützen wollen, sich von islamistisch-extremistischen Gruppen und Ideologien abzulösen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Deutschen Jugendinstitut (DJI) untersuchen in der Arbeits-



und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS) sowie in der Programmevaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ solche Angebote (siehe Infobox).

### Fachkräfte diskutieren die Rolle von Religion kontrovers

Zuletzt stand im Mittelpunkt dieser Forschung unter anderem die Frage, wie die pädagogische Fachpraxis in der Präventions- und Distanzierungsarbeit mit Religion umgeht. Zwar wird Religion – und insbesondere der Islam – in der Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus immer wieder zum Thema, allerdings ist die Frage nach der Gewichtung von Religion in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit wiederkehrend Anlass kontroverser Debatten.

Für die Forschung am DJI leiten sich daraus beispielsweise folgende Fragen ab: Wie agieren Angebote der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in religiösen Kontexten? Und inwieweit binden die pädagogischen Fachkräfte selbst Religion in ihre Arbeit ein? In unterschiedlichen Studien suchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am DJI Antworten auf diese Fragen (siehe Infobox). Dazu interviewten sie pädagogische Fachkräfte, analysierten deren Vorgehensweisen und Erfahrungen, rekonstruierten die Handlungslogiken der

pädagogischen Angebote und reflektierten deren fachliche Vorannahmen.

Da sich außerdem die Frage nach der Bedeutung von Religion bei der Hinwendung junger Menschen zum islamistischen Extremismus und bei ihrer Radikalisierung stellt, wurden betroffene Menschen und ihre nahen Bezugspersonen nach persönlichen Erfahrungen befragt. Die Ergebnisse dieser Studien zeigen, dass die Rolle der Religion bei der Hinwendung zum islamistischen Extremismus ganz unterschiedlich sein kann.

### Manche Jugendliche finden im religiösen Extremismus attraktive Antworten auf Krisenerlebnisse und Sinnsuchen

In der Forschungsliteratur wird darauf hingewiesen, dass viele islamistisch radikalisierte nicht aus religiösen Elternhäusern kommen und nur eingeschränkt dazu in der Lage sind, religiöse Zusammenhänge einzuordnen (Venhaus 2010). Die Forschung der AFS zeigt allerdings, dass zumindest bei einigen jungen Menschen gerade das Religiöse im islamistischen Extremismus attraktive Antworten auf Krisenerlebnisse und Sinnsuchen bieten kann (Frank/Glaser 2020).

Es stellt sich folglich die Frage, inwiefern die Religion auch Anknüpfungspunkt für die Praxis der Präventions- und Distanzierungsarbeit sein kann. Nach den Studienergebnissen der Programmevaluation von „Demokratie leben!“ stellt die Beschäftigung mit dem Islam in manchen Angeboten ein zentrales Element dar. Dieser Teil der Fachpraxis versteht Religion als eine starke Ressource für die pädagogische Arbeit. Sie spielt zum Beispiel bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit extremistischer Ideologie und bei der Stärkung der Eigenposition der Projektteilnehmenden eine Rolle (Langner 2020).

Teilweise werden in den pädagogischen Angeboten auch Diskrepanzen zwischen den religiösen Perspektiven

## Forschungsschwerpunkte der DJI-Außenstelle in Halle: politische Sozialisation, Demokratieförderung und Extremismusprävention

Die Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) erforscht insbesondere die Demokratieförderung, die Radikalisierungsprävention und Prozesse politischer Sozialisation. Dies umfasst beispielsweise die Programmevaluation und wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Dabei wird untersucht, wie sich das Programm und seine einzelnen Bereiche entwickeln, wie die involvierten Akteurinnen und Akteure mit organisatorischen, pädagogischen und gesellschaftlichen Herausforderungen umgehen und welche Resonanzen sie erzeugen. Zur Fachgruppe, die in der DJI-Außenstelle in Halle angesiedelt ist, gehört auch die Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS). Diese erforscht mit den Mitteln qualitativer Sozialforschung Prozesse politischer Sozialisation bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Umgangs- und Handlungsweisen pädagogischer Fachpraxis in den Themenfeldern Demokratieförderung sowie Extremismusprävention und übermittelt praxisrelevantes Wissen.

 [www.dji.de/FGJ4](http://www.dji.de/FGJ4)



Der Sammelband mit dem Titel „Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus“, den die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Joachim Langner, Dr. Maruta Herding, Sally Hohnstein und Dr. Björn Milbradt im Jahr 2020 herausgegeben haben, liefert unter anderem einen Überblick über die aktuelle DJI-Forschung zum Thema. Er ist als Band 14 der Schriftenreihe der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention erschienen. Kostenloser Download:

[www.dji.de/afs](http://www.dji.de/afs)



der jungen Menschen und ihrem Umfeld bearbeitet, die etwa in der Familie oder in Haftanstalten deutlich zutage treten und radikalisierungsfördernde Konflikte verstärken können (Jukschat/Jakob/Herding 2020, Scholz 2020). Über die Auseinandersetzung mit Religion können Konfliktpotenziale abgebaut und Handlungsspielräume eröffnet werden.

Zugleich gilt Religion in anderen pädagogischen Angeboten lediglich als eines unter vielen Themen der Arbeit. Auffällig ist, dass die pädagogischen Mitarbeitenden, die sich nicht ausdrücklich mit dem Islam befassen, teilweise dennoch intensiv die Religiosität der Teilnehmenden und ihre eigenen Vorstellungen von Religion diskutieren (Langner/Herding/Pausch 2020).

### Die pädagogische Auseinandersetzung mit religiösen Perspektiven ist anspruchsvoll

Die Studienergebnisse machen deutlich, dass viele Formen der Auseinandersetzung mit religiösen Ebenen und Perspektiven in der Praxis anspruchsvolle Herausforderungen darstellen, nicht zuletzt da die pädagogisch Arbeitenden dabei mit starken Normativitäten und Fragen der eigenen Identität umgehen müssen. Entsprechend zeigen sich fachliche Entwicklungspotenziale, und es empfiehlt sich eine kontinuierliche Reflexion der Vorgehensweisen und der dahinterstehenden Annahmen.

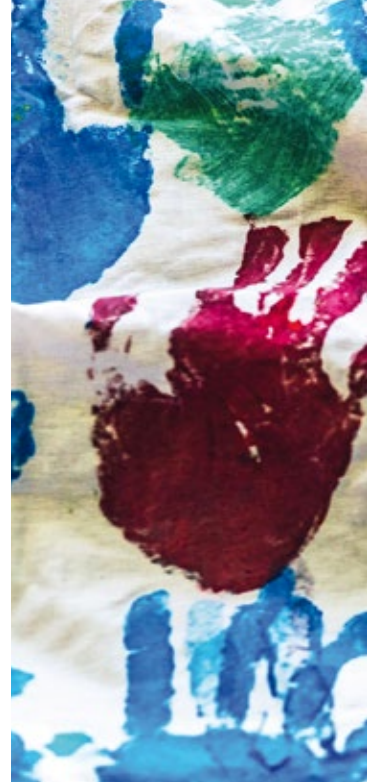
Grundsätzlich trägt die religionsbezogene Präventions- und Deradikalisierungsarbeit aber dazu bei, die pädagogischen Antworten auf islamistische Radikalisierung individuell anpassen zu können und somit auf die vielfältigen Gründe und Motivationen für islamistische Radikalisierung zu reagieren. *Joachim Langner, Pamela Geißler*

[www.dji.de/news/extremismuspraevention](http://www.dji.de/news/extremismuspraevention)

### Literatur

- FRANK, ANJA / GLASER, MICHAELA (2020): „Ich hab' einen Standpunkt, das ist der Islam“. Zur biografischen Bedeutung und Funktion totalisierender Islamauslegungen. In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. DJI Halle (Saale), S. 54–74
- JUKSCHAT, NADINE / JAKOB, MARIA / HERDING, MARUTA (2020): „Was ist denn, wenn einer sagt ‚Allahu Akbar?‘“ – Wie Islam in Fortbildungen für JVA-Bedienstete verhandelt wird. In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. DJI Halle (Saale), S. 186–209
- LANGNER, JOACHIM (2020): Religion als Ressource in der Radikalisierungsprävention? In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. DJI Halle (Saale), S. 160–185
- LANGNER, JOACHIM / HERDING, MARUTA / PAUSCH, FELIX (2020): „Klar ist das Thema“ – Religion in der Distanzierungsarbeit im Handlungsfeld des gewaltorientierten Islamismus. In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. DJI Halle (Saale), S. 126–159
- SCHOLZ, ANNA FELICITAS (2020): Religiosität und Familie im frühen Hinwendungsprozess zum gewaltorientierten Islamismus – Rekonstruktionen biografischer Erzählungen. In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. DJI Halle (Saale), S. 34–53
- VENHAUS, JOHN M. (2010): Why Youth Join Al-Qaeda. United States Institute of Peace, Special Report 236. Washington DC

# „Vor allem in Westdeutschland fehlen immer noch viele Krippenplätze“



Warum der Ausbau der Kita-Plätze für unter dreijährige Kinder deutlich langsamer vorangeht als notwendig, erklärt Christiane Meiner-Teubner vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund anlässlich neuer Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Die Zahl der Kinder unter drei Jahren, die ein Angebot der Kindertagesbetreuung wahrnehmen, hat sich zum 1. März 2020 gegenüber dem Vorjahr um rund 10.700 erhöht, vermeldete das Statistische Bundesamt Ende September 2020. Das ist der niedrigste jährliche Zuwachs an Krippenplätzen seit dem Jahr 2006. Dennoch wurde beim Ausbau der Plätze für Kinder vor dem Schuleintritt ein neuer Höchststand erreicht. Christiane Meiner-Teubner, Expertin für Frühe Bildung beim Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, erklärt, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist.

**DJI Impulse: Frau Meiner-Teubner, der Fokus der politischen Anstrengungen in den letzten Jahren lag auf dem Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren. Warum war das im vergangenen Jahr nicht mehr so?**

**Dr. Christiane Meiner-Teubner:** Die demografische Entwicklung erforderte vor allem viele Plätze für die älteren Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt. Das hängt damit zusammen, dass diese Altersgruppe in der Bevölkerung seit Jahren wächst. Um die hohe Inanspruchnahmequote von mehr als 90 Prozent bei den Kindergartenkindern konstant zu halten, mussten zuletzt viele Plätze geschaffen werden. In früheren Jahren war das anders: Da sank die Anzahl der Kinder in dieser Altersgruppe, sodass Plätze frei wurden, die für den U3-Ausbau genutzt werden konnten. Seit dem Jahr 2012 ist die Anzahl der Kindergartenkinder allerdings gestiegen, sodass sowohl für sie als auch für die Krippenkinder zusätzliche Plätze benötigt werden. Im vergangenen Jahr ist deshalb

die Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung insgesamt erneut enorm gestiegen – um weit mehr als 90.000 Kinder. Das ist der stärkste Zuwachs an belegten Plätzen seit dem Jahr 2006. Doch es reicht eben immer noch nicht.

**Kam der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige dadurch zu kurz?**

Insgesamt fand in den vergangenen fünf Jahren ein noch nie da gewesener Ausbau der Kindertagesbetreuung statt, der zeigt, welche enormen Anstrengungen in den Ländern unternommen wurden. Wir sprechen hier von einem jährlichen Ausbau um 65.000 bis 90.000 Plätze für beide Altersgruppen. Fest steht aber auch, dass seit dem Jahr 2006 noch nie so wenige Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen wurden wie zwischen März 2019 und März 2020. Die Anzahl der unter Dreijährigen in Kindertagesbetreuung ist in diesem Zeitraum nur um etwa 10.700 gestiegen. Im Jahr zuvor waren es fast 30.000 zusätzliche Plätze für Kinder dieser Altersgruppe, in früheren Jahren zeitweise sogar zwischen 40.000 und fast 65.000. Allerdings ist die Inanspruchnahmequote der betreuten Kinder unter drei Jahren dennoch geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 35 Prozent gestiegen.

**Sind die Wünsche der Eltern nach Kita-Plätzen für ihre unter dreijährigen Kinder damit erfüllt?**

Nein, in Westdeutschland fehlen immer noch viele Krippenplätze. Das verfügbare Platzangebot reicht noch lange nicht aus, um allen Eltern, die sich einen Platz für ihr unter drei-



jähriges Kind wünschen, einen solchen bereitzustellen. Der Ausbau muss also unbedingt weitergehen – mit unterschiedlichem Fokus in den ost- und westdeutschen Ländern.

#### ***Inwiefern unterscheidet sich die Situation in den ost- und westdeutschen Bundesländern?***

Vor allem die demografische Lage ist in den ost- und westdeutschen Bundesländern verschieden: Während in Westdeutschland die Anzahl der unter dreijährigen Kinder in der Bevölkerung nahezu konstant geblieben ist, sinkt sie in Ostdeutschland. Dort besuchten im Jahr 2020 etwa 3.000 unter Dreijährige weniger ein Angebot der Kindertagesbetreuung als im Vorjahr. Trotzdem haben auch dort noch nicht alle Eltern einen Krippenplatz, die gerne einen solchen für ihr Kind hätten. Diese Lücke zwischen Inanspruchnahmequote und dem Betreuungsbedarf der Eltern wird sich aber wegen der sinkenden Geburtenrate in Ostdeutschland künftig verkleinern. Doch zunächst müssen auch hier noch Plätze geschaffen werden. Viel mehr Kita-Plätze fehlen in den westdeutschen Bundesländern. Der von den Eltern geäußerte Bedarf übersteigt hier um etwa 14 Prozentpunkte das verfügbare Platzangebot.

#### ***Woher soll das Personal für den notwendigen weiteren Ausbau der Plätze in den Kitas kommen?***

Mit dieser Frage beschäftigt sich derzeit die gesamte Fachwelt. Bereits jetzt beklagen Träger und Einrichtungen, dass die Suche nach qualifizierten Fachkräften immer schwieriger wird. Das ist nicht erstaunlich, da in den vergangenen Jahren enorm viel Personal eingestellt wurde. Derzeit steigt in den Kitas die Anzahl der Beschäftigten, die noch in Ausbildung sind. Allein zwischen 2019 und 2020 hat sich deren Anzahl von etwa 23.200 auf 27.200 erhöht. Darin scheint sich eine Strategie einiger Länder zu spiegeln, verstärkt auf berufsbegleitende Ausbildungen und Teilzeitausbildungen zu setzen, die beispielsweise für Quereinsteigende attraktiv sind. Die größten Zuwächse zeigen sich aber nach wie vor bei den Erzieherinnen und Erziehern. Die Ausbildungskapazitäten werden weiterhin ausgebaut, und es interessieren sich auch viele junge Menschen für diesen Beruf. Dennoch müssen zukünftig große Anstrengungen unternommen und neue Strategien entwickelt werden, um weiteres Personal zu gewinnen und gleichzeitig das Qualifikationsniveau zu halten.

*Interview: Uta Hofele*



*Dr. Christiane Meiner-Teubner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsstelle „Kinder- und Jugendhilfestatistik“ des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Strukturfragen und Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung, familiäre Kosten für Kindertagesbetreuung, Sozialberichterstattung sowie Lebenslagen von Kindern in Armutslagen und mit Fluchterfahrungen.  
[christiane.meiner@tu-dortmund.de](mailto:christiane.meiner@tu-dortmund.de)*



*Das Engagement des DJI ist bemerkenswert. Es gelingt dem Institut, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu bauen und auf der Grundlage überzeugender Forschungsarbeiten als anerkannter Ratgeber für Politik und Fachpraxis zu agieren.*

*Prof. Dr. Dorothea Wagner,  
Vorsitzende des Wissenschaftsrats*



## Wissenschaftsrat: Deutsches Jugendinstitut überzeugt mit praxisnaher Forschung und wissenschaftsbasierter Beratung

Der Wissenschaftsrat hat die sozialwissenschaftliche Forschung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie die wichtigen Beiträge des Instituts zu Fragen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ebenso wie zur Sozial- und Bildungspolitik gewürdigt. Das DJI wurde im Laufe des Jahres 2019 begutachtet. Die abschließende Begehung des Instituts durch eine vom Wissenschaftsrat eingerichtete 14-köpfige Evaluierungskommission fand im Dezember 2019 statt.

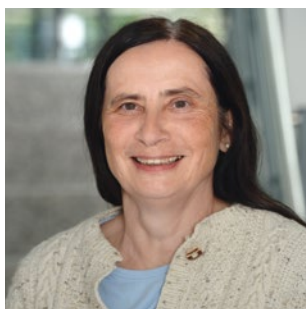
„Das Engagement des DJI ist bemerkenswert“, sagte Prof. Dr. Dorothea Wagner, Vorsitzende des Wissenschaftsrats, anlässlich der Veröffentlichung der Stellungnahme im Juli 2020. „Es gelingt dem Institut, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu bauen und auf der Grundlage überzeugender Forschungsarbeiten als anerkannter Ratgeber für Politik und Fachpraxis zu agieren.“ Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in allen Fragen der inhaltlichen sowie strukturellen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs und führt regelmäßige Begutachtungen von Einrichtungen durch.

Die Forschung des DJI entwickelte sich dem Wissenschaftsrat zufolge in den vergangenen Jahren weiter positiv. Besonders hervorzuheben seien der Ausbau der empirisch gestützten Berichterstattung und deren dauerhafte Verankerung am Institut. Außerdem sei die deutlich ausgebaute Zusammenarbeit mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen positiv zu bewerten sowie die erfolgreichen Veröffentlichungen in wissenschaftlich anerkannten Zeitschriften und die Höhe der eingeworbenen Drittmittel.

Angesichts des großen Entwicklungspotenzials des DJI empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Einbindung des Instituts in wissenschaftliche Kommunikations- und Forschungskontexte weiter zu verstärken. Eine wichtige Voraussetzung dafür seien erweiterte Freiräume, um neben den externen Beratungsanfragen auch intern gewählten Fragestellungen nachgehen zu können. „Wir empfehlen außerdem, die Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene zu verbessern, frei werdende Leitungsstellen für gemeinsame Berufungen mit Universitäten zu nutzen und die Nachwuchsförderung gezielt auszubauen“, sagte Wagner.

Institutsdirektor Prof. Dr. Thomas Rauschenbach bewertete das Ergebnis der Begutachtung „als ausgesprochen erfreulich und ermutigend. Es ist eine sehr wertschätzende Anerkennung für die großen Anstrengungen des DJI in den letzten Jahren, die empirische Forschung auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau in ihrer gesellschaftlich-öffentlichen Relevanz auszubauen und zu schärfen. Das DJI will auch in den nächsten Jahren den eingeschlagenen Weg fortsetzen.“





## DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Sabine Walper übergibt Gutachten für den 9. Familienbericht

Prof. Dr. Sabine Walper, Vorsitzende des Sachverständigenremiums für den 9. Familienbericht und Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts (DJI), hat im August 2020 das Gutachten für ebendiesen Bericht an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey übergeben. Das Gutachten setzt sich mit der Situation von Eltern in Deutschland auseinander und gibt Empfehlungen, wie Familien besser unterstützt werden können. Die Bundesregierung erarbeitet bis Anfang 2021 eine Stellungnahme, die gemeinsam mit dem Gutachten dem Bundestag zur Diskussion zugeleitet und dann veröffentlicht wird. Das DJI ist zugleich mit der Geschäftsführung des Berichts betraut. Das Team der Geschäftsstelle unterstützte die Kommission durch die Organisation der Sitzungen und begleitenden Veranstaltungen sowie durch intensive Zu- und Mitarbeit bei der Erstellung des Berichts.

[www.dji.de/9\\_Familienbericht](https://www.dji.de/9_Familienbericht)

*Die Vorsitzende der Sachverständigenkommission, Prof. Dr. Sabine Walper (r.), übergibt gemeinsam mit weiteren Sachverständigen das Gutachten für den 9. Familienbericht an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (2.v.l.).*

## Jugendforscherin Martina Gille geht nach 35 Jahren am DJI in den Ruhestand

„Unabhängig sein, mitbestimmen können, sich selbst verwirklichen – all das ist jungen Menschen heutzutage viel wichtiger als Generationen vor ihnen. Gleichzeitig stehen Leistungsorientierung und Pflichtbewusstsein nach wie vor hoch im Kurs“, sagt Martina Gille. Auch im Alter von 66 Jahren ist ihr die Jugend nicht fremd geworden. Die Diplom-Soziologin, die an der Ludwig-Maximilians-Universität studierte, setzte sich am Deutschen Jugendinstitut (DJI) seit 1985 wissenschaftlich mit den Lebenszielen und Lebensentwürfen Jugendlicher und junger Erwachsener auseinander. Zum Oktober 2020 ist sie in den Ruhestand gegangen. Von Beginn an gestaltete Gille den Jugendsurvey des Instituts mit, eine Langzeituntersuchung mit Befragungen in den Jahren 1992, 1997 und 2003, bei der die soziale und politische Sozialisation im Mittelpunkt stand. Dabei ging es auch darum, wie sich die politischen Einstellungen junger Menschen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden und angleichen. Ein Thema, das die gebürtige Leipzigerin auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biografie interessierte. Im Jahr 2009 wurde der Jugendsurvey, dessen dritte Welle Gille leitete, in den Survey „AID:A, Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ integriert. Bis heute werden in dieser bundesweiten, repräsentativ angelegten Untersuchung nicht nur Jugendliche, sondern auch Kinder und Eltern zu ihrer sozialen Lage und Teilhabe, ihrer Lebensführung und ihrem Wohlergehen befragt. Das „Kompetenzteam Jugend“ von AID:A führte Gille viele Jahre lang.

Neben den wissenschaftlichen Analysen setzte sich Gille auch ganz praktisch mit Themen ihrer Forschung auseinander, etwa mit Rollenvorstellungen und Geschlechterverhältnissen. Als Gleichstellungsbeauftragte am DJI führte sie in den 1990er-Jahren beispielsweise eine Statistik ein, die erstmals transparent machte, dass am DJI zu dieser Zeit viel mehr Männer als Frauen unbefristete Stellen und Führungspositionen hatten, obwohl ihr Anteil an der gesamten Mitarbeiterschaft deutlich geringer war. Seit dem Jahr 1996 war Gille außerdem betriebliche Datenschutzbeauftragte des DJI.





## Kinderschutzexperte Dr. Heinz Kindler zum Honorarprofessor ernannt

Dr. Heinz Kindler ist im Oktober 2020 zum Honorarprofessor an der Fakultät „Soziale Arbeit“ der Hochschule Landshut ernannt worden. Der in den Bereichen Kinderschutz und Frühe Hilfen bundesweit renommierte Wissenschaftler arbeitet seit dem Jahr 2002 am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Vor acht Jahren übernahm er dort die Leitung der „Fachgruppe Familienhilfe und Kinderschutz“. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem Prävention und Intervention bei verschiedenen Formen von Kindeswohlgefährdungen, Vater-Kind-Beziehungen sowie die Diagnostik in der sozialen Arbeit. Prof. Dr. Stefan Borrmann, Dekan der Fakultät „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Landshut, begrüßte die Ernennung Kindlers zum Honorarprofessor: „Prof. Dr. Kindler bringt seit 2015 seine Expertise in die Studiengänge der Fakultät ein. Mit der Honorarprofessur ist es uns gelungen, einen bundesweit anerkannten Experten im Bereich Kinderschutz und Frühe Hilfen an die Fakultät zu binden.“ Kindler betonte anlässlich der Verleihung der Honorarprofessur: „Die Arbeit mit Studierenden bereitet mir sehr viel Spaß. Ich freue mich, dass ich diesen Austausch nun noch weiter intensivieren kann und sehe meine neue Rolle als Chance, Forschung und Ausbildung im Bereich Kinderschutz enger zu verzahnen.“ Denn ihm sei weiterhin wichtig, nicht nur in der Lehre, sondern auch in der Forschung und Praxis ein festes Standbein zu haben.

Neu  
erschienen

*Stéphanie Berrut de Berrut, Ulrike Horacek, Ilka Lennertz, Mareike Paulus, Erika Sievers, Ute Thyen, Gabriele Trost-Brinkhues*

## Frühkindliche Gesundheit bei geflüchteten Kindern und ihren Familien fördern

München 2020 | 40 Seiten | kostenloser Download: [www.dji.de](http://www.dji.de)

Das Empfehlungspapier zeigt auf, welche Veränderungen notwendig sind, um auch geflüchteten Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Damit Kinder ihre emotionalen, kognitiven, sozialen und motorischen Fähigkeiten voll entfalten können, ist es erforderlich, die Bedingungen vor Ort in Unterkünften und im Sozialraum entsprechend zu gestalten und ihre Eltern zu stärken und zu beraten, um die Herausforderungen bewältigen zu können. Dies erfordert eine Zusammenarbeit von Institutionen und Organisationen, die gemeinsam Rahmenbedingungen nachhaltig verändern sowie Versorgungsangebote aufeinander beziehen und

abstimmen – insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Kinder-, Jugend- sowie Flüchtlingshilfe. Das Eckpunktepapier zeigt auf, welche Veränderungen nötig sind, um geflüchtete Kinder und ihre Familien von Anfang an bei einer Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen. Das Eckpunktepapier des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin e.V. (DGSPJ) wurde gemeinsam mit Autorinnen aus der Praxis erarbeitet. Es bietet Empfehlungen, Hintergrundinformationen und Praxisbeispiele zu folgenden drei Handlungsfeldern: Fördern gesundheitlicher Chancengleichheit, Stärken der Elternverantwortung sowie Ausbau von lokalen Netzwerken. Ergänzt wird das Papier durch rechtliche Grundlagen.



Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement (Hrsg.)

## Gewusst wie! Datenbasierte Bildungssteuerung in bayerischen Kommunen

Nürnberg 2020 | 60 Seiten | kostenloser Download: [www.transferagentur-bayern.de](http://www.transferagentur-bayern.de)

Die Publikation „Gewusst wie! Datenbasierte Bildungssteuerung in bayerischen Kommunen“ der Transferagentur Bayern richtet sich an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Kommunen und Verwaltungen. In elf Kapiteln werden die Potenziale einer kommunalen Bildungssteuerung entlang des lebenslangen Lernens vorgestellt. Die Publikation zeigt ganz praktisch, welche Herausforderungen hierbei vorliegen und wie eine aktive und örtliche Bildungssteuerung erfolgreich damit umgeht. Jedes Kapitel skizziert ausgehend von Bayernkarten unterschiedliche Bildungskennzahlen sowie mögliche Ziele und Strategien kommunaler Steuerung. Zwölf Beispiele verdeutlichen, wie das praktisch gehen kann. Allen kommunalen Beispielen ist gemein, dass die Trias aus Analyse, abgestimmter Bewertung/ Entscheidungsfindung und daraus abgeleiteten Maßnahmen erfolgreich durchlaufen wird. Die Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Sie ist ein Verbund aus dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und der Europäischen Metropolregion Nürnberg.



Eva Born-Rauchenecker, Anna Vogtländer, Katharina Weber (Hrsg.)

## Frühe alltagsintegrierte mathematische Bildung. Handreichung für Lehrende

Hannover: Klett Kallmeyer/Friedrich Verlag 2020 | 424 Seiten | 39,95 Euro

Um den mathematischen Bezug von Fragen, Themen und Handlungen von Kindern im pädagogischen Alltag erkennen zu können, müssen pädagogische Fachkräfte im Kindergarten für mathematische Bildungspotenziale sensibilisiert sein und über vielfältige Handlungskompetenzen verfügen. Nur so können sie Kinder alltagsintegriert und systematisch im Bildungsbereich Mathematik begleiten. Die Handreichung richtet sich an Lehrende in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte. Sie beinhaltet ein Unterrichtskonzept, das am Deutschen Jugendinstitut (DJI) speziell für die frühe alltagsintegrierte Bildungsbegleitung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) entwickelt wurde. Dieses Konzept bezieht sich auf den länderübergreifenden Lehrplan für Fachschulen der Sozialpädagogik und kann bundesweit und prinzipiell auch international eingesetzt werden.



Das **Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI)** ist ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“, „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesländer. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung. Das DJI hat seinen Sitz in München sowie eine Außenstelle in Halle (Saale).

[www.dji.de](http://www.dji.de)

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Nockherstraße 2, 81541 München  
Presserechtlich verantwortlich:  
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

#### Redaktion:

Birgit Taffertshofer (Leitung)  
Telefon: 089 62306-180, Fax: -265  
E-Mail: [taffertshofer@dji.de](mailto:taffertshofer@dji.de)  
Uta Hofele  
Telefon: 089 62306-173, Fax: -265  
E-Mail: [hofele@dji.de](mailto:hofele@dji.de)  
Dr. Astrid Herbold  
Thorsten Tynior (Schlussredaktion)

#### Abonnement und Vertrieb:

Inge Kraus  
Telefon: 089 62306-394, Fax: -265

#### Gestaltung:

FunkE Design  
Sandra Koch, Julia Kessler  
[www.funk-e.de](http://www.funk-e.de)

#### Druck und Versand:

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg  
Auflage: 8.000

#### Fotonachweis:

Titelseite: Michael Schnell / Photocase; S. 3, 9 o., 28 u., 33 u., 55: Marc Mueller; S. 4, 18, 24, 29, 31, 36, 41, 43, 46, 51, 56, 58, 63: iStockphoto; S. 7, 35: AdobeStock; S. 9 u.: Königs-Fotografie; S. 11: DIPF; S. 13, 16: Photothek; S. 23, 33, 40 m., 63: privat; S. 28: Foto Faust GmbH; S. 34: Tobias Schwerdt, DKFZ; S. 35: Frank Schoepgens Fotografie; S. 40 o. und u., 58 u., 65 o., 66: David Ausserhofer; S. 50: TU Dortmund; S. 57: dji/Inge Kraus; S. 59, 61: Shutterstock; S. 64: Picasa; S. 65 u.: BMFSFJ;

#### ISSN 2192-9335

Das Forschungsmagazin *DJI Impulse* erscheint in der Regel viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe „DJI Impulse, Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts“ und gegen Belegexemplar gestattet. *DJI Impulse* kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden: [www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)





Deutsches  
Jugendinstitut



Corona-  
KiTa-Studie

Jetzt  
mitmachen!

# Forschen. Wissen. Schützen.

## Was untersucht die Corona-KiTa-Studie?

Die Studie will herausfinden, welche Rolle die Kindertagesbetreuung für die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) spielt. Untersucht werden zum Beispiel die Bedingungen vor Ort in den Einrichtungen und die Infektionsrisiken in den Betreuungsnetzwerken.

## Was ist das KiTa-Register?

Das KiTa-Register ist das Herzstück der Studie: Es dokumentiert, wie die Kindertagesbetreuung in Pandemiezeiten funktioniert und wie die Einrichtungen die Herausforderungen managen. Im KiTa-Register laufen wöchentliche Meldungen von Kita-Leitungen und Tagespflegepersonen bundesweit zusammen.

## Wer kann beim KiTa-Register mitmachen?

Eingeladen sind alle Kindertageseinrichtungen und Tagespflegepersonen, die Kinder bis zur Einschulung betreuen. Reine Horte für Schulkinder können leider nicht mitmachen.

## Wie kann ich mich registrieren?

Das KiTa-Register ist im August 2020 gestartet, die Abfragen laufen bis 2021. Sie können jederzeit einsteigen und sich online unter [www.corona-kita-studie.de](http://www.corona-kita-studie.de) registrieren. Wenn Sie Ihre Basisdaten hinterlegt haben, können Sie die wöchentlichen Abfragen innerhalb weniger Minuten ausfüllen. Selbstverständlich werden alle Regeln des deutschen Datenschutzes und der EU-DSGVO eingehalten.

Weitere Infos finden Sie online:

[www.corona-kita-studie.de](http://www.corona-kita-studie.de)

**Machen Sie mit – wie viele andere: Die ersten 10.000 Kita-Leitungen und Tagespflegepersonen haben sich innerhalb weniger Tage registriert.**